

4. Fallstudie „Künftige Erweiterung der Gemeinschaft“: viele Sitzungen – wenig Neues

4.1 Gliederung

Im folgenden Kapitel soll die Initiativ-Stellungnahme „Künftige Erweiterung der Gemeinschaft“ des Wirtschafts- und Sozialausschusses in den einzelnen Etappen ihrer Textgenese vorgestellt werden. Um die Darstellung, Analyse und Interpretation der Revisionen, Eliminierungen, Hinzufügungen, Umstellungen, Neuakzentuierungen etc. transparent und nachvollziehbar zu machen, sind im Anhang sechs Textfassungen im Wortlaut abgedruckt. Dabei werden jeweils drei Versionen nach ihrer inhaltlichen Übereinstimmung nebeneinander abgedruckt, die Fassungen 1-3 auf den Seiten 404-420, die Fassungen 4-6 auf den Seiten 421-433. Im folgenden Kapitel wird bei Bezug auf die der Studien- bzw. der Fachgruppe vorgelegten „Schemata“, „Vorentwürfe“ oder „Entwürfe“ und bei wörtlichen Zitaten in Klammern auf die entsprechende – im Anhang nachzublätternde – Textstelle verwiesen, wobei die erste (arabische) Ziffer für die Seite, die zweite (römische) für die Spalte steht.

Der Aufbau erfolgt nach rein chronologischen Gesichtspunkten, d.h. es werden die Diskussionen und Textrevisionen von Sitzung zu Sitzung dokumentiert. Das war für diese spezielle Fallstudie das naheliegende Procedere, weil zum einen nicht alle vorgenommenen Eingriffe am Text durch die vorherige Session motiviert waren, zum anderen kontrovers geführte Textaushandlungsdebatten Seltenheitswert hatten und bis auf wenige Ausnahmen auf eine Arbeitssitzung beschränkt waren. Schließlich führten auch Umgang und Zusammenspiel zwischen Berichterstatter und Gruppenmitgliedern dazu, daß kaum exemplarische Strategien zur Durchsetzung von Formulierungsinteressen zu beobachten waren. Und zu guter Letzt war auch das Thema bis auf wenige strittige Aspekte (Türkei, Zypern, Maghreb) weitgehend von Konsens geprägt – nach Ende des Kalten Krieges variierten die Ansichten von Arbeitgebern und Gewerkschaften bezüglich der Länder Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas kaum noch, „Stellvertretergefechte“ werden im WSA (endgültig) nicht (mehr) ausgetragen.

Vom üblichen Schema weicht die Erstellung der Stellungnahme „Künftige Erweiterung der Gemeinschaft“ ab. Entgegen dem normalen Vorgehen (zwei Studien-, eine Fachgruppensitzung(en), Verabschiedung im Plenum) wird hier – aufgrund der parallel stattfindenden Tagung des Rates – insgesamt fünfmal getagt (zweimal in der Studien-, dann einmal in der Fachgruppe, dann wieder in der Studien- und schließlich noch einmal in der Fachgruppe), bis die Stellungnahme der Vollversammlung präsentiert wird. Das kompli-

ziert die Analyse, zumal schon vergessen geglaubte Textversionen urplötzlich später wieder – ohne erkennbaren Grund – auftauchen können.

Neben Veränderungen im Text soll im folgenden Kapitel vor allem auch den im engeren Sinne linguistisch relevanten Phänomenen, die im Laufe der Texterstellung zu beobachten waren, Augenmerk geschenkt werden. Dabei wird immer wieder die französische Ausgangsfassung herangezogen, die aber letztlich oftmals auch erst durch Abgleich mit der englischen und/oder italienischen Fassung hundertprozentig interpretierbar wird. Metaphorik, Phraseologie und Stilistik werden dann beschrieben, wenn sie – selten genug in interkultureller Kommunikation – Eingang in die Textproduktion finden. Schließlich bot sich an, am Beispiel einer Fachgruppensitzung anhand eines konkreten Beispiels das tatsächliche Vorhandensein einer typisch europäischen Fachsprache, des *Eurospeak*, vorzuführen.

4.2 Konstitution und Zusammensetzung der Studiengruppe

Mit Schreiben Nr. 1554/92 vom 20. März 1992 berief der Vorsitzende der Studiengruppe „Künftige Erweiterung der Gemeinschaft“, Giancarlo Pasquali, zum 14. April 1992 die Mitglieder zur ersten Sitzung ein. Der vorgenannten Studiengruppe gehörten neben dem italienischen Vorsitzenden und dem französischen Berichterstatter Bernard Mourgues dreizehn weitere Mitglieder an: zwei Damen (eine Italienerin, eine Britin) standen elf Herren (drei Deutsche, zwei Spanier, zwei Niederländer, ein – immer Englisch sprechender – Däne, ein Grieche, ein Italiener und ein Brite) gegenüber. Zwei der Sachverständigen (und zwar des Berichterstatters sowie der Gruppe I, der Arbeitgeber) waren Franzosen, einer Däne (Experte der Gruppe II, Arbeitnehmer) und einer schließlich Italiener (Gruppe III, sonstige Interessen). Arbeitssprachen für diese und die folgenden Studiengruppensitzungen waren Französisch, Deutsch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Griechisch, auch eine Verdolmetschung in diese Sprachen wurde angeboten. Für Niederländer und Dänen wurde weder eine Verdolmetschung aus noch eine Übersetzung in ihre jeweiligen Muttersprachen angeboten. Die Interessengruppen waren – wie im konsens- und proporzorientierten WSA üblich – gleich stark besetzt: jeweils fünf Vertreter von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und „sonstigen“ Vertretern kooperierten in dieser Runde.

Für die Stellungnahme zur „Künftigen Erweiterung der Gemeinschaft“ hat der Wirtschafts- und Sozialausschuß sein bei der Pariser Gipfelkonferenz im Oktober 1972 zugestandenes und im Juni 1974 in der veränderten WSA-Geschäftsordnung vom Rat gebilligtes Initiativrecht in Anspruch genommen (Louet 1981, I). Es handelt sich bei dieser Stellungnahme also nicht um eine nach Artikel 198 EWG-Vertrag obligatorische Anhörung des WSA.¹ Die

¹ Artikel 198 bestimmt, daß „der Ausschuß vom Rat oder der Kommission in den in diesem Vertrag vorgesehenen Fällen gehört werden [muß]. Er kann von diesen Organen in allen Fällen gehört werden, in denen diese es für angebracht halten.“ Die im EWG-Vertrag

Studiengruppe konnte auf die bereits vorliegende „Ergänzende Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses“ über „Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den mittel- und osteuropäischen Staaten“ (CES 1119/91, Berichterstatter: Jens Peter Petersen) zurückgreifen.

Vom Berichterstatter Bernard Mourgues, einem Vertreter der französischen Gewerkschaft *Force Ouvrière*, wurde den Mitgliedern der Studiengruppe und den jeweiligen Experten ein im französischen Original acht Seiten langes Arbeitsdokument (*Document de travail, Working document*) vorgelegt. Dieses Arbeitsdokument berief sich ausdrücklich auf das Maastrichter Gipfeltreffen vom 11./12. Dezember 1991, anlässlich dessen einige Punkte hinsichtlich eventueller künftiger Mitglieder der Gemeinschaft angesprochen worden waren, die eine „eingehende Prüfung [...] erforderlich [machten]“ (405/I).

4.3 Erste Studiengruppensitzung am 14. April 1992

In Kapitel I. „Maastricht, Vollendung des Binnenmarkts und die mögliche Erweiterung der Gemeinschaft“ (*Maastricht, l'achèvement du Marché unique et le futur élargissement de la Communauté*) resümierte der Berichterstatter in aller Kürze den Werdegang von Stellungnahmen, die sich mit Beitrittskandidaten befaßten, die bis dahin noch nicht Mitglied waren und entweder einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt hatten oder mit großer Wahrscheinlichkeit in Kürze einen solchen stellen würden. Auf dem Maastrichter Gipfel wurde die Kommission aufgefordert, bis Juni 1992 einen Bericht über die künftige Erweiterung der Gemeinschaft vorzulegen. Die Kommission sah in der Tat in der „Erweiterung der Gemeinschaft“, wie es der damalige Vizepräsident und Generaldirektor der GD I, Auswärtige Beziehungen, Frans Andriessen, im Februar 1992 vor der Fachgruppe Außenbeziehungen, Außenhandels- und Entwicklungspolitik angedeutet hatte, eines der Schlüsselthemen der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1992. Schon in diesem einleitenden Kapitel wird angedeutet, daß eine „quantitative“ Erweiterung“ (407/I) der Gemeinschaft auch zu einem „qualitativen“ Sprung“ (407/I), d.h. einer tiefgehenden (im französischen Original *profond*) Reorganisation von Institutionsstrukturen und „traditionellen Arbeitsmethoden“ (407/I) führen würde. Als Beitrittskandidaten werden die Türkei, Zypern, Malta, Österreich, Schweden und Finnland bereits im einführenden Kapitel explizit genannt, die Möglichkeit, daß Norwegen und die Schweiz noch 1992 einen Antrag einreichen würden, wird kurz skizziert.

In Kapitel II., das die metaphorische Überschrift „Die neue europäische Architektur der Gemeinschaft“ (408/I) (*La nouvelle architecture européenne de*

„vorgesehenen Fälle“ sind im „Rahmen des allgemeinen Zuständigkeitsbereichs des Ausschusses“ (Artikel 197) insbesondere Fragen der Landwirtschaft und des Verkehrs, daneben – gemäß der Fachgruppenzuordnungen – die Themenbereiche Wirtschaft, Energie, Umwelt, Industrie, Regionalismus, Soziales und – in beschränkterem Rahmen – Außenpolitik.

la Communauté) trägt, wird ein Ausblick über die Verhandlungen mit den EFTA-Ländern, die zu dem sogenannten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) führen sollen, und über die Assoziierungsabkommen mit der damaligen Tschechoslowakei, Ungarn und Polen sowie über die Verhandlungen mit Bulgarien, Rumänien, den Baltischen Republiken und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gegeben. Die Schwierigkeiten, die die teilweise als unbefriedigend empfundenen Regelungen für die künftigen Beitrittsstaaten in sich tragen, werden kurz dargestellt. Es wird auch nicht verschwiegen, daß dort, wo die Bevölkerung über den Beitritt zu Europäischem Wirtschaftsraum und Europäischer Gemeinschaft zu entscheiden hat, wie im Falle der Schweiz, mit Akzeptanzschwierigkeiten zu rechnen ist.

In Kapitel III. „Die Gemeinschaftsorgane und ihr Rüstzeug für eine Erweiterung“ (410/I) (*Les Institutions communautaires et leur capacité de faire face à l'élargissement*) wird herausgestrichen, daß durch den in Maastricht vereinbarten Vertrag bzw. durch die Ratifizierung von seiten der nationalen Parlamente organisatorische Schwierigkeiten auf die EG zukommen werden. Institutionen, die von diesen Schwierigkeiten betroffen sein werden, seien in erster Linie das Europäische Parlament und der Ministerrat. Kritische Fragen werden von Mourgues aufgeworfen:

- „Werden die subtilen² Maastrichter Kompromisse zu einer Lähmung des Beschlußfassungsverfahrens der Gemeinschaft führen?“ (410/I)
- „Wird das Subsidiaritätsprinzip in der Praxis funktionieren?“ (410f./I)

und schließlich gelte es auszutariieren, ob und welche neuen Fragen und Probleme die anzustrebende neue Soziale Gemeinschaft an die Institutionen stellen werde. (411/I)

In Kapitel IV. „Eine ‚vertiefte‘ oder ‚erweiterte‘ Gemeinschaft?“ (412/I) (*Une Communauté européenne plus „profonde“ ou plus „large“?*) wird als Denkspiel mit noch nicht präzisierbarer Prognose präsentiert, daß sich die Gemeinschaft – auch nach Äußerungen ihres Generalsekretärs Jacques Delors – in Zukunft auf bis zu 30 Mitgliedstaaten ausweiten könnte. Die Frage, ob durch die Erweiterung der EG ein so komplexes Gebilde entstünde, daß zentrale Entscheidungsorgane stärkere Befugnisse erhalten müßten, wird problematisiert. Der Berichterstatter wirft die Frage auf, ob es nicht richtiger sei, vor einer „großen Erweiterung“ (413/I) (*élargissement „majeur“*) erstmal abzuwarten, bis der „Besitzstand“ (410/I) (*les acquis*) von Maastricht in den zwölf Mitgliedstaaten verankert ist.

² Im Deutschen bleibt ein wenig unklar, was an den Maastrichter Beschlüssen „subtil“ ist. Hier sind die Übersetzer wohl den Weg des geringsten Widerstands (frz. *subtil* dt. *subtil* – auch im Engl. *subtle*) gegangen und haben darauf verzichtet, klärend – im Sinne von interpretierend (frz. *subtil* ‚scharf‘, ‚listig‘, ‚scharfsinnig‘, ‚spitzfindig‘) – zu wirken.

Ein kurzes Kapitel V. „Zeitplan“ (413/I) (*Calendrier*) gibt die Vorstellung des damaligen Vizepräsidenten Andriessen wieder, daß die derzeitigen Gemeinschaftsstrukturen bis zu vier neue Mitglieder verkraften würden. Eine darüber hinausgehende Erweiterung der EG solle tunlichst erst nach der Ratifizierung des Unionsvertrags, der Maastrichter Beschlüsse, in Angriff genommen werden. Für Beitrittsverhandlungen mit weiteren Kandidaten sollte abgewartet werden, welche Ergebnisse aus einer Regierungskonferenz 1996 resultieren werden.

Konkreter wird es in Kapitel VI. „Bedingungen für die Aufnahme neuer Staaten“ (411/I) (*Les conditions d'adhésion pour les nouveaux membres*). Zugangsbedingungen für beitrittswillige Länder sind, „daß sie in die Gemeinschaft ‚passen‘, den gemeinschaftlichen ‚Besitzstand‘ annehmen und die allgemeinen demokratischen und rechtlichen Normen der anderen Mitgliedstaaten erfüllen“ (411/I). Für die Länder Mittel- und Osteuropas, die Staaten des ehemaligen Rats für gemeinsame Wirtschaftshilfe (RGW) gilt darüber hinaus, daß eine Neuordnung der Volkswirtschaft Voraussetzung für Aufnahmeverhandlungen mit der EG ist. Als „geeignete Vorstufe“ (414/I) für einen späteren Beitritt werden Assoziierungsabkommen angesehen, in deren Rahmen die assoziierten Länder ihre Beitrittswürdigkeit unter Beweis stellen könnten, indem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umgesetzt und ausgebaut werden und eine soziale Marktwirtschaft eingeführt wird. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, daß der EWG-Vertrag (Artikel 237) einem jeden europäischen Staat die Möglichkeit zusichert, die Mitgliedschaft zu beantragen. Besondere Schwierigkeiten könnten dadurch auftreten, daß jedes neue Mitglied den Unionsvertrag als Ganzes unterzeichnen und – so zumindest die Vorstellung von Delors – sich dazu bereiterklären muß, an einer gemeinsamen EG-Außen- und Verteidigungspolitik (GASP) teilzunehmen.

In Kapitel VII. „Derzeit vorliegende Anträge zum Beitritt zur Gemeinschaft“ (417/I) (*Les demandes d'adhésion à la Communauté déjà présentées*) werden die sechs Staaten vorgestellt, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Arbeitsdokuments (7. April 1992) Anträge auf Mitgliedschaft in der EG gestellt haben. Das sind in der Reihenfolge der Antragstellung: die Türkei, Österreich, Malta, Zypern, Schweden und Finnland. Es werden kurz die Schwierigkeiten – seien es geographische Hürden, Verletzungen der Menschenrechte, wirtschaftliche Schwierigkeiten oder die Probleme, die sich aus einer etwaigen Neutralität ergeben – vorgestellt.

Ein sich daran anschließendes, nicht nummeriertes Kapitel befaßt sich mit „Weitere[n] in Betracht kommende[n] Beitrittskandidaten“ (418/I) (*Autres candidats possibles*), die Schweiz, Norwegen, Ungarn, Polen und die damals noch existierende Tschechoslowakei. Werden schon die letzteren drei Staaten „angesichts der beträchtlichen wirtschaftlichen Unterschiede“ „auf einer anderen Ebene“ (419/I) angesiedelt, so werden Beitrittsmöglichkeiten für weitere Länder – Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Kroatien, die baltischen Staaten, „GUS“ – unverbindlich und schwammig (»plastifizierend«, siehe

dazu Kapitel 8.) „auf eine ganz andere Ebene“, (419/1) verwiesen und mithin abgeschoben. Interessanterweise wird hier die Diskussion über das ansonsten eher britischen Euroskeptikern und Gegnern der Sozialcharta vorbehaltene „Europa à la carte“ (419/1) angeregt, das beitrtrittswilligen Staaten eine schrittweise Übernahme des Unionsvertrages zugesteht.

Das Dokument schließt mit Kapitel VIII. „Die Kommission und die Frage der Erweiterung“ (419/1) (*La Commission et la question de l'élargissement*). In diesem Kapitel wird dargestellt, daß die Kommission zwar nach dem Maastrichter Gipfel eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Frans Andriessen eingerichtet habe, daß aber die Kommission als solche sich bisher noch nicht mit der Erweiterung befaßt habe und folglich auch noch kein diesbezügliches Kommissionsdokument vorliege.

Bei diesem „Arbeitsdokument“, gewissermaßen einem „Vorentwurf zum Vorentwurf einer Stellungnahme“, handelt es sich zunächst eher einmal um eine Sammlung und Sortierung der Gedanken des Berichterstatters und darüber hinaus der Anregungen, die sein französischer Experte und Landsmann Delforge in den Text einfließen ließ. Der Vorentwurf ist noch relativ grob gegliedert, eine Hierarchie der einzelnen Kapitel schwer erkennbar. Bei dieser Gedankensammlung handelt es sich um ein typisch romanisches Textverständnis – sicherlich eine gewagte Behauptung, die aber in anderen Studiengruppen durchaus verifiziert werden konnte.⁴

4.4 Zweite Studiengruppensitzung am 13. Mai 1992

Für die zweite Sitzung der Studiengruppe, die am 13. Mai 1992 stattfand, legte der Berichterstatter ein *schéma d'avis* am 5. Mai 1992 vor, das am gleichen Tag auch in der englischen Fassung als *draft outline of an opinion* erschien. Einen Tag später wurde die italienische Übersetzung (*progetto di schema di parere*) herausgegeben; und schließlich noch einen Tag später wurde die deutsche Fassung eines „Schema[s] für den Vorentwurf einer Stellungnahme“ präsentiert. Die in dem ursprünglichen Arbeitsdokument angerissenen acht Komplexe (römische Ziffernnummerierung) sind in diesem Vorentwurf einer etwas präziseren Gliederung mit sechzehn Kapiteln (in arabischen Zahlen) gewichen. Nahm das Arbeitsdokument noch ausdrücklich Bezug auf das Maastrichter Gipfeltreffen im Dezember 1991, stand das Schema für den Vorentwurf schon ganz im Zeichen der im Juni 1992 in Lis-

³ Hervorhebungen J.B.

⁴ Eine Reihe mittel- und nordwesteuropäischer Gesprächspartner, d.h. Gesprächspartner aus Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien, vertrat die Ansicht, sie und ihre Landsleute hätten eine Tendenz, Texte kürzer, knapper, präziser und besser gegliedert zu verfassen als ihre süd- und südwesteuropäischen Kollegen, beispielsweise aus Frankreich, Italien, Spanien und Portugal, aber auch aus Griechenland.

sabon stattfindenden Sitzung des Europäischen Rates.⁵ Es war vorgesehen, daß die Kommission dort in einem einführenden Bericht die Auswirkungen einer Erweiterung auf die künftige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft erörtern sollte, womit sie den Forderungen des Maastrichter Gipfels nachkommen sollte. Der Gipfel führte nun dazu, daß die Studiengruppe im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Fachgruppe „Außen- bzw. Außenhandels- und Entwicklungspolitik“ beschloß, für die Fachgruppensitzung am 11. Juni lediglich ein „Schema für den Entwurf“ auszuarbeiten, da schon zu diesem Zeitpunkt klar war, daß auf dieser Sitzung ein Vertreter der Kommission über die Beschlüsse von Lissabon berichten würde.

Damit wurde von dem im WSA ansonsten üblichen Textgeneseverfahren abgewichen: Gelten normalerweise zwei bis drei Studiengruppensitzungen als ausreichend, um der Fachgruppe einen „Vorentwurf für eine Stellungnahme“ präsentieren zu können⁶, so wird hier durch die Beschränkung auf ein „Schema für einen Entwurf“ die Möglichkeit geschaffen, das Thema „EG-Erweiterung“ insgesamt zweimal der Fachgruppe vorzulegen, um somit die Möglichkeit zu nutzen, Einfluß auf die Behandlung des Themas in anderen Gremien (hier: Europäischer Rat in Lissabon) nehmen zu können. Daß eine Abweichung vom üblichen Procedere auch von den Mitgliedern des Ausschusses selbst als verwirrend empfunden wird, machte der Verlauf der Fachgruppensitzung deutlich, in der Turbulenzen auftraten, ob etwa – angesichts der Zeitnot – Abstimmungen überhaupt zulässig seien. Die bei den Mitgliedern verinnerlichte Geschäftsordnung ist in solchen Fällen nicht »abrufbar«.

Daß das „Schema für den Vorentwurf einer Stellungnahme“ mit etwas mehr als sechs Seiten um zwei Seiten kürzer ausfiel als das erste Arbeitsdokument, geht nicht zuletzt auf eine Straffung der „einführenden Bemerkungen“ (422/II) (*Observations préliminaires*) zurück. Die Würdigung der Ergebnisse des Maastrichter Gipfels und die wichtige Rolle, die die Kommission der Europäischen Gemeinschaft einschließlich ihres Vizepräsidenten Andriessen der EG-Erweiterung beimaßen, wurden in die zweite Fassung nicht mehr aufgenommen. Vergangenheit und Gegenwart werden in einem einzigen Absatz als treibende Kräfte für die Überlegungen hinsichtlich einer Erweiterung der EG genannt: zum einen die schon 1957 in die Präambel der Römischen Verträge aufgenommene Klausel der Möglichkeit einer künftigen Erweiterung, zum anderen die historisch überwundene Teilung Europas in einen West- und

⁵ Der Europäische Rat wird gebildet von den Staats- und/oder Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten der EG. Begleitet werden sie von den Außenministern bzw. einem Mitglied der Kommission. Der Rat ist das politische Führungs- und Koordinierungsorgan der Gemeinschaft. Seine Rechtsgrundlage ist die Einheitliche Europäische Akte, Artikel 2. Der Europäische Rat tagt „mindestens“ zweimal, in der Regel jedoch dreimal pro Jahr.

⁶ In Einzelfällen kann auch völlig darauf verzichtet werden, vgl. etwa die „Zweite ergänzende Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema ‚Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den mittel- und osteuropäischen Staaten: Bulgarien und Rumänien‘“, CES 1334/92, 25. November 1992.

einen Ostteil. Kurz wird noch einmal resümiert, daß sechs Länder bereits einen Antrag auf EG-Mitgliedschaft gestellt haben, daß andere voraussichtlich folgen werden. War in dem ersten Papier noch anspruchsvoll, gleichwohl ein wenig diffus von einer „quantitativen Erweiterung der Gemeinschaft“ (407/I), die zu einem „qualitativen Sprung“ (407/I) führen würde, die Rede, ist der jetzt vorliegende Text etwas konkreter und führt aus, daß bis dahin in erster Linie wirtschaftliche Betrachtungen maßgeblich für Diskussionen einer Erweiterung waren, während in der Zukunft wohl eher oder zumindest gleichrangig politische Überlegungen berücksichtigt werden müßten.

Die Kapitel 1. und 2. zitieren Vorgaben von EWG-Vertrag und Europäischem Rat. Das ist zum einen der Artikel 237 des EWG-Vertrags, der bestimmt, daß „jeder europäische Staat beantragen kann, Mitglied der Gemeinschaft zu werden“, und damit zumindest implizit weitere europäische Staaten, die gewisse wirtschaftliche, soziale und politische Grundsätze erfüllen, zur Mitgliedschaft auffordert. Und das ist zum zweiten die Abschlußerklärung des Europäischen Rates anlässlich des Maastrichter Gipfels im Dezember 1991. Wörtlich werden diese Passagen in das „Schema für den Vorentwurf“ eingearbeitet:

„Der Europäische Rat erinnert daran, daß der Vertrag über die Europäische Union, über den die Staats- und Regierungschefs jetzt Einvernehmen erzielt haben, vorsieht, daß jeder europäische Staat, dessen Regierungssystem auf demokratischen Grundsätzen beruht, einen Antrag auf Beitritt zur Union stellen kann.

Der Europäische Rat nimmt davon Kenntnis, daß die Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union auf der Grundlage des jetzt vereinbarten Vertrags beginnen können, sobald die Gemeinschaft 1992 ihre Verhandlungen über die Eigenmittel und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen abgeschlossen hat.

Der Europäische Rat stellt fest, daß verschiedene europäische Länder einen Beitrittsantrag gestellt oder ihre Absicht, der Union beizutreten, bekundet haben. Der Europäische Rat ersucht die Kommission, diese Fragen, einschließlich der Auswirkungen für die künftige Entwicklung der Union, im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates in Lissabon zu prüfen.“ (411f./II)

Damit werden noch einmal Dringlichkeit und Wichtigkeit des Themas unterstrichen – Grund genug für den WSA, seinen Sachverstand in das laufende Verfahren einzubringen und die gesellschaftlichen Gruppen am Entscheidungsprozeß zu beteiligen.

In Kapitel 3. folgt eine Aufforderung seitens der Fachgruppe an die Kommission, die folgenden drei Punkte zu berücksichtigen:

- (1) Das Inkrafttreten des Binnenmarkts zum 1. Januar 1993; (408/II)
- (2) das gleichzeitige Inkrafttreten des Europäischen Wirtschaftsraums, der einen weit(est)gehend freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen gewährleisten werde; (409/II)

- (3) die Schwierigkeiten, die die Ratifizierung und die Umsetzung der Maastrichter Vereinbarungen den einzelnen Mitgliedstaaten bereiteten und einige dabei wohl sogar überforderten. (410/II)

Kapitel 4. ist eine in Frageform formulierte Aufforderung an die Mitgliedstaaten, gerade jetzt ihren „politischen Willen, ja ihre **Entschlossenheit** [zu] bekräftigen, der ‚Vertiefung‘ der Gemeinschaft entsprechend dem in den Maastrichter Übereinkünften aufgezeichneten Weg **höchsten Vorrang** einzuräumen“ (406/II).⁷

Damit wird Kapitel IV. aus dem ersten Arbeitsdokument „eine ‚vertiefte‘ oder ‚erweiterte‘ Gemeinschaft?“ (412/I) in anderer Textumgebung wieder aufgenommen, ohne aber die herausragende Rolle des Kommissionspräsidenten Jacques Delors und dessen Vorstellung und Sorgen hinsichtlich einer Erweiterung der Gemeinschaft aufs Neue zu problematisieren oder zu kommentieren. Statt institutioneller Probleme, wie sie etwa durch eine stärkere Zentralisierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft entstünden, werden in dem neuen Papier konkret gemeinsame Absichten wie die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) genannt. Der zweite Teil des ursprünglichen Kapitels IV., der Aspekt der Erweiterung (versus „Vertiefung“), wird nunmehr in einem separaten Kapitel (5.) abgehandelt. Auch hier bedient sich der Berichterstatter der Frageform, in die er die „logische Konsequenz“ (406/II) verpackt, daß sämtliche Länder, die schon einen Antrag gestellt haben oder künftig einen stellen werden, den „**gesamten** gemeinschaftlichen Besitzstand, einschließlich des **neuen** Besitzstandes nach Maßgabe der Maastrichter Übereinkünfte [akzeptieren müßten]“ (406/II).⁸

⁷ Hervorhebungen so im Text. Im französischen Originaltext wird gar eine doppelte Hervorhebung (fett vs. kursiv) vorgegeben:

„Entre parenthèses, pour ainsi dire, et tout à fait indépendamment du rapport d'introduction que le Conseil européen de Maastricht a demandé à la Commission de rédiger pour juin 1992, ne conviendrait-il pas que les États membres réaffirment maintenant leur volonté politique, voire leur *détermination* à accorder une **priorité absolue** à l'approfondissement' de la Communauté dans la voie indiquée par les accords de Maastricht, à savoir l'UEM ainsi qu'une politique étrangère et de sécurité commune.“ [UEM steht für *Unité Économique et Monétaire*, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)].

⁸ Der deutsche Begriff „gemeinschaftlicher Besitzstand“ ist ein zentraler Terminus in der schriftlichen Alltagskommunikation der Brüsseler Eurokratie. Gleichwohl wird er allem Anschein nach selbst von Fachleuten als so schwierig empfunden, daß er in der mündlichen Kommunikation dem französischen *acquis communautaire* weicht.

Selbst in die deutschsprachige Presse hat *acquis communautaire* als *terminus technicus* Einzug gehalten, cf. Klaus-Peter Schmid, der den „Zeit“-Lesern das Verständnis der folgenden Textpassage zutraut:

„Als der Vertrag von Maastricht unterschrieben wurde, galt er als Rahmen für das Europa von morgen. Wer Mitglied werden will, so lautete die Vorgabe, muß den *acquis communautaire* akzeptieren, also die EG so nehmen, wie sie ist. Nach der Ratifizierung des Abkommens weiß jeder, daß das eine Illusion war. Eine Europäische Union der Zwanzig wird es nicht geben. Schon die zwischen den Zwölf erreichte Integrationsdichte ist ständig

Das leitet direkt über in Kapitel 6., in dem der Berichterstatter postuliert, daß die politische Struktur Europas davon abhängen werde, ob die Gemeinschaft eben darauf bestehen würde, daß neue Mitglieder alle Maastrichter Übereinkünfte bejahen müßten. Im anschließenden Unterkapitel 6.1. werden Überlegungen zur Integration und Kohäsion der Europäischen Gemeinschaft bzw. zu einem größeren Europa unter die Lupe genommen. Es ist unbestritten, daß eine Integration angestrebt wird und eine Kohäsion Europas zumindest existent ist. Insofern scheint sich der Berichterstatter verpflichtet zu fühlen, diese Gedanken in seiner Stellungnahme zu placieren. Dennoch ist die Aussage dieses Absatzes als eher banal einzuschätzen. Die Vagheit der Formulierung tut zwar keinem weh, stellt aber auch niemanden so recht zufrieden. Die Neigung vieler Berichterstatter, Selbstverständlichkeiten in einen Text einzuarbeiten, wird in diesem Falle von den Studien- und Fachgruppenmitgliedern nicht hingenommen: Das belegen auch die Überarbeitungen in den künftigen Fassungen, die nach mehr oder weniger heftigen Diskussionen in den jeweiligen Studien- bzw. Fachgruppensitzungen erforderlich wurden. Zwar wurde der Wortlaut in den Fassungen immer wieder überarbeitet, die Aussage als solche blieb jedoch verschwommen.

Textvorlage für die 2. Studiengruppensitzung am 13. Mai 1992:

„Obwohl die Integration der Europäischen Gemeinschaft und die Integration oder Kohäsion eines größeren Europas zwei gesonderte Prozesse sind, sind sie doch mit einander (sic!) **verflochten**. Zu klären ist, inwieweit die Gemeinschaft sich dafür verantwortlich fühlen sollte, die Führungsrolle in der europaweiten Integration zu übernehmen.“ (407/II)

Textvorlage für die 1. Fachgruppensitzung am 11. Juni 1992:

„Die Integration der EWG, ihre schrittweise Erweiterung und die Kohäsion Europas als Ganzes sind wesentliche Bestandteile des künftigen Gleichgewichts auf dem europäischen Kontinent. Die Gemeinschaft wird in der näheren Zukunft in noch größerem Maße eine dynamische, entscheidende Rolle spielen.“ (407/II)

Textvorlage für die 3. Studiengruppensitzung am 17. Juli 1992:

„Die Integration der EWG, ihre schrittweise Erweiterung und die aus dem Vertrag von Maastricht hervorgehende Kohäsion der Europäischen Union sind wesentliche Bestandteile des künftigen Gleichgewichts auf dem europäischen Kontinent. Die Europäische Union wird in der näheren Zukunft in noch größerem Maße eine dynamische, entscheidende Rolle spielen.“ (427/I)

Textvorlage für die 2. Fachgruppensitzung am 11. September 1992:

[Der erste Satz ist gegenüber der letzten Studiengruppensitzung unverändert geblieben, der zweite erhielt einen Zusatz]:

gefährdet, jedes neue Mitglied erschwert die gemeinschaftliche Willensbildung. Am Ende könnte die Maschinerie stillstehen.“ (Schmid 1993b)

„Die Europäische Union wird hierbei insoweit in noch größerem Maße eine dynamische, entscheidende Rolle spielen, als sich ihr Zusammenhalt durch ihre institutionelle Weiterentwicklung noch verstärken wird.“ (427/II)

Die Vagheit blieb gewahrt – trotz der jeweils geänderten Formulierungsmuster. Die Metapher „verflochten“ (407/II) (im Original *qui s'interprètent* und im Italienischen *interdipendenti* ist diese Metaphorik weniger eindeutig) wurde durch eine andere, „Bestandteile des Gleichgewichts“ (407/III bzw. 427/I) (*éléments essentiels de l'équilibre*, it. *elementi essenziali dell'equilibrio*, engl. *vital to stability*, vormalig *interdependent*), substituiert. Unklar bleibt, inwieweit der Berichterstatter durch intensional wie extensional dehnbare Begriffe wie „dynamisch“ (407/III bzw. 427/I) bewußt Spielraum für semantische Interpretationen eröffnete und ob das Stilmittel der Aktantenreduktion, „zu klären ist“ (407/II) (*il reste à préciser*) – wer soll das klären, der Wirtschafts- und Sozialausschuß, der Berichterstatter, die Kommission? –, strategisch verwendet wurde, um jedem der beteiligten Aktanten die jeweils genehme Auslegung zu ermöglichen. Einiges deutet jedoch darauf hin, daß Mourgues sich selbst gemeint hat, da er ab der dritten Version eine apodiktische Formulierung gewählt hat, die er erst wieder für die allerletzte Fassung abschwächte. In dieser Form wurde sie schließlich auch der Plenarversammlung vorgelegt und im Rahmen der Gesamtstellungnahme einstimmig verabschiedet.

Kapitel 7. des „Schemas“ enthält eine Warnung an die Länder, die der EG beitreten möchten. Deren Botschaft besagt, die Kandidaten sollten nicht dem Irrtum erliegen, sich jene Teile aus der EG herauspicken zu können, die ihnen profitabel erscheinen, lästige Verpflichtungen aber beiseite zu schieben. Damit wird die der Gastronomie entlehnte Metapher „Europa à la carte“ (419/I) wiederaufgenommen, allerdings wurde das Stilmittel gewechselt.

In zweifacher Hinsicht textsortenuntypisch stellt der Berichterstatter die Beitrittskandidaten vor die Alternative: „**Alles oder nichts**“ (414/II) (im französischen Original: „Ce sera **tout ou rien**“). Einerseits ist es untypisch, daß ein Berichterstatter des WSA seine Befugnisse so weit ausdehnt, daß er sich quasi die Rolle eines Verhandlungsführers für die gesamte Gemeinschaft anmaßt; andererseits stellt ein derartig krasses Verdikt einen besonders scharfen Kontrast zur gerade vorher zur Kunst erhobenen verschwommenen Formulierung dar. Bezeichnenderweise ist dieser Passus in der Fassung für die nächste Fachgruppensitzung wieder getilgt, nachdem in der Studiengruppensitzung das deutsche WSA-Mitglied Jens Peter Petersen die Formulierung scherzhaft rügte, sich dabei ungeniert Stereotype zunutze machte und schließlich mit Hilfe seiner doppelbödigen Anregung die Streichung bewirkte:

„Ich störe mich etwas an den letzten drei Worten im Deutschen: **Alles oder nichts**! Das ist für uns ein kategorischer Imperativ, der so schwarzartig ist, daß er kaum eine andere Argumentation zuläßt. Also ich würde gerne den Herrn Berichterstatter bitten, darüber nachzudenken, ob man es vielleicht etwas französischer definieren kann, also diplomatischer

sagen kann. Mit dem Inhalt völlig einverstanden, würde ich in Deutsch *alles oder nichts streichen* [Gelächter].“

Da in dem Dokument, das in der zweiten Sitzung der Studiengruppe am 13. Mai 1992 vorgelegt wurde, die Präsentation der einzelnen beitrittswilligen Staaten nicht mehr vorhanden ist, werden in den Kapiteln 8. und 9. diejenigen Länder kurz skizziert, die als relativ unproblematisch angesehen werden. Es handelt sich hierbei um Österreich, Schweden, Finnland und Malta sowie die potentiell beitrittswilligen Staaten Norwegen und die Schweiz. Interessant ist hierbei, daß eine recht scharf formulierte Passage in der darauffolgenden Fassung etwas abgeschwächt wurde. Heißt es noch im „Schema für den Vorentwurf einer Stellungnahme“, der den Mitgliedern der Studiengruppe in der Sitzung am 13. Mai 1992 präsentiert wurde:

„Von den derzeit vorliegenden Beitrittsanträgen dürften die von **Österreich, Schweden, Finnland und Malta** unproblematisch sein, soweit die Gemeinschaft von Anfang an sicher sein kann, daß sie sich dem gemeinschaftlichen **Besitzstand** – selbstverständlich auch aus dem Maastrichter Übereinkünften hervorgehenden – verpflichten“ (417/II).

so wurde daraus bis zur Fachgruppensitzung am 11. Juni 1992:

„Von den derzeit vorliegenden Beitrittsanträgen dürften die von **Österreich, Schweden, Finnland und Malta** unproblematisch sein. Diese Staaten sind offenbar in der Lage, den gemeinschaftlichen **Besitzstand** – einschließlich den aus den Maastrichter Übereinkünften hervorgehenden – zu übernehmen.“ (415/III)⁹

In Kapitel 10. spannt der Berichtersteller den Bogen etwas weiter und geht auf Assoziierungsabkommen ein, die die Gemeinschaft schon mit Polen, der damals noch existierenden Tschechoslowakei und Ungarn (der sogenannten Visegrad-Gruppe¹⁰) ausgehandelt hatte und die damals mit Rumänien und Bulgarien sowie einer Reihe von Nachfolgestaaten der Sowjetunion einschließlich der baltischen Staaten angestrebt wurden. Diese Kooperationsabkommen gelten gemeinhin als notwendig, weil die meisten dieser Staaten die Voraussetzungen für einen EG-Beitritt nicht erfüllen, sei es in wirtschaftlicher Hinsicht (Etablierung der Marktwirtschaft), sei es bei politischen Vorgaben (wie Stärkung von Demokratie und/oder Rechtsstaatlichkeit), sei es in

⁹ Es handelt sich hier um eine etwas holprige Übersetzung des französischen Originals:

„tant que la Communauté sera dès le départ convaincue de leur engagement vis-à-vis de l'acquis communautaire et, bien sûr, de celui qui résulte des accords de Maastricht.“

entsprechend in der überarbeiteten Fassung:

„Ces États paraissent être en mesure d'accepter l'acquis communautaire y compris celui qui résulte des accords de Maastricht.“

¹⁰ Die Gruppe wurde nach dem ungarischen Ort Visegrád (fälschlicherweise bzw. böhmisierend i.d.R. als *Višegrad* bezeichnet) benannt, wo am 15. Februar 1991 die (Minister-)Präsidenten Havel, Wałęsa und Antall ein Abkommen über die Förderung des freien Verkehrs von Kapital und Arbeit sowie Rechtsgarantien für nationale Minderheiten unterzeichneten, das aber in erster Linie als „Vehikel für eine möglichst schnelle Aufnahme in die EG“ (Süddeutsche Zeitung 12./13.6. 1993) dienen sollte.

Menschenrechtsfragen (Problematik ethnischer, sprachlicher und – seltener – religiöser Minoritäten).

Diese „Europaabkommen“ sind nach Artikel 238 des EWG-Vertrags Assoziierungsabkommen, vergleichbar denen mit einer Reihe von früheren britischen und französischen Kolonien in Afrika, der Karibik und im pazifischen Raum (sogenannte AKP-Staaten). Assoziierungsabkommen sollen – nach einer Definition des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) – „besondere und privilegierte Beziehungen zu einem Drittland schaffen, wonach der Assoziationspartner zumindestens teilweise am Gemeinschaftssystem teilhaben, jedoch außerhalb des Entscheidungsprozesses der EG bleiben muß.“¹¹

Gleichwohl läßt sich aus Assoziierungsabkommen kein zeitlicher Anspruch auf EG-Mitgliedschaft herleiten. Dennoch werden sie als sinnvolle Zwischenstationen auf halbem Weg in Form angegliederter Mitglieder hin zur Vollmitgliedschaft angesehen. Diese Begriffe „halber Weg“, „Zwischenstation“, „Vollmitgliedschaft“ und „angegliederte Mitglieder“ verwendet der Berichterstatter in seinem Entwurf hervorgehoben.¹²

Während in den Kapiteln 11. und 11.1. die Schwierigkeiten der Beitrittskandidaten hinsichtlich der Erfüllung der Gemeinschaftskriterien in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht im Mittelpunkt stehen, greifen die Kapitel 12. und 12.1. die Problematik auf, die für die Gemeinschaftsinstitutionen der EG akut wird, wenn neue Staaten in die Gemeinschaft drängen. An dieser Stelle fordert der Berichterstatter weiterhin auf, darüber nachzudenken, welche Auswirkungen eine größere EG auf das *weitere Europa* hätte.¹³

¹¹ Zitiert nach: „Die neuen Assoziierungspartner: Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei. Die Europaabkommen der Europäischen Gemeinschaft“. In: „Europäische Zeitung“, Juni 1992, S. 27f.

¹² Es handelt sich hierbei um (zum Teil durchaus freie) Übersetzungen des französischen Originaltextes *étape intermédiaire* ‚halber Weg‘, *adhésion* ‚Vollmitgliedschaft‘ und schließlich *affiliation* ‚angegliederte Mitglieder‘, wobei bezeichnenderweise *étape intermédiaire* einmal als ‚Zwischenstation‘, einmal als ‚halber Weg‘ übersetzt wird. Interessant in diesem Zusammenhang auch die Übersetzung ins Englische, wo auch ein Bild für Zwischenstation (*half way house*) gewählt wird, während das Italienische dem französischen Original folgt (*stadio intermedio*). Die größten Probleme scheint die Übersetzung der französischen Fassung *la notion d'affiliation* gemacht zu haben, die im Deutschen als ‚Idee‘ wiedergegeben wird und im Italienischen als weniger semantisierte *ipotesi* erscheint.

¹³ Um hier die deutsche Fassung zu verstehen, ist es wiederum hilfreich, das französische Original zu Rate ziehen. Dort heißt es: „De même, il serait imprudent, pour l'heure, d'émettre des hypothèses sur l'impact d'une Communauté européenne élargie sur l'Europe en général“. Dieses *Europe en général* wird im Deutschen als „weiteres Europa“, wohl einer englischen Fassung folgend, in der es „*wider Europe*“ heißt, wiedergegeben. Um dann endgültig zu begreifen, was gemeint ist, hilft schließlich der italienische Text weiter, in dem es wörtlich heißt: „*Europa più ampia*“. Im übrigen klärt die Fassung der Sitzung vom 11. Juni 1992 die Leser dieses Textes über die Absichten des Berichterstatters auf, denn dort heißt es: „Die Fachgruppe würde es sehr begrüßen, wenn [...] die Fragen der unvermeidlichen Folgen einer starken Erweiterung [...] für die weitere Entwicklung Europas an der Schwelle zum dritten Jahrtausend behandelt würden“. (412/III)

Im Kapitel 12.1. werden Modelle einer künftigen institutionellen Gliederung Europas diskutiert. Es gilt als Konsens, daß Änderungsbedarf vorhanden ist. Da hier – je nach Mitgliedstaat – unterschiedliche Vorstellungen bestehen und dementsprechend mehrere Lösungsvorschläge miteinander konkurrieren, ruft der Berichterstatter zu einer Diskussion über mögliche Systeme auf, obwohl er persönlich nicht glaubt, daß vor 1996 die Thematik einer institutionellen Reform Europas auf der Tagesordnung von Regierungskonferenzen stehen werde. In diesem Kapitel werden die Reizwörter „Föderalismus“, „Subsidiarität“ und „souveräne Staaten“ (413/II) eingeführt. Die Modelle föderaler Systeme (etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika oder der Bundesrepublik Deutschland) werden als betrachtungswürdig charakterisiert, es wird aber vor Imitationen gewarnt. Dieses verleitet den Berichterstatter zu der etwas gewagten Schlußfolgerung: „Wenn innerhalb der EG von ‚Subsidiarität‘ und ‚souveränen Staaten‘ gesprochen wird, so bedeutet dies, daß keines der beiden Modelle den Bedürfnissen der Gemeinschaft im vollen Umfang gerecht werden wird“ (413:II).¹⁴

In den abschließenden Kapiteln 13., 14., 14.1., 15. und 16. werden noch einmal die Probleme zusammengefaßt, die sich der EG durch bereits gestellte oder künftige Beitrittsgesuche aufbauen bzw. aufbauen werden. Immer wieder verweist der Berichterstatter auf die Maastrichter Beschlüsse, die auch für neue Mitgliedstaaten hohe Hürden setzen und den jetzigen Mitgliedstaaten – negativ ausgedrückt – hinreichend Vorwände liefern, neue Beitrittsgesuche abzublocken. Um nicht sagen zu müssen, daß gewisse Beitrittsgesuche unerwünscht sind, wird postuliert, „daß die Gemeinschaft die Dinge nicht überstürzen sollte“ (419/II), daß man aber immerhin doch schon einmal beginnen sollte nachzudenken. Gerade die Erweiterung der EG um Nachfolgestaaten der Sowjetunion – eine angedeutete Ausdehnung bis nach Wladiwostok – bereitete den Fachgruppenmitgliedern einiges Kopfzerbrechen. Das deutsche WSA-Mitglied Göke Frerichs, Gruppe der Arbeitgeber, bringt dies auf den Punkt:

„Wir haben uns zum Beispiel gequält um die Frage, was wir machen mit dem Staat Rußland und der GUS. Deswegen haben wir gesagt: Rußland und einige andere Staaten der GUS – wir wollen doch nicht Tadschinkistan (sic!)¹⁵ und wie diese ganzen Länder jenseits des Ural heißen – und deshalb haben wir dann im nächsten Absatz noch die ethnischen, religiösen und politischen Konflikte mitaufgeführt und haben gesagt, das müssen wir nicht unter drei eins tun, das müssen wir unter drei zwei fassen, da ja mit diesen Ländern nicht verhandelt wird. Das kann mal kommen, aber nur dann, wenn wir die ethnischen, religiösen und politischen Konflikte miteinbeziehen. Wir haben uns gedrückt um

¹⁴ Es handelt sich hier keineswegs um einen Übersetzungsfehler, denn auch das Französische spricht von: „Le fait que l'on parle dans le cadre communautaire de *subsidiarité* et d'*États souverains* signifie qu'aucun de ces deux modèles ne répondrait exactement aux besoins de la Communauté“. Daß der Gedanke etwas unausgewogen war, bewiesen auch die anschließende Diskussion sowie die Tilgung des Passus bis zur folgenden Sitzung.

¹⁵ Eine interessante Kontamination von *Tadschikistan* und *Dschingis Khan*, wie sie ja in mündlicher Rede durchaus frequent ist.

die Frage: Wird Europa vom Atlantik bis zum Ural reichen oder kleiner oder größer. Das können wir ja gar nicht ansprechen, deswegen haben wir's getrennt. Danke!"

Der Berichterstatter macht einen interessanten Schlenker¹⁶ bezüglich der Beziehungen zu den Nachbarstaaten im Mittelmeerraum, worunter insbesondere die Maghrebstaaten zu verstehen sind. Eine Klärung der Beziehungen erscheint den WSA-Mitgliedern vor allen Dingen vor dem Hintergrund, daß ein Großteil der unerwünschten illegalen Einwanderer aus den Staaten Nord- und Schwarzafrikas über diese Länder in die EG gelangt, wünschenswert und notwendig.

4.5 Erste Fachgruppensitzung am 11. Juni 1992

Bei der 140. Sitzung der WSA-Fachgruppe „Außenbeziehungen, Außenhandels- und Entwicklungspolitik“ am 11.06.1992 waren zum Tagesordnungspunkt „Künftige Erweiterung der Gemeinschaft“ zwei Vertreter der Kommission im Wirtschafts- und Sozialausschuß anwesend: Der ursprünglich geladene und angekündigte Generaldirektor der GD I „Auswärtige Beziehungen“, Horst Krenzler, wurde vertreten von seiner Assistentin Viola Groebner. Die Tagesordnung sah vor, daß sie Ausführungen „zu den jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen der Gemeinschaft zu Drittländern, die in die Zuständigkeit von Frans Andriessen, Vizepräsident der Kommission, fallen“, machte. Dieses einleitende Referat wurde eindeutig als „Einführung“¹⁷ charakterisiert. Der andere Vertreter der Kommission war Wolfgang Kist, Referatsleiter in der gleichen Generaldirektion und in der dortigen Direktion K (Nord-Süd-Beziehungen) für „Allgemeine Zollpräferenzen; Strategien und Koordinierungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ zuständig. Er war den Teilnehmern dieser WSA-Fachgruppensitzung zum Teil schon bekannt, da er auch der Sitzung am 13. Mai 1992 beigewohnt hatte. Die „künftige Erweiterung der Gemeinschaft“ war als TOP 5 auf die Tagesordnung gesetzt. An der „Allgemeinen Aussprache“ beteiligte sich Kist mittels eines Statements; er kündigte an, zu Fragen der WSA-Mitglieder Stellung zu nehmen, was dann aber aus Zeitnot nicht mehr möglich war.

Während sich in der allgemeinen Aussprache WSA-Mitglieder in der Regel auf kurze Beiträge beschränken, sieht der äußere Rahmen von Fachgruppensitzungen vor, daß Kommissionsvertreter die Gelegenheit haben, in längeren Statements erstens ihre Auffassung bzw. die der Kommission vorzustellen, zweitens in einem längeren Beitrag Anregungen und Kritikpunkte der WSA-Mitglieder aufzunehmen und je nach eigenem Geschmack zu beantworten

¹⁶ Interessant deswegen, weil gewissermaßen parallel eine Stellungnahme zu den Beziehungen mit den Maghrebstaaten erarbeitet wurde, die auf der gleichen Fachgruppensitzung wie die Stellungnahme zur Erweiterung der EG verabschiedet wurde.

¹⁷ Die Einführung und Vorstellung Frau Groebners wurde vom spanisch-baskischen Fachgruppenvorsitzenden José María Zufiaur Narvaiza auf spanisch vorgenommen, entsprechend wurden die einführenden Worte als „introducción“ charakterisiert.

oder mit Verweis auf Zeitnot auszuklammern. Während der eine Kommissionsvertreter, Wolfgang Kist, in seinen Beiträgen vom Deutschen ins Französische oder Englische switchte, wobei er sich nach Möglichkeit der Sprache der jeweiligen Adressaten bediente, hielt Viola Groebner ihr Referat in deutscher Sprache. In diesem Vortrag sind jedoch eine Reihe englischer und französischer Fachtermini und Eurojargonwörter eingebaut. Im Gegensatz zu vielen anderen Generaldirektionen scheint in der GD I Englisch die bevorzugte Arbeitssprache zu sein. Darauf deuten zahlreiche englische Termini hin. Außerdem wurden die Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, den baltischen Staaten und verschiedenen Nachfolgeländern der zerfallenen Sowjetunion in der Regel auf englisch geführt.¹⁸

Eine lexikalische Fundgrube für die Beschreibung eines EG-spezifischen Fachjargons ist die Rede von Viola Groebner, die in ihrem Statement eine reichhaltige multilinguale Terminologie verwendet. Einige der Fremdwörter, die sie in ihrem Vortrag verwendet, sind schlichtweg wörtliche Übersetzungen einer EG-Fachsprache ins Deutsche.

Kasten: »Eurospeak« in einer WSA-Fachgruppensitzung

Beispiele für eine Verbindung sprachlicher Elemente des Französischen oder Englischen mit dem Deutschen finden sich etwa bei dem Begriff „das *communautaire Leben*“; die Maxime für ein notwendiges schrittweises Vorgehen wird als *ne pas brûler les étapes* bezeichnet. Ein Anglizismus *exploratorische Gespräche* dient als Opposition zu ‚harten Verhandlungen‘. Während die Kennzeichnung einer Gedankensammlung als *brainstorming process* bereits weitgehend Eingang in die deutsche Alltagssprache von Wissenschaftlern, Journalisten oder Managern gefunden hat, sind *grants*, ‚Leistungen, die nicht zurückgezahlt werden müssen‘ (im Gegensatz etwa zu Krediten), (noch) nicht allgemeinverständlich. Die Maßnahmen zur Durchführung dieser finanziellen Transaktionen werden als *Implementation* bezeichnet. Die Verwaltung wird, hier ist nicht erkennbar, ob die Interferenz aus dem Französischen oder aus dem Englischen stammt, *Administration* genannt. Auch die Verpflichtung, einen Teil von Nahrungsmitteln bei Drittländern zu kaufen, hier als *Triangularität* denominiert, ist die Adaption eines im Deutschen ungewöhnlichen Terminus, der, aus dem Lateinischen

¹⁸ Gerade die Aufforderung der EG-Kommission, die Verhandlungen mit der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten auf englisch oder französisch, wenn nicht auf russisch, zu führen, brachte den EG-Institutionen zahlreiche Proteste seitens deutscher Regierungsstellen ein. Dort wurde immer wieder darauf abgehoben, daß Deutsch über lange Zeiträume *lingua franca* in Osteuropa gewesen sei. Vor allem auch deutsche Firmen beschwerten sich darüber, daß sie Gebote auf dem lukrativen Kooperationsmarkt mit den zerfallenden RGW-Staaten in englischer, französischer oder russischer Sprache einreichen mußten, obwohl sie der Ansicht waren, daß viele ihrer osteuropäischen Gesprächspartner leichteren Zugang zum Deutschen als zu den anderen Sprachen hatten (siehe dazu Korch 1992, 33; Münster 1992). Wie so oft ist nicht eindeutig zu klären, ob es solche Anweisungen tatsächlich gegeben hat. Kommissionspräsident Jacques Delors hat dies zumindest entschieden dementiert (Gack 1993).

stammend, im Französischen und Englischen im Gegensatz dazu weite Anwendung findet.¹⁹ Immer wieder verwendet Viola Groebner wörtlich übersetzte Termini vom Typus „Adjektiv plus Substantiv“, von denen im Deutschen nur das Substantiv geläufig ist, die Adjektive akzeptabel, aber nicht allgemein verbreitet sind. Hierzu gehören: *Indikative Programme*, auch *Indikativprogramme*, also ‚Rahmenprogramme‘ im Gegensatz zu ‚Aktionsprogrammen‘, wobei erstere stärker ins Detail gehen. Hierzu gehören auch Begriffe wie *prioritäre Bereiche* für ‚vorrangige Bereiche‘ und das durchaus verständliche, aber im Deutschen wenig verwendete Adjektiv *budgetär*, das Groebner in den Zusammensetzungen mit Richtlinien und Autoritäten verwendet. Weiterhin werden einseitige Maßnahmen als *unilaterale Maßnahmen* bezeichnet, in Analogiebildung zu *bilaterale Maßnahmen*.

Ausschnitt aus der Rede Gröbners:

„Hm ja, das Gemeinschaftsleben geht weiter“, hat Präsident Delors in der Pressekonferenz, nachdem das dänische Votum bekannt war, gesagt. Ich werde Ihnen kurz berichten, was unsere täglichen Probleme mit Drittländern betrifft [...] alles was – wie gesagt – im Moment zum normalen *kommunautären* Leben gehört, werde ich kurz anreißen.

Wir haben also mit jeder Republik eine Koordinierungseinheit geschaffen, denn wir können nicht mit sämtlichen Ministerien [...] verhandeln [...], wir haben also mit jeder Republik sogenannte *Indikativprogramme* aufgestellt und werden jetzt Aktionsprogramme, die mehr ins Detail gehen, starten; die *Initiativprogramme* sind mehr ein Rahmenprogramm im Rahmen der *prioritären Bereiche*, was man zu machen gedenkt [...].“

Außerdem wird eine Reihe englischer Fachtermini verwendet, da deutsche Begriffe hier entweder sehr aufwendig sind oder auf Erscheinungen hindeuten, die im deutschen Kreditwesen unbekannt sind. Hierzu gehört der Fachterminus des *waiver of sovereign immunity*, der für eine Kreditrückzahlungsgarantie durch das Land, dem der Kredit zugute kommt, steht. Weiterhin spricht Groebner von *feasibility-Studien*, die die Kommission anfertigt und die überprüfen sollen, inwieweit Kreditprogramme machbar, sprich finanzierbar sind. Ein *board of members* steht für einen ‚Verwaltungsausschuß‘, eine *Retorsionsliste* ist eine Liste von Gegenmaßnahmen (im Deutschen wird in der Regel ‚Sanktionsliste‘ benutzt), und letztlich steht *input* für günstige Verhandlungsbedingungen.

Wir haben hier mithin ein Phänomen von Sprachökonomie vorliegen, und zwar in doppelter Hinsicht: einmal auf lexikalischer Ebene, was naheliegend ist, weil zu unterstellen ist, daß in Verhandlungen mit Aktanten verschiedener Muttersprache bei Termini *technici* auf *linguae francae* zurückgegriffen wird, zum anderen auf pragmatischer Ebene, weil Groebner unterstellen kann, daß

¹⁹ Als *triangularité* bzw. *triangularity*, die für französisch- resp. englischsprachige *natives* akzeptabler sind, da *triangle* und *triangulaire/triangular* alltagssprachlich verwendet werden (im Deutschen ist in diesem Sinne nur das Musikinstrument verständlich).

ihre Adressaten (Zuhörer/Leser) mit den fachsprachlichen Termini **vertraut** sind und somit ein umständliches metakommunikatives und daher **unpraktisches** Verfahren WSA-Insidern erspart werden kann.

Diese besondere fachterminologische Sprachmischung wird nur denjenigen aufgefallen sein, die dem Vortrag auf deutsch zugehört haben. In der Verdolmetschung in andere Sprachen gehen im Deutschen nicht alltägliche oder übliche Termini unter, da die Dolmetscher sie für die jeweiligen Einzelsprachen präparieren.²⁰

4.6 Dritte Studiengruppensitzung am 17. Juli 1992

Das „Schema für eine Stellungnahme zur künftigen Erweiterung der Gemeinschaft“, das am 11. Juni 1992 in der Fachgruppe vorgelegt worden war, ist weitgehend identisch mit dem „Vorentwurf einer Stellungnahme“, der in der nächsten Studiengruppensitzung vom 17. Juli 1992 erörtert wurde. Gliederungsmäßig fällt auf, daß nach einführenden Bemerkungen die schon im Juni präsentierten sechzehn Kapitel plus einem Unterpunkt auch hier wieder vorhanden und um weitere drei Unterpunkte erweitert worden sind. Seitenmäßig führte das zu einer geringfügigen Verlängerung des Dokuments, obwohl der Vorspann zu den „Einführenden Bemerkungen“ wegfiel, da mittlerweile der Europäische Rat in Lissabon getagt hatte und dadurch der Appell an dieses Gremium, die Zusammenarbeit mit den Experten im WSA zu suchen, obsolet geworden war.

Anstelle dieses Vorspanns finden wir nunmehr schon die allen WSA-Stellungnahmen gemeinsame einleitende Fassung: „der Wirtschafts- und Sozialausschuß beschloß [...] eine Stellungnahme zum Thema [...] zu erarbeiten“ (422/I). Bereits in den „Einführenden Bemerkungen“ werden Redundanzen getilgt. Es wird zwar noch darauf hingewiesen, daß die Gründungsgeschichte der Europäischen Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Zweiteilung der Welt stand, doch entfällt nunmehr der Zusatz „die UdSSR besteht nicht mehr. Andererseits hat sie [die EG] sich als eine Realität erwiesen, die als solche

²⁰ In ihrem Bemühen, den für den Europäischen Wirtschaftsraum nunmehr eingeführten englischen Begriff *European Economic Area* anstelle von ursprünglich *European Economic Space* zu erläutern, provozierte die Referentin unbeabsichtigt eine kleine Übersetzungsspanne, da der Dolmetscher von seiner Kabine aus nicht die begleitende Gestik Viola Groebners verfolgen konnte. Groebner erläuterte die englische Terminologie mit folgenden Worten: „Anfangs sollte das Abkommen, das wir mit den EFTA-Ländern abschließen wollten, *European Economic Space* heißen, aber dann dachte man, *space* – das spielt sich [und hier macht sie eine Bewegung nach oben] da oben ab –, also haben wir uns das überlegt und etwas bodenständiger *area* genannt“. Die englische Übersetzung gibt folgenden Sachverhalt wieder: „but then people felt that the word space had a negative connotation that's meaning emptiness – so they chose a different expression for that“.

Offenbar greift der Dolmetscher hier auf sein EG-bezogenes professionelles Alltagswissen zurück, um ein „Loch“ zu füllen. Er extemporiert also eine Definition, weil er die definitorische Geste nicht wahrgenommen hat. Allgemein läßt sich vermuten, daß bei deiktischen Ausdrücken Verdolmetschungsprobleme zu erwarten sind, zumal dann, wenn sie durch paralinguistische Mittel in ihrer situativen Bedeutung festgelegt werden.

auf der internationalen Bühne ihren festen Platz einnimmt“ (406/III). Die Formulierung „in dieser Hinsicht hat die bevorstehende Vollendung des Binnenmarkts eine Sogwirkung“ (408/III) wird ersetzt durch den Wortlaut „in diesem Kontext hat die Aussicht auf die Vollendung des Binnenmarkts [...] eine Sogwirkung“ (422/I).²¹ Die abschwächende Umformulierung von „bevorstehende Vollendung des Binnenmarkts“ zu „die Aussicht auf die Vollendung des Binnenmarkts“ findet sich im übrigen im französischen Original nicht: Dort heißt es jeweils *la perspective de la réalisation du marché intérieur*. Allerdings wurde im Französischen die Satzstellung von einer Fassung zur anderen verändert, was wohl ausschlaggebend für divergierende Übersetzungen ins Deutsche war. Auch entfällt der Hinweis darauf, daß die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft „an Attraktivität gewonnen“ (408/III) habe. Da auch die Schweiz in der Zwischenzeit einen offiziellen Antrag auf Aufnahme in die Gemeinschaft gestellt hatte, wird sie hier im Text berücksichtigt, der darüber hinaus um den Zusatz erweitert wurde, daß künftig weitere Beitritts-gesuche, in diesem Fall von seiten der Länder Mittel- und Osteuropas, eingereicht würden. Konkretisiert wurde der Passus, daß neben wirtschaftliche Betrachtungen auch politische Überlegungen treten, durch die Formulierung, daß nunmehr politische Überlegungen „im Vordergrund“ (423/I) stünden.

In Kapitel 1. wird der Satz „So werden für andere europäische Staaten, die sich zu den gleichen Zielen bekennen wie die Gemeinschaft, neue Beitrittsperspektiven eröffnet“ (417/III) durch die Formulierung „für andere europäische Staaten, die sich zu den gleichen Zielen bekennen wie die Gemeinschaft, eröffnen sich so neue Perspektiven, die sie dazu anregen, ihren Beitritt zur Gemeinschaft zu beantragen“ (423/I) ersetzt. Kapitel 2. bleibt nach wie vor der Abschlußerklärung des Europäischen Rates vom Dezember 1991 in Maastricht vorbehalten. Die Formulierung wird nicht abgeändert.

In Kapitel 3. ist die Gliederungsstruktur erhalten geblieben, die Spiegelstrichsortierung nach erstens, zweitens und drittens wich einer Schematisierung nach dem Muster a), b) und c). Wie schon an einigen anderen Stellen wird auch hier der Text ein wenig in die Länge gezogen, wobei der Inhalt abgeschwächt wird. Besagte der Text, der der Fachgruppe vorlag, noch, „der einführende Bericht der Kommission über die Auswirkungen der Erweiterungen auf die² künftige Entwicklung der Gemeinschaft sollte zumindest darauf

²¹ Die entsprechenden Stellen für „in diesem Kontext“ lauten im französischen Original „à cet égard“, im Italienischen „in tale contesto“ und im Englischen „in this respect“, wobei interessant ist, daß der Wechsel im Deutschen von „in dieser Hinsicht“ zu „in diesem Kontext“ eine Folge der Übersetzung ist. Im Original tauchte schon in der Fassung vom 1. Juni 1992 die Formulierung „à cet égard“ auf. Entsprechendes gilt für das Italienische und das Englische.

Das Bild der „Sogwirkung“ ist im französischen Ausgangstext „un effet d'entraînement“, wobei es sich möglicherweise um eine nachträglich eingefügte Re-Translation aus dem Deutschen handelt, da diese Metapher im Französischen nicht lexikalisiert ist. Dafür spricht auch, daß im englischen Text *chain reaction* ‚Kettenreaktion‘, im spanischen Text „un efecto de arrastre“ und im italienischen Text schließlich „un effetto di traino“ stehen.

[i.e. das Inkrafttreten des Binnenmarktes zum 1. Januar 1993, das Wirksamwerden des EWR zum gleichen Termin und die Problematik des „gemeinsamen Besitzstandes“, J.B.] eingehen“ (408/III), wurde hier „darauf“ durch „auf folgende Aspekte“ (424/I) ersetzt. Bei dem ersten Aspekt wurde die Aufforderung „in unmißverständlicher Form“ (408/III) ebenso getilgt wie der einschränkende Hinweis, daß der Binnenmarkt „mit einigen Ausnahmen“ (408/III) am 1. Januar 1993 in Kraft trete. Beim zweiten Aspekt wurde darauf verzichtet, die Gewährleistung des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen als „weitestgehend“ (409/III) zu bezeichnen. Außerdem wird – redundant – die Ländergruppe, die den EWR definiert, EWG und EFTA, namentlich aufgeführt. Punkt c) hat die Formulierung der Textfassung vom Juni 1992 stark verwässert, in der die konkrete Formulierung, „daß die [...] letztendliche Umsetzung des aus den in Maastricht getroffenen Vereinbarungen hervorgehenden neuen **Besitzstandes** die Mitgliedstaaten bis zum kommenden Januar wohl stark beschäftigen werden“ (410/III), gewählt worden war. Hier heißt es nun schlicht „die damit [also mit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, J.B.] einhergehenden Folgen dürften die Mitgliedstaaten bis zum kommenden Januar stark beschäftigen“ (425/I).

Der Abschnitt 4., in dem in der vorigen Fassung beitrittswillige Länder vorgestellt und die Bedingungen für einen EG-Beitritt genannt worden waren, hat eine deutliche Präzisierung erfahren, mit Bezugnahme auf die Schlußfolgerungen, die zum Abschluß der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon (26./27. Juni 1992) veröffentlicht worden waren.²²

In Lissabon hatte der Europäische Rat festgelegt, daß Verhandlungen über den Beitritt potentieller Kandidaten erst dann beginnen könnten, wenn die Verteilung der Eigenmittel geregelt sei. Des weiteren vertrat der Rat die Ansicht, daß das EWR-Abkommen ein erster Schritt für eine Vollmitgliedschaft der Europäischen Union darstelle. Es wurde auf die nächste Tagung des Rates in Edinburgh verwiesen, bis zu der möglichst die Verhandlungsgrundlagen fertiggestellt sein sollten, und es wurde konkret Bezug genommen auf das Delors-Paket II.²³

In Kapitel 5., wo bisher eher verschleiernde und inhaltsleere Termini wie „Vertiefung der Gemeinschaft“, „Entschlossenheit bekräftigen“ (406/III) etc. dominierten, wird nun konkret auf ein Ziel der Europäischen Union, dem sich auch künftige beitrittswillige Staaten unterzuordnen haben werden, die ge-

²² „Schlußfolgerungen“ sind in der EG-üblichen Terminologie alle Arten von Dokumenten, „Papieren“ (*papers*) etc., die nach Abschluß von Sitzungen publik gemacht werden. Es handelt sich dabei weniger um Schlußfolgerungen im engeren Sinne, der Terminus stellt lediglich eine Übersetzung von französisch *conclusions* dar.

²³ Bei dem Delors-Paket II (französisch *paquet Delors II*, engl. *DELORS II packet*) handelt es sich um ein Bündel von Finanz- und Strukturmaßnahmen. Die im Deutschen gebräuchliche (Übersetzungs-)Form „Delors-II-Paket“ taucht in dieser Stellungnahme auch in der schließlich vom Plenum verabschiedeten Fassung nicht auf, obwohl generell eine Vereinheitlichung der Terminologie angestrebt wird.

meinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)²⁴, hingewiesen. An dieser Stelle ist ein neuer Unterpunkt 5.1. eingefügt, der das bisherige Kapitel 6. wörtlich abgelöst hat.

Dementsprechend verschieben sich die nächsten Absätze – in der Vorfassung 7. bis 12.1. – um jeweils ein Kapitel nach vorne (6. bis 11.1.). Danach wird ein Kapitel 12.1. eingeschoben, das neu ist, das aber gestattet, das ursprüngliche Gliederungsschema insgesamt beizubehalten. Das jetzige Kapitel 6. (früher 7.) ist weitgehend unverändert geblieben, lediglich die Formulierung „die Kohäsion Europas als Ganzes“ (407/III) ist präzisiert worden durch die Formulierung „Die aus dem Vertrag von Maastricht hervorgehende Kohäsion der Europäischen Union“ (427/I).

Die folgenden Kapitel 7., 8., 9., in denen die potentiellen Beitrittskandidaten vorgestellt werden, bleiben bezüglich der Beitrittsgesuche der EFTA-Staaten Österreich, Finnland und Schweden in etwa gleichlautend. Hinzugekommen ist nach ihrem offiziellen Beitrittsgesuch die Schweiz, deren Antrag als unproblematisch eingeschätzt wird.²⁵ Auch die Einschätzung Norwegens weicht von den ursprünglichen Formulierungen nicht ab. Im Falle der Türkei, Zyperns und Maltas wurden – angesichts einer engagierten, teilweise heftigen Diskussion in der Fachgruppe – die Aufnahmekonditionen präzisiert. Vor allem hinsichtlich der Türkei hatte einer der deutschen Gewerkschaftsvertreter, Dr. Herbert Nierhaus (DAG), darauf bestanden, eine schärfere Formulierung zu wählen:

„Herr Vorsitzender, ich möchte gerne zu der Formulierung Punkt acht a) Türkei etwas sagen: Ich will sagen, daß mir das alles viel zu höflich, viel zu konjunktivisch und nicht direkt und deutlich genug ist. Da wird gesagt, von Bedeutung wäre es, zur Stärkung der Demokratie in diesem Lande beizutragen. Ich bin der Meinung, es gibt überhaupt noch keine Demokratie, und wir sollten den Mut haben, sehr eindeutig zu sagen, solange da

²⁴ Üblich ist die Verwendungsform: Ausgeschriebener Terminus plus Abkürzung in Parenthese. GASP ist eines dieser schwierigen Brüsseler Akronyme, die in verschiedenen Sprachen unterschiedlich lauten. So steht im Französischen etwa P.E.S.C. (*Politique étrangère et de sécurité commune*); die gleiche Abkürzung kennt das Italienische für „*Politica estera di sicurezza comune*“. Die englische Abkürzung CFSB (für *common foreign security policy*) ist dagegen selten und erfährt dementsprechend auch in der englischen Textfassung keine Anwendung.

²⁵ Hier zeigt sich, daß auch ein EG-Berichtersteller die Perspektive „von außen“ berücksichtigen sollte. Gerade bezüglich der Schweiz kommt ihm erst gar nicht in den Sinn, kritisch zu hinterfragen, ob denn *die Schweizer selbst* angesichts drohender Einbußen beim Pro-Kopf-Einkommen und zunehmender Umweltbelastungen durch steigendes Transit-Aufkommen dem Antrag auf Mitgliedschaft in EWR und EG gegenüber genauso „unproblematisch“ eingestellt sind, wie jener dem Berichterstatter erscheint. Die Volksabstimmung vom 8. Dezember 1992 gab den Skeptikern jedoch recht: Außer in den französischsprachigen Kantonen (Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt und Wallis) und in den beiden Basler Halbkantonen wurde in allen anderen (deutsch- und italienischsprachigen) Gebieten das EWR-Abkommen mit zum Teil exorbitanter Mehrheit (eklatantestes Beispiel: Uri mit 74,6 % Ablehnung!) zurückgewiesen. Ähnlich wie in Danemark (nach Anti-Maastricht-Entscheid) wurden allerdings auch bei den Schweizern sogleich „Unzufriedenheit“ und „Katerstimmung“, also nachträgliche Reue über die eigene Courage (Gollmer 1993, 52) ausgemacht.

nicht menschenwürdige Verhältnisse, Demokratie hergestellt ist, ist überhaupt nicht daran zu denken, ist es zu diplomatisch und höflich. Wenn Zypern, das muß man ganz deutlich sagen: „Wenn ihr nicht zusammenkommt, Jungs, dann bleibt ihr draußen!“, und die gleiche Deutlichkeit wünsche ich mir auch für die Türkei. Vielen Dank!“

Dies hat nun den Berichterstatter Mourgues bewogen, folgenden Passus einzufügen:

„Von grundlegender Bedeutung wäre es hier, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und den Dialog weiterzuentwickeln, so daß Fortschritte erzielt werden, die zur Stärkung der Demokratie in diesem Lande und zur Entstehung eines Rechtsstaates führen.“ (427 f.)

Der Fall Zypern hatte vor allem griechische WSA-Mitglieder dazu angeregt, darauf hinzuweisen, daß die Aufnahme dieses Landes keineswegs unproblematisch sei. Unter Verweis darauf, daß Zypern nach wie vor geteilt und der türkisch besiedelte und besetzte Teil der Insel als Staat von keinem anderen Land der Welt außer der Türkei anerkannt werde, hatte WSA-Mitglied Dionyssi Korfiatis (Gruppe III) folgenden Änderungsvorschlag eingebracht:

„In the case of Cyprus, a democratic and fairly developed (sic!) country, Greece has declared that its candidature is fully supported and the positive opinion of the Commission is expected this year. The question of military occupation of a part of Cyprus' territory by Turkey is expected to be dealt with more easily after Cyprus has joined the EEC“; ²⁶

Dem trug der Berichterstatter dann auch Rechnung mit der Formulierung, daß

„die Europäische Union in Zusammenarbeit mit der UNO alles daran setzen [muß], daß ein Vereinigungsprozeß in Gang gebracht und der Teilung der Insel ein Ende gesetzt wird“; (428 f.)

Hier hat es der Berichterstatter geschickt verstanden, die von den griechischen WSA-Mitgliedern verfochtenen Partikularinteressen zwar zu berücksichtigen und einzuarbeiten, jedoch gleichwohl durch eine Umdefinition in einen EG-Gesamtzusammenhang inhaltlich zu entschärfen.

Hinsichtlich einer EG-Mitgliedschaft Maltas hatten auf der Fachgruppensitzung einige Redner in ihren Statements darauf hingewiesen, daß angesichts der Größe dieses Landes vor allem Probleme im Zusammenhang mit der Entwicklung der Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auftreten könnten, wobei es sich freilich um einen Euphemismus handelt. Im Klartext soll das heißen: Ein Zwergstaat wie Malta darf auf keinen Fall einen EG-Kommissar erhalten (wegen der Aufblähung dieses Kollegiums) und kann auch sonst keine paritätische Vertretung in EG-Institutionen erfahren (irgendwann wäre dann ja jeder Malteser Eurokrat...). Auch diese Einwände hat Bernard Mourgues berücksichtigt, obwohl er in der vorhergehenden Fas-

²⁶ Offenbar wurde dieser Änderungsantrag so spät eingereicht, daß eine Übersetzung in alle Verhandlungssprachen (wie sonst üblich) nicht mehr möglich war.

sung Malta noch als unproblematischen Beitrittskandidaten eingestuft hatte. Die nunmehr gewählte Formulierung ist (bei Wahrung der notwendig scheinenden Diplomatie) schon wesentlich konkreter:

„In Anbetracht der Größe Malτας wirft der Beitritt dieses Staates vorwiegend Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Institutionen der Union auf.“ (428/I)

Daß im übrigen bei Darstellung institutioneller Schwierigkeiten die Sprachregelung (nationale Amtssprache = EG-Amtssprache) gerne ausgeklammert wird, macht folgender Beitrag des deutschen Arbeitgebervertreters Jens-Peter Petersen deutlich:

„Daß man Fragen dieser Art – institutioneller Art beispielsweise – nicht vor 95/96 lösen kann oder nicht wird besprechen können, ist nicht richtig. Wir müssen zwei Punkte bereits in diesem Jahr lösen, wenn wir 93 mit den Beitrittsverhandlungen beginnen wollen, und das ist die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament und das ist die Rolle der Kommission und die Zahl der Kommissionsmitglieder. Die Kommission kann nicht verhandeln, wenn nicht diese beiden institutionellen Fragen vorher geklärt sind. Alles andere – *Amtssprachen und pipapo* – da gibt es ja viele Fragen, das kann man später...“

Folgerichtig findet die mit der Erweiterung einhergehende Sprachregelungsproblematik keine Erwähnung in dem vorliegenden Dokument. Wozu eine Ausklammerung sprachlicher Fragen schließlich führen kann, berichtet der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 27. September 1993:

„Erstmals in der Geschichte der EG werden die Vertrags- und Gesetzestexte der Gemeinschaft für die Beitrittskandidaten Finnland, Norwegen und Schweden nicht von juristisch geschulten Linguisten übersetzt. Weil die Mitgliedsländer der Kommission 250 neue Stellen für den Übersetzerdienst verweigert haben, müssen die Nordländer die rund 4500 Seiten des komplizierten Gemeinschaftsrechts selbst in ihre jeweilige Landessprache übertragen. Nun fürchten die Kommissionsjuristen eine Rechtsunsicherheit, da nicht in allen Mitgliedstaaten die Begriffe dieselbe Bedeutung haben.“ („Der Spiegel“ 47, 39, 27.9.1993, 169).

Kapitel 9. ist gegenüber der vorigen Fassung (dort 10.) stark abgeschwächt worden. Aus „Assoziierungsabkommen“ (414/III) wurden nun einfach „Europäische Abkommen“ (428f./I)²⁷ mit den ehemaligen RGW-Staaten. Der frühere Text beinhaltete explizite Forderungen, die diese Staaten vor einem endgültigen Beitritt in die Europäischen Gemeinschaften in die Realität umsetzen mußten. Dies wurde präzise ausgeführt mit der Formulierung, daß die „Stärkung der demokratischen Strukturen in diesen Ländern [...] die Konsolidierung der Wirtschaftsdemokratie und die Einhaltung der am 4. November 1950 in Rom unterzeichneten Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten [beinhaltet]“ (414/III). Der Diskussion in der Fachgruppe wurde Rechnung getragen, indem die nunmehr gewählte Formulierung nur noch eine „in politischer Hinsicht [...] Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und in wirtschaftlicher

²⁷ Im französischen Original entsprechend *Accords d'association* bzw. *Accords européens*.

Hinsicht die Einführung einer dynamischen Wirtschaft“ (429/I) fordert. Auch die Eigenleistungen, die die EG zu erbringen hatte, um diesen Ländern den wirtschaftlichen und politischen Anschluß an westeuropäische Vorgaben zu erleichtern, erhielten eine Abschwächung. Es ist nun nicht mehr die Rede von einer „aktiven Unterstützung der Europäischen wie der internationalen Gemeinschaft“ und der „Einbeziehung der wirtschaftlichen und sozialen Organisationen im Hinblick auf die Integration der sozialen Aspekte in die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme“ (415/III), sondern der Text wird allgemein gehalten, daß es „außer Zweifel [steht], daß ihre Entwicklung in entscheidendem Maße davon abhängt, daß die Europäische Union einen dauerhaften Beitrag zur Sanierung ihrer Wirtschaft leistet“ (429/I). Das immer wieder anzutreffende Eurojargon-Plastikwort »Herausforderung« findet sich hier im letzten Satz des Absatzes: „Die Zukunft der mittel- und osteuropäischen Länder ist eine echte Herausforderung für den Kontinent Europa“ (430/I), womit jegliche konkreten Hilfsmaßnahmen explizit *nicht* angesprochen werden.²⁸

Kapitel 10. (vormals Kapitel 11.) schildert die Auflagen, die die Wirtschafts- und Währungsunion den Beitrittskandidaten auferlegt. Der Absatz ist weitgehend unverändert geblieben, lediglich eine gewisse Redundanz wurde getilgt, die die Auflagen („die Annahme des gesamten gemeinschaftlichen Besitzstandes“ (416/III)) nicht mehr namentlich nennt. Dafür wird nunmehr ein Wirtschaftssystem zugrundegelegt, das nicht mehr den Grundsätzen des Vertrags von Rom entspricht, sondern aktueller denen des Vertrags von Maastricht. Eine stilistisch etwas ungewöhnliche Bildung, nämlich die rhetorische Frage: „Wird die Europäische Gemeinschaft den europäischen Ländern, die wirtschaftlich nicht stark genug sind, sich aber in soliden Bahnen entwickeln, die Mitgliedschaft hartnäckig verweigern können?“ (416/III) wird unformuliert in einen normalen Aussagesatz, wobei allerdings die Formulierung „die Mitgliedschaft hartnäckig verweigern“ nicht mehr auftaucht, es lediglich als „zweckmäßig“ bezeichnet wird, den Ländern bei ihrer Entwicklung „durch spezifische Abkommen“ (430/I) zu helfen. In Kapitel 11. (früher 12.), in dem Fragen der institutionellen Konsequenzen einer EG-Erweiterung angesprochen werden, hat sich nach der Fachgruppensitzung eine schärfere Formulierung durchsetzen können. Wurde in dem der Fachgruppe vorliegenden Text noch verbindlich formuliert, „die Fachgruppe würde es sehr begrüßen“ (412/III), so „legt die Fachgruppe“ nunmehr „größten Wert“ (430/I) darauf, diese Fragen rechtzeitig zu klären.²⁹

²⁸ Der Terminus ‚Herausforderung‘, im Verwendungssinne der Europäischen Gemeinschaft dem englischen *challenge* und/oder dem französischen *défi* entlehnt, zierte auch eine offizielle Werbebroschüre der EG, die unter dem Titel *le défi social* Werbung für „europäische Zwecke“ machen möchte, indem sie den Lesern soziale Errungenschaften vorführt, die zahlreichen bestehenden Diskrepanzen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten jedoch schamhaft verschweigt.

²⁹ Erstaunlicherweise ist diese Verschärfung im französischen Quellentext nicht vorhanden. Dort heißt es in beiden Fassungen: „La Section souhaite vivement“, wobei sich der Über-

Der Unterpunkt 11.1. (früher zweiter Absatz von Kapitel 12.) zeigt auf, daß auch europäische Institutionen selbst die beiden Termini „Union“ (431/I) und „EG“ (413/III) weitgehend synonym verwenden. Bemerkenswert ist, daß auch in diesem Absatz der Vertrag von Rom nicht mehr auftaucht, es offenbar dem Berichtersteller ausreichend erscheint, die Kandidaturen anhand der Zielsetzungen der Maastrichter Übereinkünfte zu messen. Das vormalige Kapitel 12.1. wird in dem Dokument, das zum 9. Juli 1992 vorlag, zum Kapitel 12. Hier geht es um die zeitliche Einordnung der Erweiterung. Die Formulierung bleibt weitgehend bestehen, lediglich die etwas komplizierte Formulierung „Vorschläge zu Fragen dieser Art“ (413/III) wird ersetzt durch „Fragen dieser Art“ (431/I) (die ursprüngliche Fassung „*de telles propositions en l'objet*“ wirkte auch – wie uns Muttersprachler bestätigten – im Französischen nicht gerade elegant und wurde ersetzt durch „*de telles propositions*“).

Kapitel 13. wurde untergliedert, wobei der Passus, in dem die Regierungskonferenz aufgefordert wurde, sich Gedanken über eine künftige EG-Erweiterung ohne überstürztes Vorgehen zu machen, eliminiert wurde. Auch das in der Fassung vom 3. Juni 1992 angeführte Kapitel 14., in dem kurz die Ratspräsidentschaft zitiert wurde, die ebenfalls keine große Eile zur Realisierung einer EG-Erweiterung sah, entfällt in der jetzigen Fassung. Statt dessen wird Kapitel 15. vorgezogen auf Kapitel 14. Hier geht es insbesondere um die Probleme einer künftigen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas und vor allem den Ländern des Mittelmeerraums, auch wenn hier nicht mehr explizit wie in der vorherigen Fassung die Maghrebländer genannt werden. Insbesondere das Problem der Einwanderung wurde in der Fachgruppe diskutiert, aber man kam überein, diese Einwanderung – wohl ebenfalls im Sinne einer Imageschonung – nicht mehr ausdrücklich als Bedrohung aufzuführen. Ein neuer Passus in Kapitel 15. stellt noch einmal klar, daß die „Vollziehung der Erweiterung [...] eine doppelte Herausforderung dar[stellt]“³⁰ (433/I). Diese „doppelte Herausforderung“ bestehe zum einen darin, daß die beitrittswilligen Staaten sich den Konditionen des Vertrags von Maastricht unterwerfen müßten, zum anderen die Länder Mittel- und Osteuropas nicht nur die Erwartungen ihrer Bevölkerung hinsichtlich der Festigung der Demokratie, sondern auch die der Stärkung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erfüllen müßten.

setzer in der neueren Fassung eventuell an einer englischen Textvorlage orientiert haben könnte, wo es in beiden Fassungen lautet: „The Section strongly recommends“. Das ist insofern bemerkenswert, als in der Regel vom Sekretariat in den Ausgangsfassungen markiert wird, wo im Quelltext Veränderungen vorgenommen wurden, so daß sich der Übersetzer bei seiner Arbeit darauf konzentrieren kann, neue Stellen zu überarbeiten und die alte Übersetzung ansonsten stehenzulassen.

³⁰ Im Originaltext wird von einem „double défi“ gesprochen. Für das Deutsche wäre wohl eine Übersetzung in „zweifache Herausforderung“ angemessener und verständlicher gewesen.

Vermutlich durch eine Panne schloß ursprünglich der französische Text hier Rechtzeitig zur Studiengruppensitzung wurde jedoch ein Addendum nachgereicht, um – den Erwartungen einer Initiativstellungnahme des WSA entsprechend – noch einmal fest zu untermauern, daß die Fachgruppe (natürlich) davon ausgeht, daß eine Realisierung all dieser gesteckten Ziele „Entschlossenheit und einen festen politischen Willen“ (433:1)³¹ voraussetze.

4.7 Zweite Fachgruppensitzung am 11. September 1992

Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, daß die Fassung, die in der letzten Studiengruppensitzung vorgelegt wurde, weitgehend unverändert auch in der Fachgruppe wieder auftauchen würde, die dann in der Regel nur noch kleinere Änderungen vorgenommen hätte, um schließlich den Textkompromiß in der Plenartagung zur Abstimmung zu stellen.³² Das trifft inhaltlich auch voll zu. Die äußere Gestaltung des „Entwurfs einer Stellungnahme“ erfuhr bis zur Fachgruppensitzung eine neue Gliederung, die den Text durchaus lesefreundlicher gestaltete. Die bisher recht willkürlich aneinandergehängten sechzehn Kapitel werden nunmehr in fünf Hauptkategorien unterteilt: Nach den schon bislang vorhandenen „Einführenden Bemerkungen“ (Kapitel 0. [*Observations préliminaires*]) folgen „Allgemeine Betrachtungen“ (bisherige Kapitel 1. bis 6. [*Considérations générales*]), „Die beitrittswilligen Länder“ (bisherige Kapitel 7. bis 8. [*Les candidatures à l'adhésion*]), „Die Staaten Mittel- und Osteuropas“ (bisherige Kapitel 9. und 10. [*Les pays de l'Europe centrale et orientale [PECO]*]), „Die notwendige Anpassung der Institutionen“ (bisherige Kapitel 11. bis 13. [*La nécessaire adéquation des institutions*]) und schließlich „Schlußfolgerungen“ (bisherige Kapitel 14. bis 16. [*Conclusions*]).

Der „Entwurf einer Stellungnahme“, der den Mitgliedern der Fachgruppe „Außenbeziehungen, Außenhandels- und Entwicklungspolitik“ vorgelegt wurde, datiert vom 12. August 1992. Zwar hat der Berichterstatter, wie schon erwähnt, nur minimale inhaltliche Veränderungen vorgenommen; mit diesen hat er aber im Detail gleichwohl dem Text kleine neue Akzente verliehen. Insbesondere in den „Einführenden Bemerkungen“ schien ihm die vorherige Formulierung etwas knapp geraten zu sein, nach der die europäische Teilung in Ost und West mittlerweile der Vergangenheit angehöre. Die Gründungsgeschichte der EG wird noch einmal dargestellt: Laut Mourgues entstand sie

³¹ Im Original: „détermination et une volonté politique conséquente“, im Englischen „determination and a concomitant political will“.

³² Gerade die Fachgruppenvorsitzenden monieren bisweilen, daß WSA-Mitglieder, die schon in der Studiengruppe dabei waren, anfangen, an einzelnen Formulierungen Kritik zu üben oder gar Versuche starten, die einzelnen Sprachfassungen abzugleichen. In dieser Fachgruppensitzung machte der Vorsitzende Zufiaur Narvaiza seinem Unmut Luft, indem er sich beschwerte: „Ich bin doch hier nicht in der Studiengruppe! Das hätten Sie vorher klären müssen“ und eine weitere Diskussion abwürgte. Wenn in der Fachgruppe schon Kritik geübt wird, dann sollte diese fundamentaler und globaler Natur sein, nicht in Details gehen.

in einer Situation der ideologischen und militärischen Konfrontation; die Konfrontation besteht heute nicht mehr. Statt dessen werden hier ausdrücklich „lokale Konflikte ethnischer, religiöser, politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art in einigen Ländern Ost- und Südosteuropas“ (422/II) genannt. Die Formulierung *à cet égard*, die ja schon in den vorherigen Texten unterschiedlich im Deutschen wiedergegeben wurde („in dieser Hinsicht“ (408/III) vs. „in diesem Kontext“ (422/I)) wich im Französischen der Formulierung *Il n'en demeure pas moins que*, ergab im Englischen *nevertheless* und wird schließlich ins Deutsche übertragen als „nichtsdestoweniger“ (422/II). Dieser kleine Absatz zeigt ja schon, wie in EG-Stellungnahmen immer wieder Texte aufgebläht werden, mittels offenbar beliebig austauschbarer Leerfloskeln. Es scheint so, daß ein eigentlich „harmloser“ Satz wie „Die Aussicht auf die Vollendung des Binnenmarkts zum 1. Januar 1993 durch die 12 Mitgliedstaaten der Gemeinschaft [erzeugt] eine Sogwirkung“ (422/II) offenbar als zu präzise empfunden und deswegen ein Anschluß an den vorherigen Text gesucht wird, indem „in dieser Hinsicht“, „in diesem Kontext“ oder gar „nichtsdestoweniger“ als synonym empfunden werden.

Der abschließende Satz der „Einführenden Bemerkungen“, der bisher lautete: „Während bislang weitestgehend **wirtschaftliche** Betrachtungen im Mittelpunkt der Diskussionen über die Erweiterung standen, stehen nunmehr **politische** Überlegungen im Vordergrund“ (423/I) wurde abgeändert in „Während bislang weitestgehend **wirtschaftliche** Betrachtungen im Mittelpunkt der Diskussionen über die Erweiterung standen, sind nunmehr **politische** Überlegungen nicht zu umgehen“ (423/II).³³

Kapitel 1. „Allgemeine Betrachtungen“ folgt weitgehend der vorherigen Fassung. Lediglich im Unterpunkt 1.3. (früher 3.) wird der Text etwas verbindlicher: „Der einführende Bericht der Kommission über die Auswirkungen der Erweiterung auf die künftige Entwicklung der Gemeinschaft sollte zumindest auf folgende Aspekte eingehen“ (424/I) weicht einer stärker fordernden Formulierung „in einem solchen einführenden Bericht der Kommission [...] müssen zwangsläufig folgende Aspekte behandelt werden“ (424/II). Ansonsten haben sich nur kleine Veränderungen ergeben: in Punkt 1.3.b) (ehemals: 3.b)) wurde aus EWG (EEE) in diesem Text EG (CE), in Kapitel 1.5. (ehemals 4.) wird die Ansicht des Europäischen Rates nunmehr als Zitat wiedergegeben. Außerdem wird die nur Insidern verständliche Bezugnahme auf das Delors-Paket II durch eine Parenthese erläutert. Eingefügt wird an dieser Stelle eine Stellungnahme der Fachgruppe, die hier explizit festschreiben läßt, daß eine EG-Erweiterung „nicht auf Kosten der Vertiefung gehen darf“ sowie die „bisherigen Errungenschaften der Gemeinschaft nicht verwässern“ (426/II) dürfe. Schließlich ist eine letzte Abänderung innerhalb des ersten Gliederungspunkts der „Allgemeinen Betrachtungen“ festzustellen: Der Bericht-

³³ Die Wortwahl im französischen Originaltext lautet: „les considérations d'ordre *politique* sont désormais prédominantes“ bzw. „[...] s'imposent désormais“.

erstatter versucht, den inhaltsleeren Satz „Die Europäische Union wird in der näheren Zukunft in noch größerem Maße eine dynamische, entscheidende Rolle spielen“ (427/I) durch den kleinen Zusatz „als sich ihr Zusammenhalt durch ihre institutionelle Weiterentwicklung noch verstärken wird“ (427/II) zu retten, was aber den ganzen Satz pleonastisch aussehen läßt.

In Kapitel 2. „Die beitrittswilligen Länder“ werden die künftigen EG-Mitglieder genauer unter die Lupe genommen. Unverändert blieb die Einschätzung Österreichs, Finnlands, Schwedens und der Schweiz als unproblematischer künftiger Mitglieder. Der ehemalige Absatz 8.1., der ursprünglich der Schweiz und Norwegen galt, in der letzten Fassung Norwegen vorbehalten war (weil die Schweiz mittlerweile ja einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EG gestellt hatte), ist nunmehr aufgelöst worden und in den Unterpunkt 2.1. integriert worden.

Die „problematischen Fälle“, Türkei, Zypern und Malta, erhalten ihr ursprüngliches Gliederungsschema wieder und zwar als Unterpunkte 2.2.1, 2.2.2. und 2.2.3. Zum ersten Male werden der Türkei auch positive Seiten zugerechnet: Bedingt durch den Diskussionsverlauf in der letzten Studiengruppensitzung wird nunmehr hervorgestrichen, daß die Türkei eine wichtige strategische Lage einnehme, was es unerläßlich erscheinen lasse, die Schnittstelle zweier Kontinente näher an die Europäische Union anzubinden. Dennoch werden nach wie vor Probleme gesehen. Vier Spiegelstriche machen die Anforderungen deutlich, die die Türkei als Hürden vor einem EG-Beitritt überwinden muß: eine „Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung“, die „Einführung demokratischer Verhältnisse auf dem gesamten Staatsgebiet“, eine „unumkehrbare Errichtung eines Rechtsstaates“ und schließlich die „unwiderrufliche Anerkennung der Menschenrechte“ (428/II). Auch hinsichtlich Zyperns wird präzisiert, wie die Spaltung der Insel zu überwinden ist. War im vorherigen Text noch die etwas unglückliche Formulierung gewählt, daß vor allem die Europäische Union und die UNO zu agieren hätten, so bezieht diese Fassung nun realistischer auch Zypern und die Türkei als Aktanten für eine Problemlösung mit ein. Weiterhin wird die Bereitschaft der EG ausgeführt, mit Hilfe von Abkommen Zypern beim Ausbau der wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. Malta wird noch einmal konzediert, daß sein Beitritt die EG vor „keine grundlegenden Probleme“ (428/II) stelle. Es wird exemplarisch an diesem kleinen Lande dargelegt, daß künftige EG-Mitgliedschaften (insbesondere eben einwohnerschwache Staaten) die notwendige institutionelle Neuordnung der EG beschleunigen könnten.

Die politischen Ereignisse in den Nachfolgestaaten des Warschauer Pakts bedingen im Grunde genommen immer wieder – von einer Textfassung zur anderen – Aktualisierungen, die der gerade herrschenden politischen Lage Rechnung tragen. Unabhängig davon wurde aber in der Fachgruppe kritisiert, daß der Begriff „Beitrittswürdigkeit“ (429/I), die die betreffenden Staaten

unter Beweis stellen sollten¹⁴, nicht passend erschien. Das bisherige Kapitel 9., das in dieser Fassung zu 3.1. wurde, beschränkt sich nunmehr auf die real ausgehandelten Abkommen; die noch zu schließenden werden in einem neuen Kapitel 3.2. aufgeführt. Stärker als in den vorherigen Fassungen schreibt der Berichterstatter den „Europäischen Abkommen“ (429/II) mit der Tschechei, der Slowakei, Polen und Ungarn insofern eine positive Rolle zu, als sie diese Länder dazu zwingen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen und die freie Marktwirtschaft einzuführen. Der bisher den Absatz abschließende wenig aussagekräftige, an ein diffuses Publikum gerichtete Satz „Die Zukunft der mittel- und osteuropäischen Länder ist eine echte Herausforderung für den Kontinent Europa“ (430/I) ist in dieser Fassung verschwunden. Er ist aber nicht, wie man hoffen könnte, völlig getilgt worden, sondern an das Ende des neueingefügten Absatzes 3.2. gesetzt worden. Dem Berichterstatter schien offenbar die bisherige Formulierung noch nicht genug Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Nunmehr wurde also mit Fettdruck und „mit Nachdruck“ auf diese „große Herausforderung“ hingewiesen (430/II), und in dieser Form ging sie auch in die Schlußversion ein.

Der neueingeführte Absatz 3.2. präzisiert, mit welchen Staaten weitere Abkommen auszuhandeln sind. Es handelt sich dabei um die bisher schon erwähnten Staaten Rumänien, Bulgarien, die Baltischen Republiken, Rußland und – im Gegensatz zu früheren Fassungen – jetzt nur noch einige andere Staaten der GUS sowie – neu – die Nachfolgerepubliken Jugoslawiens und Albanien. Eine Sicherheit, daß Beitritte dieser Staaten in absehbarer Zeit nicht zu erwarten (man könnte polemisch sagen: zu befürchten) sind, wird durch den anschließenden Passus geregelt:

„Diese Verhandlungen werden eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Erleichtert werden dürften sie dadurch, daß sie gleichzeitig und mit Ländergruppen geführt werden können, die gemeinsam beschlossen haben, einerseits den Übergang zur Rechtsstaatlichkeit und zur Marktwirtschaft zu vollziehen und andererseits ihre derzeitigen ethnischen, religiösen oder politischen Konflikte zu überwinden.“ (429/II)

Die Abwehrhaltung der WSA-Mitglieder wird in der Diskussion nur für Insider sichtbar. Generell werden Lippenbekenntnisse über die Aufnahmebereitschaft seitens der EG geäußert. Die Verschleierungsstrategie wird aber durch „ja/aber“-Strukturen evident, nach dem Muster: „Jeder europäische Staat kann nach den Römischen Verträgen einen EG-Beitritt beantragen, *aber* aus EG-Sicht sind die Voraussetzungen ‚*leider*‘ noch nicht erfüllt und ‚*bedauernswerterweise*‘ wohl in absehbarer Zeit auch nicht erfüllbar“.

¹⁴ Daß der Berichterstatter selbst nicht sehr glücklich über die Formulierung war, ist allein schon dadurch zu erkennen, daß er die Formulierung „dignes d'être admis“ in Anführungszeichen setzte, auch die englische Formulierung „worthy of being admitted“ schien den Teilnehmern der Fachgruppensitzung von der Semantik her mißglückt, da sie der Meinung waren, wirtschaftliche Zwangslagen hätten mit „Würde“ nichts zu tun.

Kapitel 3.3. löst das vormalige Kapitel 10. wörtlich ab. Die wünschenswerte Realisierung einer Europäischen Union mit gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Orientierungen, die ja bisher eine EG-Erweiterung noch weitgehend ausschließen, veranlaßt den Berichterstatter, diesen Absatz mit einem Versuch der Um- oder Neudefinition des Begriffes „Europäischer Wirtschaftsraum“ abzuschließen: „Der tiefere Sinn des Begriffs europäischer ‚Wirtschaftsraum‘, der sich vom europäischen ‚Kontinentalraum‘ als solchem abhebt, wird wahrscheinlich ebenfalls noch zu definieren sein“ (430/II).³⁵

Ein umfangreiches Kapitel (4.) ist der „notwendigen Anpassung der Institutionen“ gewidmet, einem Thema, das nicht unmittelbar auf den ersten Blick als zugehörig zur Thematik „EG-Erweiterung“ zu erkennen ist. Gegenüber den früheren Fassungen wird hier erstmals ausführlich geschildert, welche Probleme durch eine starke Erweiterung auf die Gemeinschaftsinstitutionen zukämen. Schon im Zuge der Verhandlungen mit den EFTA-Staaten war abzusehen, daß sich hinsichtlich der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und der Kommission Änderungen bzw. Umstrukturierungen ergeben würden. Mit Bezug auf Malta wird darauf hingewiesen, daß bei der institutionellen Zukunft europäischer Organisationen stärker eine „Repräsentativität der Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihres geographischen und demographischen Gewichts innerhalb der Europäischen Union“ (431/II) Rechnung zu tragen ist, ohne daß dabei die staatliche Souveränität kleinerer Staaten außer acht gelassen werden dürfte. Leichte Kritik am Rat klingt vor allem in 3.3. an, wo bemängelt wird, daß in Maastricht die Frage einer EG-Erweiterung zu wenig Beachtung gefunden habe. Dies wird erstmals auch verbunden mit der im WSA häufig gehörten Klage, daß seine Position nicht genügend honoriert werde und generell eine schlechte Behandlung seitens anderer europäischer Organe festzustellen sei. Als Aufhänger dient hierfür, daß in Maastricht „die Rolle und die Stellung des Wirtschafts- und Sozialausschusses innerhalb der Institutionen (ex. Artikel 192) [bewußt nicht berührt]“ (432/II) worden sei. Ein neuer Satz zum Abschluß des Kapitels 4.3. wird allein schon optisch hervorgehoben durch Fettdruck. In ihm wird die zentrale Botschaft des Wirtschafts- und Sozialausschusses bezüglich einer Institutionsreform übermittelt: **„Er [= der WSA] unterstreicht vor allem die unabdingbare Notwendigkeit, das institutionelle Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten zu wahren, gleichzeitig aber auch die Effizienz der Institutionen zu gewährleisten“** (432/II)³⁶, wobei die unvermittelte Aufnahme der Begriffe hier weder

³⁵ Dieser Satz ist, obwohl er ohne inhaltliche Notwendigkeit (auch nicht als Folge vorausgegangener Diskussionen) an nicht unbedingt passender Stelle eingefügt wurde, von der Fachgruppe nicht aufgegriffen worden und somit auch in der letzten Fassung erhalten geblieben.

³⁶ Sprachlich unverändert übernommen wurde, daß es für wünschenswert gehalten werde, „daß auf dem nächsten EG-Gipfel nichtsdestotrotz Leitlinien umrissen und ein Zeitplan für den voraussichtlichen Ablauf der Studienarbeiten festgelegt werden“ (432/II). Das im Deutschen eher umgangssprachliche „nichtsdestotrotz“ (im französischen Original „desormais“) hat in dieser Version alle Fassungen einschließlich der im Amtsblatt publizierten und davor vom Plenum verabschiedeten Fassung überdauert.

auf eine Vorabdefinition zurückgeht, noch mit Hilfe eines erklärenden Kommentars eingebettet werden kann, sie mithin ein wenig rätselhaft sibyllinisch bleibt.

Kapitel 5. „Schlußfolgerungen“ ist die weitgehend identische Übernahme der vorigen Kapitel 14., 15. und 16.. Für das in den vorigen Fassungen immer wieder veränderte Kapitel, das einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Migrationsbewegungen herstellen sollte, hat man nun offenbar eine Fassung gefunden, in der zu starke Reizwörter wie „Masseneinwanderung“, „Flüchtlingsströme“ und „Elendsflucht“ vermieden werden. In sehr diplomatischer Form werden Maßnahmen geschildert, die dazu führen könnten, daß Menschen aus Osteuropa und den Maghrebstaaten nicht im befürchteten Maße in die westeuropäischen Staaten drängen. Schon das Reizwort „Maghrebstaaten“ wird ersetzt durch „Mittelmeeraanrainerstaaten“ (432/II)³⁷, Flucht und Aus-/Einwanderung wird zu einer „Abwanderung aus Ländern mit starkem Bevölkerungswachstum“ (432f./II).³⁸ Die Fachgruppe sieht die Aufgabe der Europäischen Union darin, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Zielgebieten zu verstärken und den Ausbau der Handelsbeziehungen zu fördern, in der Hoffnung, daß dieses das Gleichgewicht erhalten möge, „das zur Abwehr von Krisen – die sowohl für diese Länder als auch für Europa stets eine Gefahr sind – unabdingbar ist“ (433/II).

Zwei Änderungsanträge standen im Mittelpunkt der Diskussionen der Fachgruppensitzung. Zum einen hatte das dänische WSA-Mitglied Preben Nielsen den schriftlichen Vorschlag eingereicht, Kapitel 1.6., in dem die Willensgemeinschaft der Europäischen Union auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausgedehnt wird, ersatzlos zu streichen. Dieser Argumentation konnten nicht alle Mitglieder der Fachgruppensitzung folgen, man einigte sich darauf, diesen Absatz „zwar nicht ganz zu streichen, jedoch deutlich zu straffen und umzuformulieren“.³⁹

³⁷ Im Französischen ist das die Formulierung „les pays riverains de la Méditerranée“. Hier wird semantisch stark vernebelt, was dem Leser zusätzliche Interpretationsleistungen (aufgrund seines Vorwissens über Prinzipien der Europäischen Integration und den für den Binnenmarkt erreichten Stand) abverlangt. Schließlich sind auch die EG-Mitglieder Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland Mittelmeeraanrainer, auch wenn sie hier natürlich nicht gemeint sind. Das weiß man aber nur, wenn man auch weiß, daß freie Wohnsitz- und Arbeitsplatzwahl durch den EG-Binnenmarkt garantiert werden. Man kann mithin die Schlußfolgerung ziehen, daß hier von Migration aus „Drittländern“ gesprochen wird. Hier wird offenbar im Zielkonflikt zwischen diplomatischer Rücksichtnahme auf Empfindlichkeiten und Sprachökonomie die Diplomatie präferiert. Das ließe sich beschreiben als Verstoß gegen bestimmte Gricesche Kooperationsmaximen (Maxime der Quantität: „Mache deinen Beitrag so informativ wie erforderlich“ und Maxime der Art und Weise: „Sei klar und deutlich“), weil der Bezug auf das übergeordnete Kooperationsprinzip hier eine Umformulierung nahelegt (vgl. Grice 1979).

³⁸ Noch schöner vernebelnd ist der französische Ausgangstext, der lautet nämlich: „Je maintiens sur les terres d'origine des populations en expansion démographique“.

³⁹ Europäische Gemeinschaften. Wirtschafts- und Sozialausschuß. Schreiben Nr. 4502-92, Brüssel, 21. Oktober 1992: Protokoll über die 141. Sitzung der Fachgruppe Außenbeziehungen, Außenhandels- und Entwicklungspolitik am 11. September 1992 im Ausschußgebäude zu Brüssel, S. 3.

Einen weiteren Änderungsantrag hatte das niederländische WSA-Mitglied Bernardus Pompen, Vertreter der Gruppe III, eingebracht. Pompen wünschte, den Gliederungspunkt 4. „Die notwendige Anpassung der Institutionen“ um einen weiteren Unterpunkt 4.3. zu ergänzen, der lauten sollte:

„Nach Meinung des Ausschusses muß vor einer etwaigen Erweiterung der Gemeinschaft wenigstens jenem fundamentalen Grundsatz der Demokratie entsprochen werden, wonach Richtlinien und Verordnungen, die vom Ministerrat aufgrund von Mehrheitsbeschlüssen gefaßt werden, dem Europäischen Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten sind.“

Pompen fügte seinem Antrag eine umfangreiche Begründung bei. In einer Studiengruppensitzung war Pompen mit seinem Vorstoß zu einer Änderung noch gescheitert: Das kann daran gelegen haben, daß er ihn nicht in seiner Muttersprache, dem Niederländischen, formulieren konnte, sondern auf englisch vortragen mußte. Wahrscheinlicher ist jedoch die Hypothese, daß sein Begehren in der Fachgruppe nunmehr erfolgreich war, weil er sich zum einen – schriftlich wie mündlich – gründlich vorbereiten konnte (im Gegensatz zu seinen spontanen Einlassungen in der Studiengruppe) und zum anderen jetzt andere Mehrheitsverhältnisse herrschten. Seine Argumentation schien den WSA-Mitgliedern einzuleuchten; sie nahmen seinen Änderungsvorschlag mit 23 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 10 Stimmenthaltungen an.

Die Diskussion in der Fachgruppe – und das hält das Protokoll entsprechend fest – ergab weitere Wünsche der Mitglieder, in den „Einführenden Bemerkungen“ einen Passus anzufügen, der die „Notwendigkeit der Berücksichtigung der Konsequenzen des Vertrages über die Europäische Union auf Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft“ beinhaltet. In bezug auf den Unterpunkt 2.2.2. betreffend Zypern beauftragten die Fachgruppenmitglieder den Berichterstatter, kleinere Umformulierungen vorzunehmen. Diese WSA-typischen Vorausabsprachen bezüglich einer geringfügigen Korrektur der vorliegenden Textfassung veranlaßte die Fachgruppe, den Text, den Mourgues eingereicht hatte, mit 35 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen als Stellungnahme anzunehmen.

4.8 Plenartagung am 23. September 1992

Auf der 299. WSA-Plenartagung am 23. September 1992 wurde die Stellungnahme „Künftige Erweiterung der EG“ als Punkt 9. auf die Tagesordnung gesetzt. Der Berichterstatter hatte die Anregungen der Fachgruppe angenommen und die „Einführenden Bemerkungen“ um einen Unterpunkt 0.4. ergänzt. Er hatte somit den Wünschen der Mitglieder der Fachgruppe Rechnung getragen, die darum gebeten hatten, mit Blick auf die Sitzung des Europäischen Rates in Edinburgh zu berücksichtigen, daß einige Mitgliedstaaten durchaus kontroverse Positionen bezüglich einer Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Union eingenommen hatten. Den Forderungen Preben Nielsens, der in seinem Änderungsantrag in der Studiengruppensitzung Wünsche bezüglich einer Modifizierung der Aussagen zur gemeinsamen Außen-

und Sicherheitspolitik (GASP) geäußert hatte, entsprach der Berichterstatter nach Maßgabe der Fachgruppenmitglieder, indem er diesen Absatz erheblich straffte und er nunmehr die Mitglieder der Europäischen Union lediglich auf unverbindliche Lippenbekenntnisse festlegen wollte: Nach dieser Formulierung müssen beitrittswillige Staaten nur noch „die Perspektive einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) akzeptieren“ (426/III). Es unterblieben also die bisher enthaltenen Forderungen, daß „Unklarheiten und Mißverständnisse auf diesem speziellen Gebiet [...] bei den neuen Beitrittsverfahren mithin“ nicht existieren dürften und daß die „zwölf Mitgliedstaaten [...] sich ihrerseits ebenfalls diesen neuentstandenen Sachverhalt zu eigen machen müssen“ (426/II). Die Straffung dieses Passus machte es notwendig, auch das folgende Kapitel 1.7. umzuformulieren: Aus

„Die politische Struktur der kommenden Jahrzehnte wird davon abhängen, ob die Gemeinschaft **hierauf bestehen wird**, und davon, wie die Beitrittskandidaten darauf reagieren“ (427/II)

wurde jetzt

„Die **Beharrlichkeit** der Gemeinschaft in dieser Frage sowie die Reaktion der Beitrittskandidaten werden die politische Struktur Europas der kommenden Jahrzehnte maßgebend bestimmen“. (427/III)

Zu einer weiteren Änderung unter Unterpunkt 2.2.1., die künftige Mitgliedschaft der Türkei betreffend, wurde der Berichterstatter nicht zuletzt durch einen Diskussionsbeitrag des deutschen Gewerkschaftlers Nierhaus in der Fachgruppensitzung angeregt, in dem dieser eine optisch sichtbare Umgewichtung der Kriterien für eine Beitrittswürdigkeit der Türkei gefordert hatte. Die „unwiderrufliche Anerkennung der Menschenrechte“ (428/III) ist nunmehr vor alle anderen Kriterien gerückt, einhergehend damit sonderbarerweise auch eine – in der Fachgruppensitzung nicht angesprochene – Neugewichtung der anderen drei Unterpunkte. Der Unterpunkt 2.2.2. „Zypern“, den zu ändern man Mourgues in der Fachgruppensitzung gleichfalls aufgetragen hatte, findet eine wenig originelle, dafür aber offenbar akzeptable Kürzung, in dem die Türkei als eine mögliche an der Konfliktlösung beteiligte Partei getilgt wird (womit man wieder bei der unverbindlicheren ursprünglich in der Studiengruppe präsentierten Formulierung gelandet ist).

Ansonsten ist die Textfassung, die Mourgues präsentierte, gegenüber der Fachgruppensitzung unverändert geblieben. Dennoch lagen auf der Plenarsitzung fünf Änderungsanträge vor. Diese betrafen die „Allgemeinen Betrachtungen“, bei denen in Kapitel 1.5. das niederländische Mitglied Ulbo Tukker einen Satz beifügen wollte, das Kapitel 2.2.1. betreffs der künftigen Mitgliedschaft der Türkei, das die griechischen Mitglieder Anna Bredima-Savopoulou und Konstantinos Douvis sowie das französische Mitglied Robert Pelletier ergänzt sehen wollten, sowie die Schlußfolgerungen, bei denen in Kapitel 5.1. das englische Mitglied John Lyons einen Zusatz wünschte und in Kapitel 5.2.

ein weiteres englisches Mitglied, Michael P. Strauss, eine Ersetzung wollte, genauso wie es der britische Gewerkschaftler Lyons vorschlug.

Während Tukker seinen Antrag zurückzog, war der gemeinsame Antrag der WSA-Mitglieder Bredima, Pelletier und Douvis, die einen Satz „Die Wiedervereinigung Zypers ist wohl in jedem Falle als eine Vorbedingung für die Annahme des Beitrittsgesuchs der Türkei zu betrachten“ umstritten und führte schließlich zu einer Kampfabstimmung, in deren Verlauf der Änderungsvorschlag mit 39 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen angenommen wurde. Die Änderungsvorschläge von Lyons und Strauss wurden einvernehmlich – d.h. nach der unausgesprochenen WSA-Geschäftsordnungsmaxime, Änderungsanträge nur dann bis zur Abstimmung zu behandeln, wenn es durch bleibende Meinungsverschiedenheiten unumgänglich ist – gelöst. Schließlich wurde die Stellungnahme zur „künftigen Erweiterung der Gemeinschaft“ im Plenum des Wirtschafts- und Sozialausschusses in der Schlußabstimmung ohne Gegenstimmen bei zehn Enthaltungen angenommen.

4.9 Zusammenfassung

Zusammenfassend sind für die Fallstudie der Stellungnahme „Künftige Erweiterung der Gemeinschaft“ folgende Punkte festzuhalten:

- (1) Die einzelnen Sitzungen dienten vor allem dazu, die bereits in der ersten Fassung formulierten Ideen des Berichterstatters zum einen durch abschwächende Formulierungen konsensfähig zu machen, zum anderen durch geboten erscheinende Kon- und Präzisierungen aussagefähiger zu gestalten.
- (2) Änderungsvorschläge hatten insbesondere dann eine Chance auf Durchsetzung, wenn sie schriftlich vorformuliert waren bzw. mit einem Abstimmungsauftrag versehen dem Berichterstatter zur Überarbeitung anheimgestellt wurden.
- (3) Für internationale Organisationen typische verschleiernde, euphemistische oder diplomatisierende Formulierungen wurden zwar hin und her gedreht, aber in der Regel substantiell nicht verändert.
- (4) Phraseologismen oder Metaphern tauchten ab und an auf, wurden aber mit zunehmender Orientierung auf die Plenartagung nach und nach getilgt.
- (5) In den einzelnen Sprachen divergierende Passagen wurden im Verlaufe der Textgenese vom Übersetzungsdienst weitgehend nivelliert.
- (6) Die Selbstdarstellungsperspektive des Wirtschafts- und Sozialausschusses wurde gegen Ende des Verfahrens stärker ins Licht gesetzt.
- (7) Des öfteren wurde die Vorrangigkeit institutioneller Reformen gegenüber der als eher unwichtig eingeschätzten Lösung der durch die Erweiterung

der Gemeinschaft entstehenden sprachlichen Probleme explizit herausgestrichen.

- (8) Eine Einflußnahme von Lobbyisten oder anderen außerhalb der Gemeinschaft positionierten Organisationen auf das Texterstellungsverfahren konnte zu keiner Zeit festgestellt werden.
- (9) Zu Kontroversen führte vor allem die unterschiedliche Einschätzung der einzelnen Beitrittskandidaten, insbesondere der Türkei wegen ihrer ungeklärten Menschenrechtspolitik, die nicht gelöste Zypernfrage und die wirtschaftliche Rückständigkeit einer Reihe ehemaliger RGW-Staaten.
- (10) Zu keinem Zeitpunkt wurde in Frage gestellt, daß eine einstimmige Verabschiedung der Thematik angestrebt wurde.

Die schließlich auch erfolgte Annahme der Stellungnahme ohne eine einzige Gegenstimme liefert ein beredtes Zeugnis für Formulierungskunst und Kompromißfähigkeit von Berichterstatter bzw. Vorsitzendem der Studiengruppe. Diese Techniken konnten allerdings nicht verhindern, daß die konkrete Aussagekraft der Stellungnahme nicht wesentlich über ohnedies schon vorher Bekanntes und Gesagtes hinausreicht.

5. Fallstudie „Maritime Industrien“: divergente Gruppeninteressen

5.1 Einführung

Im folgenden soll zunächst in allgemeiner Form die methodische Fragestellung unserer Fallstudie „Maritime Industrien“ dargestellt werden (vgl. Kapitel 5.2). Danach folgen unter 5.3 die äußeren Daten der Textgenese, angefangen vom Bezugstext der Kommission, den WSA-Stellungnahmen ja im Regelfall haben. Das können Rechtsaktvorschläge oder Texte minderer Rechtsverbindlichkeit, z.B. „Mitteilungen“ sein; nur bei den sog. „Initiativstimmungen“ des WSA kann ein Bezugstext fehlen. Einige der zahlreichen uns vorliegenden Texte sind verfahrensrelevante Primärtexte (also Fassungen der Stellungnahme), andere Texte sind dagegen als Zusatztexte zu klassifizieren, die nur informative oder unterstützende Funktion für die Textgenese haben. Unter 5.4 werden die Zusammensetzung der Studiengruppe, die sprachliche Zugehörigkeit ihrer Mitglieder, die Möglichkeiten der Sprachenwahl und die Arbeitsweise in der Studiengruppe beschrieben.

Kapitel 5.5 stellt die Idiosynkrasien dieser Textgenese dar: auf der einen Seite die Manifestation eines „Routineverfahrens“, angezeigt durch regulären Verlauf (die Studiengruppensitzungen folgen im Abstand von je ca. vier Wochen aufeinander) und ausgebaute Rollenverteilung mit Experten für den Berichtsersteller und die drei Gruppen; auf der anderen Seite Probleme, die aufgrund der besonderen Zielrichtung dieser Stellungnahme erwartbar oder aus der Dynamik der Textgenese spontan entstanden sind. Dazu gehören eine Fokussierung in der Textarbeit auf den Stellungnahmenstatus, verbunden mit der problematischen Stellung des WSA zur Kommission und zu einem „Maritimen Forum“. Besonders interessant ist, wie ein temporärer Konflikt behandelt und behoben wird.

Diese sog. „ergänzende Stellungnahme“¹ bezieht sich als „sektorspezifische“ Ergänzung auf eine vorangegangene Initiativstimmung „Industriepolitik

¹ Artikel 20 Abs. 3 der WSA-Geschäftsordnung vom 13.6.1974 lautet: „Der Ausschuss wird von seinem Präsidenten im Benehmen mit dem Präsidium einberufen, um die Untersuchung von Gegenständen fortzusetzen, zu denen er bereits eine Stellungnahme abgegeben hat.“

Diese Bestimmung wird in einer Studie des WSA so interpretiert: „Eine ergänzende Stellungnahme kann nicht nur zu einer Stellungnahme abgegeben werden, die aufgrund einer obligatorischen oder fakultativen Befassung durch die Kommission oder den Rat verabschiedet wurde, sondern auch, um eine früher abgegebene Initiativstimmung zu ergänzen [Fußnote: Sie ermöglicht es dem Ausschuss z.B. seine erste Stellungnahme zu einer bestimmten Frage zu ergänzen, wenn er aufgrund der gesetzten Fristen die Prüfung

in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld“; der deutsche Berichterstatter für diesen Text ist auch Mitglied der Studiengruppe „Maritime Industrien“. Der Problembereich ist komplex, wie allein aus der Aufzählung der Themen in der Kommissionsvorlage deutlich wird (vgl. Kapitel 5.3.1). Das schafft für die Textgenese das Problem einer angemessenen Kondensierung, Abstraktion, Auswahl relevanter Gesichtspunkte sowie einer Gliederung und Gewichtung von Einzelaspekten. Im Laufe der Textgenese stellt sich heraus, daß es spezifische Interessengegensätze nicht nur zwischen den WSA-Gruppen I und II (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) gibt, sondern auch Gruppenbildungen diametral dazu: Reeder vs. Schiffbauer; mediterrane Länder vs. Länder der nördlichen EG; peripher-partikulare Interessen (z.B. irischer Fischer).

Besondere Merkmale und interessante Punkte bei dieser Textgenese sind:

- a) Wie wird der Bezug zur vorgeordneten WSA-Stellungnahme „Industriepolitik“ definiert (vgl. Kapitel 5.5.1)? Ist der Status der „ergänzenden Stellungnahme“ nur Geschäftsordnungstrick, um das komplizierte Verfahren einer neuen Initiativstellungnahme zu vermeiden, oder sehen die Beteiligten als ihre Aufgabe, den Bezug durch inhaltliche Analogien deutlich zu machen?
- b) Wie wird das Problem bearbeitet, daß der WSA von der Kommission ursprünglich nicht zum sog. „Maritimen Forum“ eingeladen worden ist (vgl. Kapitel 5.5.2)?
- c) Wann und wie werden Ansprüche an die globale Textgliederung erhoben, löst sie der Berichterstatter ein (vgl. Kapitel 5.5.3)?
- d) Was löst den Änderungsvorschlag des englischen Gewerkschaftlers Lyons in der Fachgruppe zu einem aus seiner Sicht unterrepräsentierten „human factor“ aus, wie ist die nachfolgende Turbulenz und (teils informelle) Konsensfindung zu erklären (vgl. Kapitel 5.5.4)?
- e) Wie sehen Aushandlungen zu einzelnen Textformulierungen aus („weighed down“; Tankersicherheit; Bewertung der japanischen Exportstrategie), welchen Erfolg haben Interventionen von Mitgliedern der Studiengruppe und von Experten der Gruppen (vgl. Kapitel 5.5.5)?

5.2 Zur methodischen Fragestellung der Fallstudie

Ziel einer linguistischen Fallstudie zur Textgenese im Wirtschafts- und Sozialausschuß kann weder eine Paraphrase der Stellungnahme noch eine Beschreibung der EG-Politik im fraglichen Bereich sein. Auch einzelne Beob-

eines Beratungsgegenstandes nicht vertiefen konnte). Sie stellt ein Instrument dar, das erforderlich ist, damit sich der Ausschuss Gehör verschaffen kann, wenn sich die Gegebenheiten oder die Rechtslage auf einem bestimmten Gebiet, zu dem sich der Ausschuss bereits geäußert hat, geändert haben.“ (Wirtschafts- und Sozialausschuß 1981, 164)

achtungen zu idiosynkratischen Besonderheiten gerade dieser Textgenese sind nur interessant, insofern sie Belege der besonderen interaktiven Verfahren und Problemlösungsstrategien beim „gemeinsamen Schreiben“ im Wirtschafts- und Sozialausschuß sind. Das bedeutet, positiv gewendet: Welche Phänomene sind kontingent, welche Phänomene sind Belege für etablierte Verfahren der Artikulation von Interessengegensätzen? Phänomene interaktiver Textgenese in sprachlichen Kontaktsituationen sind linguistisch dann interessant, wenn sie in Analogie zu bekannten Phänomenen in anderen Kontexten gesetzt werden können oder wenn sie kontraintuitiv sind, d.h. nicht den Erwartungen an die situationsspezifischen Kommunikationsmuster entsprechen.

Freilich ist auch denkbar, daß die Analyse Vorurteile bestätigt. Ein Beispiel: Ausgehend von der Unterstellung, daß in interkultureller Kommunikation generell Auto- und Heterostereotype die Selbst- und die Partnerwahrnehmung in Form von Interpretationsfolien steuern, begreifen Beteiligte das Verhalten des anderssprachigen Kommunikationspartners als Ausprägung invarianter kulturspezifischer Dispositionen. Das ist nicht unbedingt als Manifestation eines Vorurteils zu sehen, das internationale Kommunikation behindert oder gar blockiert. Vielmehr lassen sich stereotype Zuschreibungen an den anderssprachigen Kommunikationspartner (z.B. „typisch Deutscher/typisch deutsch...“) auch als Versuche einer „Reduktion von Komplexität“ sehen, das als abweichend, wenn nicht gar für die anstehenden gemeinsamen Aufgaben als dysfunktional empfundene Kommunikationsverhalten des anderen zu typisieren und damit handhabbar zu machen.

Für die professionelle Interaktion in europäischen Institutionen ist aber zu erwarten, daß die Beteiligten Manifestationen kultureller Stereotype nicht als arbeitsentlastende Interpretationsfolien begreifen², sondern als Kommunikationsbarrieren, die eine arbeitsökonomische Bewältigung der vordefinierten gemeinsamen Aufgaben behindern. Im WSA müssen der vorliegende Textentwurf durchgearbeitet und möglichst Konsens über eine Bewertung von Formulierungen und Änderungswünschen erzielt werden; eine Fokussierung auf negativ bewertete kulturspezifische Verhaltensstile von anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe (z.B. wenn Deutsche denken, daß Italiener lange, lebhaft und blumig reden) wäre in dieser Perspektive kontraproduktiv.

Ein interessantes Ergebnis der Analyse wären nun Indikatoren dafür, wie WSA-Mitglieder mit dieser Ambivalenz kultureller Stereotype tatsächlich umgehen. Nach unseren Beobachtungen verwenden sie hier eine Doppelstrategie: Auf der offiziellen Ebene thematisieren sie Wahrnehmungen abweichender kultureller Verhaltensstile nicht als solche, weil das temporäre Arbeitsbündnis bedroht wäre. Tatsächlich werden solche Unterschiede aber sehr

² So unterscheidet Quasthoff (1989, 37) zwischen normalen und harmlosen Alltagskategorisierungen und den potentiell destruktiven Stereotypen als der Modellvorstellung der Vorurteilsforschung.

wohl wahrgenommen und typisiert – thematisiert werden sie dann außerhalb der „offiziellen“ Sitzungsinteraktion: in Nebenbemerkungen, in Äußerungseinleitungen, die als in der Relevanz zurückgestuft gewertet werden können, in „Nachverbrennungen“ im Interview mit uns oder in Pausengesprächen.

Tauchen solche Typisierungen als Teil einer Gestaltungsorientierung von Äußerungen in den Sitzungen auf, werden sie in der Regel als idiosynkratische Zuschreibungen an den Personalstil des anderen ausgegeben und damit entschärft. Sie sollen zwar gerade *nicht* als Typisierungen eines auffälligen kulturspezifischen Verhaltens gelten; wenn aber beispielsweise zwei Deutsche nacheinander in den Einleitungen ihrer Redebeiträge das kommunikative Verhalten eines Italieners, seine Gestik und Emphase, als bemerkenswert bezeichnen, kostet es sie wohl Anstrengung, sich nicht in kulturellen Stereotypen zu ergeben:

„ja herzlichen Dank * Herr Arena! Sie habens ja in Ihrer uns schon bekannten * lebendigen Weise! ** zusammengefaßt und vorgetragen! ** was uns hier bewegt!“

„eh mir liegt es natürlich nicht so in dieser lebendigen Weise wie es unser Berichterstatter immer wieder schafft! ** eh nun meinen Beitrag zu leisten! gleichwohl will ich versuchen ihn auch etwas interessant zu gestalten!“

Im Zentrum der Fallstudie sollen markante Punkte der Textveränderung stehen; vor dem Hintergrund von Sitzungen und Sekundärinformationen soll die Formulierungsarbeit diskutiert werden. Leitfrage ist dabei, durch welche Interventionen sich Texte verändern. Eine Typologie solcher Interventionen müßte u.a. umfassen:

- Änderungen aufgrund von Änderungswünschen, -vorschlägen und -anträgen;
- Arbeit zwischen den Sitzungen; dazu gehören auch Änderungen aufgrund der Eigeninitiative des Berichterstatters und seines Experten;

¹ Nach Goffman (1982, 97ff.) besteht ein wesentlicher Teil der kommunikativen Beziehungsarbeit darin, in bestätigenden oder in korrektiven Austauschen das eigene Image zu modellieren und das der Kollegen zu bearbeiten. Eine der Techniken, Imagegefährdungen zu bearbeiten, die durch Verstöße gegen soziale Normen entstanden sind, sieht Goffman in den sog. „Nachverbrennungen“:

„Wenn ein Individuum feststellt, daß andere Personen sich in ihren Beziehungen zu ihm offensiv verhalten (sei es, indem sie eine rituelle Handlung unterlassen, sei es, indem sie sie unzureichend oder allzu ausgiebig vollziehen), so kann es warten, bis sie den Austausch mit ihm beendet und der Begegnung den Rücken gekehrt haben, und erst dann zum Ausdruck bringen, was es wirklich von ihnen hält. Hierzu stehen ihm mehrere Möglichkeiten zur Verfügung [...]. Jede dieser Möglichkeiten stellt eine fundamentale Anpassungsstrategie dar. Obwohl er offen auf die Möglichkeit verzichtet, das zu erreichen, was er für die angemessene korrektive Handlung seitens der Regelübertreter hält (und damit in gewisser Weise auch auf sie verzichtet), gibt er doch den Umstehenden gleichzeitig zu verstehen, daß er das Verhalten der Regelübertreter noch immer für unakzeptabel hält. Er führt das aus, was man eine ‚Nachverbrennung‘ nennen könnte – ein Protest, der heimlich geäußert wird, während die Zielscheiben dieses Protests den Schauspiel verlassen [...]“ (Goffman 1982, 211f.)

- unterschiedlicher Grad von „Diskutiertheit“: einmalig von einem WSA-Mitglied vorgebrachter Änderungsantrag vs. einmaliger Gruppenantrag vs. wiederkehrende Versuche in verschiedenen Sitzungen bzw. Phasen der WSA-Textarbeit.

Dabei können Änderungen als eher zufällig klassifiziert werden, als metasprachlich-„linguistische“ Korrekturen oder als Ausdruck vielfältiger Interessengegensätze (z.B. Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, Mittelmeeranrainer gegen Nordstaaten).

Wichtig für die Beschreibung der Muster bei der Behandlung von Änderungsanträgen ist die Kontinuität der Argumentation: Wird auf vorangegangene Situationen eben dieser Textgenese oder auf eingeführte Prinzipien der WSA-Textarbeit verwiesen? Gibt es Indizien für eine Trennung zwischen „wörtlicher Bedeutung“ von Änderungsanträgen und politischer Intention?

5.3 Äußerer Verlauf der Textgenese

5.3.1 Der Bezugstext: Die Mitteilung der EG-Kommission

Zwar ist der Wirtschafts- und Sozialausschuß in diesem Fall nicht von der Kommission im Sinne des Artikels 198, Absatz 1 EWG-Vertrag mit einer Stellungnahme „befaßt“ worden. Allerdings handelt es sich auch nicht um eine Initiativstellungnahme, die der WSA aus eigener Initiative zu einem von ihm als relevant angesehenen Thema erarbeitet, zu dem sich die Kommission noch nicht konkret geäußert hat. Die Stellungnahme zu den „maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“ bezieht sich auf einen Kommissionsentwurf, der im Titel aller WSA-Textentwürfe zitiert wird und allen Mitgliedern der Studiengruppe vorliegt. Es handelt sich um die

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuß: „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“. Dokument KOM(91) 335 endg. Brüssel, 20.9.1991.

Das Inhaltsverzeichnis dieser 24 Seiten und einen statistischen Anhang umfassenden Mitteilung zeigt das weite thematische Spektrum auf, mit dem die Kommission hier einen komplexen Bereich ihrer Industriepolitik und ihrer politischen Absichten darstellt:

„B. MARITIME THEMEN UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

B.1. DIE BEDEUTUNG MARITIMER THEMEN

B.1.1. Meeresressourcen

B.1.2. Umweltpolitische Gesichtspunkte und internationale Normen

- a) Klima
- b) Normen
- c) Umweltverschmutzung

- B.I.3. Weltweite Verflechtung der Wirtschaft
- B.II. DAS GEMEINSCHAFTSINTERESSE
 - B.II.1. Beschäftigung
 - B.II.2. Handel
 - a) Abhängigkeit der Gemeinschaft vom Welthandel
 - b) Ausweitung des innereuropäischen Handels
 - B.II.3. Umwelt
 - B.II.4. Fischerei
 - B.II.5. Meereswissenschaft
- B.III. Die EG vor neuen maritimen Herausforderungen
- C. EUROPAS MARITIME INDUSTRIEN: ELEMENTE FÜR DIE EUROPÄISCHE WETTBEWERBSFAHIGKEIT
 - C.I. DER SCHIFFBAU
 - C.II. DIE EG-FLOTTE
 - C.III. DIE ZULIEFERINDUSTRIE
 - C.IV. MEERESRESSOURCENINDUSTRIE UND MEERESFORSCHUNG
 - C.V. LAGE IN JAPAN UND DEN USA
- D. EINE NEUE EUROPÄISCHE MARITIME INITIATIVE
 - D.I. EIN ANSATZ IM RAHMEN DES INDUSTRIEPOLITISCHEN KONZEPTS DER KOMMISSION
 - D.II. AUF DEM WEGE ZU EINEM EINHEITLICHEN MARITIMEN ANSATZ – Maßnahmen
 - D.II.1. Rahmenbedingungen der Wirtschaft
 - D.II.2. Sicherheit
 - D.II.3. FuE⁴
 - D.II.4. Verkehr
 - D.II.5. Ausbildung
 - D.II.6. Umwelt
 - D.II.7. Wettbewerb in der EG
 - D.II.8. Internationale Dimension
 - D.III. EINE INTEGRIERTE EUROPÄISCHE ANTWORT* (S. 1f.)

⁴ „FuE“ ist ein EG-spezifisches Akronym für „Forschung und Entwicklung“. So hat ein Referat in der Generaldirektion XII (Wissenschaft, Forschung und Entwicklung), das sich mit dem „SPEAR“-Programm („Support Programme for a European Assessment of Research“) beschäftigt, den Titel „Entwicklung der FuE-Programme (SPEAR)“ (Quelle: Organisationsplan der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Februar 1991, 74).

Wir möchten einige Überlegungen zu auffälligen Formulierungstechniken in dieser Mitteilung und zu deren kommunikativer Funktion einfügen.

Eine Mitteilung über eine „sektorspezifische Industriepolitik“ ist **notwendig** allgemein gehalten und abstrakt, weil sie das Panorama einer geplanten EG-Politik und nicht Einzelmaßnahmen darstellt. Sie ist kein EG-Rechtsakt im engeren Sinne, sondern eine politische Absichtserklärung⁵, um das **Panorama** von Sachverhalten und Problemen in einem bestimmten **Regelungsbereich** sowie die Notwendigkeit und Interdependenz zukünftiger **legistischer Maßnahmen** aufzuzeigen. Die EG-Kommission legt eine längerfristige **Planung** dar und reklamiert mit Hilfe einer solchen Mitteilung oft einen bislang **leeren Bereich** politisch-gesetzgeberischen Handelns als Bereich der EG-Politik. Das fordert von der Textsorte „Mitteilung“, die natürliche Komplexität der Sachverhalte zu reduzieren, zu gewichten und Verständnis bei den Adressaten für die aufgezeigten Problemzusammenhänge und die Problemsicht der Kommission zu wecken.

Derartige Vorlauftexte für Rechtsakte sind von den textsortenspezifischen Anforderungen und der Adressatenorientierung her nicht so präzise definiert wie Rechtsakte. Wieweit der Problemkontext argumentativ expliziert werden muß und welches Vorwissen bei den möglichen Adressaten vorausgesetzt werden kann, unterliegt der Aushandlung in der Textarbeit.

In den abschließenden „Schlußfolgerungen“ schlägt die Kommission vor,

„[...] ein Diskussionsforum mit Vertretern aller betroffenen Parteien zu schaffen, und dem Forum folgende Aufgaben zu übertragen:

- genauer den Aufgabenbereich des globalen und horizontalen Konzepts zu definieren, identifizieren (sich) der wichtigsten Bereiche und der Maßnahmen, die entwickelt werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Industrien der EG zu verbessern;
- die geeignete Methode für die Umsetzung dieser Maßnahmen zu bewerten.

Das Forum soll der Kommission innerhalb von 9 Monaten nach Annahme dieser Mitteilung einen Bericht vorlegen [...].“ (S. 23f.)

Aus der Sicht von WSA-Mitgliedern ist dieses eine zentrale politische Aussage der Kommissionsmitteilung; der Text verfolge hauptsächlich die Absicht, Gruppen von Betroffenen für ein Diskussionsforum zum Problembe- reich zu gewinnen. Die Mitteilung muß daher die unterschiedlichen Perspek-

⁵ Oppermann (1991, 187) spricht zum Abschluß einer Typologie von EG-Rechtsakten von einer „Fülle von weiteren Akten [...] unter wechselnden Bezeichnungen (Erklärungen, Communiqués, Memoranden, Pläne, Mitteilungen, Programme u.a.m.). Unmittelbare Rechtswirkungen werden mit ihnen normalerweise nicht angestrebt, doch wären sie erreichbar. Auch ihr ‚politischer Bindungswert‘ ist meist noch geringer zu veranschlagen als bei den Beschlüssen und Entschlüssen.“ Gelegentlich würden aber „grundlegende politische Aussagen in einer flexiblen Form getroffen“.

tiven und Interessenlagen berücksichtigen, darf andererseits aber die Position der EG-Kommission zum Themenbereich vorab nicht zu stark festlegen.

Unter diesen Kontextbedingungen ist nicht verwunderlich, daß als Formulierungstechniken vor allem inhaltsarme Sätze und Tautologien, Plastikwörter⁶, EG-spezifische Textbausteine und Aktantenreduktion durch fehlenden Agens oder durch kollektiven Agens auffallen; dazu einige Belege:

Beispiele für **inhaltsarme Sätze und Tautologien** sind:

„Die EG sollte prüfen, welches der beste Weg zur Bewältigung der maritimen Herausforderungen ist.“ (S. 1ter)

„Aus diesem Grund verdienen Meereswissenschaft und -technologie als Voraussetzung dafür höchste Aufmerksamkeit.“ (S. 8)

„Gleichzeitig muß man sich darüber im Klaren sein, daß die Meeresnutzung als interdisziplinärer Vorgang auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bereichen und Fachgebieten angewiesen ist.“ (S. 8)

„Die besonderen maritimen Interessen der EG müssen vor dem Hintergrund der internationalen maritimen Dimension gesehen werden.“ (S. 8) mit dem Zusatz:

„Nur effiziente maritime Industrien können garantieren, daß die Gemeinschaft in der Lage sein wird, angemessen und erfolgreich am Welthandel teilzunehmen und die Weltmeere zu nutzen.“ (S. 9)

„Für den Schiffbau ist unverzichtbar, daß es [hier unklarer Bezug, W.S.] sichere und umweltfreundliche Schiffstypen zu möglichst niedrigen Preisen unter fairen, normalen Wettbewerbsbedingungen anbieten kann.“ (S. 11)

„Die moderne vielseitige Meereswissenschaft braucht eine optimale Organisation der Meeresforschung.“ (S. 14)⁷

„Die Kommission, hat in der Vergangenheit bereits eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet und vorgeschlagen. Einige sind bereits beschlossen worden, bei anderen, steht die notwendige Zustimmung des Rates noch aus.

Es fehlt jedoch an einer umfassenden Betrachtungsweise des maritimen Bereichs. Daher ist ein neues, wirkungsvolles Konzept für die maritimen Industrien Europas notwendig.“ (S. 16)

„Dabei verdienen vor allem jene Bereiche besondere Berücksichtigung, die gesamtwirtschaftlich eine bedeutende Rolle spielen.“ (S. 16)

„Sicherheit auf See ist ein Anliegen von großer Bedeutung.“ (S. 17)

⁶ Pörksen (1988, 21) verbindet mit diesem Begriff „die Vorstellung von unendlicher Formbarkeit mit der einer geformten Stereotypie.“

⁷ Allerdings wird der kritisierte gegenwärtige Organisationsstand anschließend expliziert!

„Die Grundlage der maritimen FuE Europas sollte durch eine Koordinierung der Anforderungen an die meereswissenschaftliche und technische FuE Europas gestärkt werden.“ (S. 18)

„Maritime Herausforderungen [...] können nicht länger nur auf der Basis der spezifischen Fragestellung gehandhabt werden.“ (S. 21)

„Angesichts der Vielfältigkeit der gesamten maritimen Dimension und der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen der Reinerhaltung der Ozeane und der Meeresressourcen auf der einen Seite und Schifffahrt, Schiffbau und Nutzung der Meeresressourcen auf der anderen Seite, sind alle maritimen Bereiche Teil einer einzigen maritimen Dimension.“ (S. 9)

Vor allem das letzte Beispiel zeigt eine Diskrepanz zwischen detaillierter Problembeschreibung und stereotyper Darstellung der zugehörigen EG-Handlungsperspektive. Auch das Resümee der Mitteilung fällt tautologisch und inhaltsarm aus:

„Die verschiedenen maritimen Themen und Herausforderungen müssen deshalb als Bestandteile einer umfassenden maritimen Dimension gesehen und entsprechend gehandhabt werden.“ (S. 21)

Beispiele für **Plastikwörter** sind „auf internationaler Ebene“ (S. 1ter), „Interessen“ (S. 1ter), „internationales Umfeld“ (S. 1ter), „Herausforderung(en)“ (S. 1ter, 3, 7, 7, 12, 21), „Aspekte“, „Basis“, „Dimension“ (S. 1ter, 3, Spiegelstrich), „Initiative“ (S. 2), „Fragen“ (S. 2), „langfristig von entscheidender Bedeutung“ (S. 8) oder „Strategien“ (S. 20).

EG-spezifische Textbausteine wie „nach Vollendung des Binnenmarktes“ (S. 5), „ein vitales Interesse“ (S. 6), „auf dem erforderlichen Niveau“ (S. 6) und „ein wichtiger Faktor für die XY-Interessen der EG.“ (S. 10) verweisen als beliebig verwendbare argumentative Versatzstücke zugleich auf den Systemcharakter der EG.

Durch **fehlenden Agents** werden systematisch **Aktanten reduziert**:

„Die Weltmeere gelten heute als letzte große Herausforderung auf der Erde um (sic!) Ressourcen zu erschließen und zu nutzen und so zur Versorgung der Menschheit auch in Zukunft beizutragen.“ (S. 3)

An wen richtet sich die „Herausforderung“? Wer soll erschließen und beitragen? Diese Aktanten werden nicht explizit genannt.

„Die Meeresressourcen rücken somit immer mehr ins Zentrum des Interesses [...]“ (S. 3)

Auch hier wird nicht ausdrücklich gesagt, wessen Interesse betroffen ist.

„Geforscht wird ferner im Bereich der Nutzung der Meere zur Gewinnung erneuerbarer Energien [...]“ (S. 3)

„Da angenommen wird, daß auf jeden Fischer, der auf See arbeitet, vier bis fünf Arbeitsplätze an Land entfallen, ergeben sich [...]“ (S. 4)

Durch derartige Passivkonstruktionen werden Informationen ausgeblendet, hier: wer in diesem Bereich forscht, wer etwas annimmt und worauf sich diese Annahme stützt. **Aktanten** können auch semantisch durch **kollektiven Agens** reduziert werden:

„[...] ist die EG bemüht, [...]“ (S. 5)

Diese summarische Beschreibung ohne Angabe der EG-Institution, der verantwortlichen Dienststelle, der Person oder des Verfahrensstands macht die Funktion von Aktantenreduktion deutlich: Sie blendet bestimmte Informationen aus, verzichtet auf explizite Benennung von Verantwortlichkeit.

Zum einen ist die Kommissions-Mitteilung technologisch orientiert auf eine „verstärkte Nutzung der Meere“ zur Gewinnung von Nahrungsmitteln, Energie, Mineralien, chemischen Stoffen und Lebensraum („Meeresressourcen“) (S. 3). Doch auch ökologische Grundtatsachen werden berücksichtigt, etwa zum Klima:

„Die Ozeane wirken wie ein großer Speicher für Wärme und Kohlenstoff, die beide zwischen der Atmosphäre und den Weltmeeren auf natürliche Weise und in gewaltigem Umfang ausgetauscht werden.“ (S. 3)

Hier wird am Vergleich die Bemühung um eine anschauliche Formulierung deutlich. Auch bei der Umweltbelastung durch Verkehr gibt es ein dezidiert ökologisch orientiertes Plädoyer:

„Schiffe verbrauchen je beförderte Tonne weniger Energie und belasten die Umwelt weniger mit Lärm- und Schadstoffen als jedes andere Verkehrsmittel.“ (S. 6)

Auf der einen Seite neigt die Kommissions-Mitteilung zu Abstraktionen und vagen Beschreibungen. Dabei dienen semantisch blasse Verben zur Verknüpfung von Nominalphrasen, die eine stichwortartige Auflistung thematischer Aspekte enthalten, wobei die Art der argumentativen Verknüpfung vage bleibt. Beispiele:

„Das wachsende Bewußtsein über die Bedeutung der Meeresressourcen *geht* zunehmend mit der Sorge um die Reinerhaltung der Meere *einher* [...]“ (S. 3, Hervorhebungen W.S.)

„Die Bedeutung der Meeresressourcen und der Umweltverschmutzung *spiegelt sich* aber auch in zwischenstaatlichen Konflikten wegen des Zugangs zu Seegebieten und der Beanspruchung von Seegebieten *wider*.“ (S. 3)

Auf der anderen Seite verdeutlicht die Mitteilung konkrete Sachverhalte durch Beispiele:

„Die Unfälle der ‚Exxon Valdez‘, der ‚Herald of Free Enterprise‘, der ‚Scandinavian Star‘ und die jüngsten Vorfälle im Mittelmeer unterstreichen die Notwendigkeit, strengere internationale Regeln und Normen bezüglich Sicherheit, Kontrolle von Meeresverschmutzungen sowie der Konstruktion und des Betriebs von Schiffen im Rahmen der ‚International Maritime Organization‘ (IMO) auszuarbeiten.“ (S. 4)

So wird mit aktuellen Einzelfällen die Notwendigkeit allgemeiner **Regelungen** belegt. Dadurch wird die Rezeption des Textes einerseits erleichtert, andererseits eingeschränkt auf einen bestimmten Zeitraum, in dem diese Beispiele als aktuell gelten können; das wird vor allem an einem indexikalen Ausdruck wie „die jüngsten Vorfälle“ deutlich, der nur relativ zum Publikationsdatum des Textes verständlich ist. Zugleich aber verzichtet der Text an dieser Stelle auf eine Explizierung der geforderten Regeln und Normen.

Im Kontrast zu Darstellungen von ökologischen Tatsachen im Präsens Indikativ werden Vermutungen durch Futur-Formulierungen oder durch Konjunktiv geäußert und so als Prognosen markiert:

„Nach Vollendung des Binnenmarktes und Fortführung der Liberalisierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Ländern werden die Schifffahrt entlang der europäischen Küsten, der Mittelmeer-, Ostsee- und Schwarzmeerküste sowie die Binnenschifffahrt zunehmen. Die in Europa bereits jetzt hohe Verkehrsnachfrage wird weiter steigen.“ (S. 5)

„[...] Darüber hinaus durften Küsten- und Binnenschifffahrt in vielen Fällen das kostengünstigere Verkehrsmittel sein.“ (S. 6)

„Die Möglichkeit, technologisch anspruchsvolle (sic!) Schiffe zu bauen, welche EG-Reedern erlauben, mit kleinen aber gut geschulten Besatzungen zu operieren, könnte die Wettbewerbsfähigkeit der EG Flotten gegenüber Drittländern erhöhen.“ (S. 10)

Diese Vagheit im Potentialis läßt sich interpretieren als implizite Berücksichtigung abweichender, aber mächtiger Positionen von Interessengruppen. So steht die Anspielung auf die „kleinen aber gut geschulten Besatzungen“ gegen die gewerkschaftliche Position, daß durch den Einsatz neuer Technologien Arbeitsplätze – je nach Sicht – abgebaut bzw. vernichtet werden. Durch den Konjunktiv wird hier die Aussage als vertretbar hingestellt, ohne daß sich die Kommission von vornherein mit ihr identifiziert und so gewerkschaftlichen Widerspruch herausfordert.

Auch die englische Fassung ist entsprechend vage, drückt das allerdings z.T. mit anderen syntaktischen Mitteln aus:

„Short sea transport [...] and inland waterway transport *will increase* with the completion of the internal market [...]. Trade and transport demand in Europe, already high, *will rise* further.“ (p. 5, Hervorhebungen W.S.)

„[...] In many cases, short sea transport and inland waterway transport *are also likely to be* the most cost-effective means of transport.“ (p. 6)

„The possibility of building technologically sophisticated ships, allowing EC shipowners to operate with smaller but highly trained crews, *may allow* for improving the competitiveness of EC fleets vis-à-vis those of third countries.“ (p. 10)

Das Futur im ersten Beispiel gibt die Prognose als verläßlich aus, Formulierungen wie „are likely“ und „may“ lassen dagegen offen, ob die Prognose eintreten wird. Die französische Fassung verzichtet durch die Wahl von *futur*

proche oder gar des einfachen Präsens weitgehend darauf, Distanz syntaktisch auszudrücken, diese Distanz steckt allenfalls in der Semantik der Verben „offrir“ und „permettre“, mit denen Disposition und Entwicklungspotential angezeigt werden:

„La navigation côtière [...] et les transports fluviaux *vont s'intensifier* grâce à l'achèvement du marché intérieur [...]. Les échanges et la demande de transport déjà élevés, *vont encore progresser* en Europe.“ (p. 5)

„[...] Enfin, la navigation côtière et les transports fluviaux *offrent* dans bien des cas le meilleur rapport coût-rendement.“ (p. 6)

„La possibilité de construire des navires technologiquement très sophistiqués *permet* aux armateurs de la CEE d'exploiter leurs navires avec un équipage réduit mais hautement qualifié et d'accroître ainsi la compétitivité de la flotte CEE par rapport à celle des pays tiers.“ (p. 10)

Relativ konkret wird die Kommission bei einer Distanzierung von amerikanischen und japanischen Maßnahmen:

„Die USA setzten 1990 einseitige Vorschriften in Kraft, wonach zu einem späteren Zeitpunkt neue Tanker, die amerikanische Häfen anlaufen wollen, Doppelhüllen haben müssen. Auf der anderen Seite schlugen die Japaner im Rahmen der laufenden IMO-Verhandlungen den von einer führenden japanischen Werft entwickelten Zwischendecktanker als Alternative vor.“ (S. 6)

Die Kommission kritisiert also eine Einseitigkeit der Vorschriften, d.h. mangelnde Abstimmung, einen Protektionismus mit umweltpolitischem Vorwand (EG-Tanker ohne Doppelhülle dürfen amerikanische Häfen nicht mehr anlaufen), und Maßnahmen, die sie für nur scheinbar umweltpolitische hält, die in Wahrheit aber die Drittländer zur Förderung ihrer eigenen Wirtschaft treffen („von einer führenden japanischen Werft entwickelt“).

Die generelle Aussage

„In Japan besteht in Mischkonzernen und bei Fördermaßnahmen ein enger Zusammenhang zwischen Schifffahrt und Schiffbau“ (S. 15)

wird belegt durch detailliertere Darstellungen zum „home credit scheme“ (Finanzierungen zu niedrigen Kosten für japanische Reeder für den Kauf von in Japan gebauten Schiffen) und zu „Subventionen für scheinbar unabhängige Forschungsinstitute“.

Zu dieser Kritik korrespondiert eine Vertretung europäischer wirtschaftlicher Interessen gegen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, auch indem die Kommission europäische Standortvorteile herausstreicht:

„Europa besitzt auf diesen Gebieten Erfahrung und ein umfangreiches Wissen, und hat insofern das größtmögliche Interesse daran, diesen komparativen Vorteil nicht zu verlieren.“ (S. 9)

„Heute verdankt die EG ihren Marktanteil von 20% (gegenüber 38% von Japan) dem Bau von Schiffen mit einem hohen technologischen Gehalt; hier verfügt die Gemeinschaft nach wie vor über einen komparativen Vorteil. Die jüngsten Anstrengungen Japans, dieses Marktsegment zunächst über den erfolgreichen Bau von Container- und Fahrgastschiffen zu erobern, bereiten diesem Industriezweig ernsthafte Schwierigkeiten. [...]“ (S. 11)

Die Kommissionsmitteilung operiert mit **EG-Neologismen**, die ohne explizite Definition eingeführt werden, wie „multimodale Verkehrsketten“ (S. 5), „[...]ressourcen“ (z.B. „Meeresressourcen“, „Fischressourcen“), „Aquakulturprodukte“ (S. 7), „Synergieeffekte“ (S. 16), „horizontale Maßnahmen“ (S. 16) und „Binnenmarkt“ (gemeint ist der EG-Binnenmarkt) (S. 21). **Zentrale argumentative Topoi** verweisen auf nicht weiter hinterfragte Prinzipien der EG-Politik: „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ (S. 1ter), „unverzerrter Wettbewerb“ (S. 20), „Konvergenz der Wettbewerbsbedingungen“ (S. 20); „inneregemeinschaftlicher Liberalisierungsprozeß“ (S. 5), „Bereitschaft zur Zusammenarbeit“ (S. 9), „Beseitigung von Handelshemmnissen“ (S. 17), „Angleichung von Normen“ (S. 17), „am Weltmarkt faire Rahmenbedingungen für europäische Unternehmen“ (S. 21), „harmonisierte Position der Gemeinschaft“ (S. 21), „globaler und horizontaler Ansatz“ (S. 22), Identifizierung von „gemeinsamen Interessen“ (S. 22, 24) und „interne Politik-Koordinierung“ (S. 23).

Mit zahlreichen Verweisen auf andere EG-Rechtsakte, Berichte und Programme soll die vorliegende Mitteilung in einen größeren Kontext eingebettet werden:

„Beabsichtigt ist, die entsprechenden maritimen Themen im Rahmen der allgemeinen Grundsätze der Industriepolitik der Gemeinschaft, wie kürzlich in der Mitteilung der Kommission ‚Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld‘⁸ dargelegt, zu entwickeln.“ (S. 1ter)

Gehäuft werden EG-spezifische Abkürzungen und Akronyme verwendet:

„Das FuTE⁹-Programm der Gemeinschaft im Bereich Meereswissenschaft und -technologie MAST¹⁰ soll das Wissen über die Meeresumwelt erweitern und damit Technologien zum Schutz und zur Nutzung von Meeresressourcen fördern sowie die Zusammenarbeit einzelstaatlicher FuTE-Programme unterstützen.“ (S. 8)

„Das BRITE/EURAM¹¹ Programm der EG wendet sich an Materialien und Fertigungstechnologien, wobei Gebiete wie automatisches Schweißen mit Blick auf höhere Sicherheit und Leistungsfähigkeit von Schiffskonstruktionen eingeschlossen sind.“ (S. 8)

⁸ COM(90) end. 16. November 1990.

⁹ FuTE = „Forschung und Technologie“ (deutsche Abkürzung!); vgl. Fußnote 4

¹⁰ Vgl. Amtsblatt Nr. L 200, 13.7.1989; MAST = Marine Science and Technology (vgl. Gondrand 1991, 176).

¹¹ BRITE = Basic Research in Industrial Technologies for Europe (Gondrand 1991, 59); EURAM = European Research in Advanced Materials (Gondrand 1991, 131; „Fusionne avec BRITE sous le nom de BRITE EURAM.“).

Gelegentlich tauchen in solchen Querverweisen offenkundige englische Interferenzen graphematischer und syntaktischer Art auf:

„Wie schon in der Mitteilung der Kommission ‚Industriepolitik In Einem Offenen Und Wettbewerbsorientierten Umfeld‘ [...] betont, ist es heute nich (sic!) länger möglich von Industrien mit hohem oder niedrigem Technologiegehalt zu sprechen, sondern nur noch von Produkten mit unterschiedlichem (sic!) Niveau technischer Differenziertheit.“ (S. 10)

„Dies waren die wichtigsten Ziele der vier in 1986 (Hervorhebung W.S.) angenommen (sic!) Ratsvorschriften [...]“ (S. 12)

Damit schließen wir diesen Exkurs zum Kommissionstext und kehren zu den WSA-Entwürfen für eine Stellungnahme zurück.

5.3.2 „Primärtexte“ für die WSA-Stellungnahme

Als „Primärtexte“ sehen wir die Texte an, über die in Sitzungen verhandelt wird und die als Vorstufen der endgültigen Stellungnahme zu betrachten sind.¹² Dazu zählt zunächst das

„Arbeitsdokument der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu der Mitteilung der Kommission ‚Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen‘ (Dok. KOM(91) 335 endg.). Berichterstatter: Herr Arena. Brüssel, 5. Februar 1992. Eingang: 5. Februar 1992“.

Nach einem Hinweis auf dem Deckblatt soll das Arbeitsdokument („Working Document“, „Document de travail“...) auf der Studiengruppensitzung am 12. Februar 1992 behandelt werden. Seine Gliederung und thematische Grobstruktur in Stichworten:

1. Vorwort:

- im wesentlichen Zustimmung
- gemeinsame Berücksichtigung der Zweige der maritimen Wirtschaft
- Abkehr von sektoriellen Einzelkonzepten
- bisherige schädliche Verwaltung von Krisensituationen

2. Flotte

- Untergang angesichts des europäischen Binnenmarktes und der Internationalisierung der Märkte inakzeptabel
- Reeder-Perspektive: Wettbewerbsbenachteiligung durch Gesetze und Regelungen, Konsequenz: Ausflagen
- Gemeinschaftsregister EUROS¹³

¹² Durchgängig haben alle diese Texte bis auf die Veröffentlichung im EG-Amtsblatt eine Dossiernummer „IND/444 ‚Maritime Industrien‘“ (bzw. Kurzform in anderen Sprachen, z.B. „Maritime Industries“ oder „Industries maritimes“) in der rechten oberen Ecke des Deckblatts.

¹³ Der akronymische Neologismus „EUROS“ wird außer durch eine Kurzformel „Gemeinschaftsregister“ (bzw. „Community shipping register“, „registre communautaire“) nicht explizit erklärt, also als bekannt vorausgesetzt.

3. Schiffbauindustrie:

- Einführung
- Verbindungen zwischen Reedereien und Schiffbau. Vergleich EG mit Japan und Korea
- Wirkungen bisheriger Stützungspolitik
- Probleme mit dem Protektionismus anderer Staaten
- Verhandlungen über freiwillige Angebotskontrolle mit Japan/Korea
- Schiffbau-Expansion
- gemeinsame Strategie von Reedern, Werften und Zulieferern
- Zersplitterung
- Kooperationen zwischen europäischen Unternehmen
- Zuliefererindustrie
- Standardisierung der Erzeugnisse

4. Häfen:

- Elektronik und Informatik
- Abwicklungsstandards für alle Häfen
- Investitionen zur Modernisierung des Hafensystems

5. Meeresumwelt:

- Einführung
- Tankerverkehr und Verschmutzungsrisiko für die Meere
- Interventionspläne gegen die Verschmutzung
- nationale Übergangsmaßnahmen
- integriertes System der Vorbeugung, Bestrafung und Beseitigung

6. Nutzung der Meeresressourcen:

- Nutzung und Erhaltung oder Nutzung gegen Erhaltung
- wissenschaftliche Kenntnisse gegen industrielle Aspekte
- sektorenübergreifende europäische Politik zur Technologieförderung
- kurz- und mittelfristige Entwicklungen
- Fischerei und Überfischung
- notwendige politische Disziplin auf dem Fischereisektor

7. Forschungsaktivitäten:

- Hochstufung
- Koordinierung sowie Programm- und Finanzrahmen
- japanische Aktivitäten im Vergleich mit der EG.

Allein diese Aufzählung zeigt, welch weitgespannter thematischer Rahmen, welches Panorama von Einzelaspekten als relevant angesehen werden. Die Darstellungsform ist wiederkehrend zu jedem thematischen Teil eine Abfolge unterschiedlicher (Interessen-)Perspektiven: Sicht der EG-Institutionen, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer. Im ersten Satz wird eine resümierende Zustimmung zur Kommissionsvorlage mit der Einschränkung „im wesentlichen“ vorweggenommen.

In der deutschen Fassung herrscht Nominalstil mit langen und komplexen Sätzen, z.B. im zweiten Absatz des Vorwortes:

„Zum ersten Mal finden die verschiedenen Zweige der maritimen Wirtschaft gemeinsame Berücksichtigung im Rahmen einer Politik für die Wiederankurbelung der Industrien dieses Sektors.“

Ist das nur für die deutsche Fassung typisch? Im Englischen wird statt des Funktionsverbgefüges „Berücksichtigung finden“ eine Passivkonstruktion verwendet, die Umstandsangabe „im Rahmen einer Politik...“ wird gerundial wiedergegeben („the aim being“), und statt der umständlichen „Wiederankurbelung“ findet sich eine Infinitivkonstruktion:

„For the first time, the various sectors of the Community's maritime economy are considered as a single unit, the aim being to give a new boost to the industries concerned.“

Ähnlicher der deutschen Fassung ist die französische Übersetzung:

„En effet, pour la première fois, les différentes composantes de l'économie maritime européenne sont considérées d'une façon unitaire et dans le cadre d'une politique de relance des industries de ce secteur.“

Gängig sind Thema-Rhema-Konstruktionen, d.h. zu eingeführten Bereichen einer EG-Politik, markiert durch Eurojargon, erfolgen eigene Schlußfolgerungen. Beispiel:

„Die Nutzung der Meeresressourcen (Energie, Mineralstoffe, biologische und Oberflächenressourcen) erfordert einen systematischen Ansatz im vollen Bewußtsein der Folgen menschlichen Eingreifens in das empfindliche Gleichgewicht der Meeresumwelt [...]“

Der nächste Primärtext ist der **Vorentwurf einer Stellungnahme**¹⁴:

Vorentwurf einer Stellungnahme der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu der Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“ (Dok. KOM (91) 335 endg.). Berichterstatter: Herr Arena. Brüssel, den 3. März 1992. R/CES 179/92 (I) DC/hl. Eingang: 24. Februar 1992. Versand: 5. März 1992

Auch die Funktion dieses Dokuments wird durch einen Vermerk erläutert: „Dieses Dokument wird in der Sitzung am 12. März 1992 erörtert“. Der Text liegt uns auch in den anderen Arbeitssprachen dieser Studiengruppe vor, also auf englisch, französisch und italienisch; zur Illustration hier einmal die Titel dieser Fassungen:

Preliminary draft opinion of the Section for Industry, Commerce, Crafts and Services on the Commission Communication on New Challenges for Maritime Industries (COM (91)

¹⁴ Der Beginn der Registraturnummer („R/...“) verweist auf den Status des Textes: Es ist ein vorläufiger Text, über den noch kein offizielles WSA-(Teil-)Gremium abgestimmt hat und der daher noch nicht als WSA-Stellungnahme nach außen gegeben werden soll, sondern als „restricted“ bzw. „restreint“ zu behandeln ist. Des weiteren informiert die Referenznummer darüber, daß der Text im Original auf italienisch vorliegt, welcher deutsche Übersetzer den Text bearbeitet (in Großbuchstaben) und wer ihn im Schreibpool betreut hat (in Kleinbuchstaben).

335 final). Rapporteur: Mr Arena. Brussels, 27 February 1992. Original received on: 24 February 1992. Sent on: 3 March 1992. R/CES 179/92 I OU/WGR/ss/hm

Avant-projet d'avis de la section de l'industrie, du commerce, de l'artisanat et des services sur la Communication de la Commission „Nouveaux défis aux industries maritimes“ (doc. COM(91) 335 final). Rapporteur: M. Arena. Bruxelles, le 27 février 1992. Reçu le 24 février 1992. Transmission le 4 mars 1992. R/CES 179/92. I-RD/PS/sf/sl

Sezione „Industria, commercio, artigianato e servizi“. Progetto preliminare di parere in merito alla Comunicazione della Commissione „Nuove sfide per le industrie maritime“ (doc. COM(91) 335 def.). Relatore: Arena. Documento ricevuto il 24 febbraio 1992. R/CES 179/92

Offenbar ist die deutsche Version geringfügig später als die englische und französische fertiggestellt worden; im Unterschied zu Kommissionsdokumenten und vor allem Veröffentlichungen im EG-Amtsblatt, bei denen offiziell ein gemeinsamer Herausgabe-Termin angegeben wird, dokumentieren also die Deckblätter dieser WSA-Zwischentexte die Chronologie der Bearbeitung im WSA-Generalsekretariat. Bei der englischen und französischen Fassung zeigen die Referenznummern, daß jeweils zwei Übersetzer arbeitsteilig den Text übersetzt haben.

Unsere italienische Fassung ist Kopie des dem deutschen Übersetzer di Carlo vorliegenden Textes. Darin hat der zuständige portugiesische WSA-Beamte auf französisch die Änderungen gegenüber dem Arbeitsdokument markiert („DC Pages modifiées à l'APA „Industries maritimes“ Ind 444“, „voir Document de Travail (DT)“, „nouveau“ usw.), um dem Übersetzer so Orientierung und Arbeit zu erleichtern: Was ist hinzugefügt worden (markiert durch „nouveau“), was ist geändert worden (z.B. in der Textgliederung: Verweise wie „voir DT, page 3, 3 dernières indents“), was ist gestrichen worden?

Nach der zweiten Studiengruppensitzung am 12. März 1993 entsteht ein **revidierter Vorentwurf**:

Revidierter Vorentwurf einer Stellungnahme der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu der Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“ (Dok. KOM(91) 335 endg.). Berichterstatter: Herr Arena. Brüssel, den 30. März 1992. Eingang: 24. März 1992. Versand: 31. März 1992. R/CES 179/92 rev. (I) DC/js

Wiederum informiert ein „N.B.“-Vermerk über den Verwendungszweck des Textes: „Dieses Dokument wird in der Sitzung am 7. April erörtert“.

Einen Tag vor der Sitzung werden noch zwei **Korrigenda** vorgelegt, die etwa in der englischen Fassung so betitelt sind:

Corrigendum to the Revised Preliminary Draft Opinion of the Section for Industry, Commerce, Crafts and Services on the Commission Communication on New Challenges for Maritime Industries (COM (91) 335 final). Rapporteur: Mr Arena. Brussels, 6 April 1992. R/CES 179/92 rev. Corr. I/CH/CAT/hm

Corrigendum 2¹⁵ to the Revised Preliminary Draft Opinion of the Section for Industry, Commerce, Crafts and Services on the Commission Communication on New Challenges for Maritime Industries (COM (91) 335 final). Rapporteur: Mr Arena. Brussels, 6 April 1992. R CES 179/92 rev. Corr. 2 I/CH/CAT/hm

Nach diesen Korrigenda soll auf Seite 6 ein neuer Paragraph 2.9.8. zu „future maritime transport requirements“ bzw. ein neuer Absatz unter 2.8.3. („Reedereiverwaltungskosten“) hinzugefügt werden, in dem die bisherigen Kommissionsvorschläge für ein attraktives EUROS-Register als unzureichend kritisiert werden.

Nach der letzten Studiengruppensitzung am 7. April 1992 wird ein **Entwurf der Stellungnahme** als Vorlage für die Fachgruppensitzung mit entsprechendem „N.B.“-Vermerk („Dieses Dokument wird in der Sitzung am 6. Mai 1992 erörtert“) erstellt:

Entwurf einer Stellungnahme der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu der Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“ (Dok. KOM (91) 335 endg.). Berichterstatter: Herr Arena. Brüssel, den 24. April 1992. Eingang: 9. April 1992. Versand: 24. April 1992. CES 179/92 (I) DC/js

Erstmals tauchen nun schriftlich eingereichte **Änderungsvorschläge** auf:

Änderungsvorschlag von Frau Bredima-Savopoulou. CES 179/92 Änd. 1 (E) CD/GD/sk

Änderungsvorschlag von Herrn Whitworth. CES 179/92 Änd. 2 (E) js

Änderungsvorschlag von Herrn Lyons. CES 179/92 Änd. 3 (E) W/DC/el

Lyons' Änderungsvorschlag betrifft vier Textstellen, jeweils auch kurze Begründungen. Zu einem Konflikt kommt es in der Sitzung besonders durch den zweiten Teil dieses Änderungsvorschlags (Einfügung einer neuen Ziffer 2.10.5. zur „Berücksichtigung des menschlichen Faktors“; vgl. Kapitel 5.5.4).

Die Primärtexte werden mit der **Stellungnahme** als Vorlage für die Plenarsitzung fortgesetzt:

Ergänzende Stellungnahme der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu der Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“ (Dok. KOM(91) 335 endg.). Berichterstatter: Herr Arena. Brüssel, den 12. Mai 1992. CES 179/92 fin (I/E) DC/M/DC/hm

Erneut wird ein **Korrigendum** vorgelegt:

Korrigendum zur Ergänzenden Stellungnahme der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu der Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien

¹⁵ Die Zahl „2“ ist in allen drei Sprachfassungen zum Deckblatt des 1. Korrigendums mit Schreibmaschine hinzugefügt worden. Das zeigt, daß bei einem noch internen Text die Anforderungen an die äußere Form (Druck) im Zweifelsfall (Terminruck einen Tag vor der Sitzung) zugunsten von Arbeitsökonomie reduziert sind.

vor neuen Herausforderungen" (Dok. KOM(91) 335 endg.). Berichterstatter: Herr Arena. Brüssel, den 21. Mai 1992. CES 179/92 fin Korr. (I/E) M/S sk

Dieses Korrigendum ist das Ergebnis eines internen, informellen Vermittlungsgesprächs, durch das ein Konflikt auf der Fachgruppensitzung (vgl. Kapitel 5.5.4) ausgeräumt werden sollte. Es gibt nur einen **Änderungsantrag** für die Plenarsitzung:

Änderungsantrag von Herrn Kaaris, 297. Plenartagung, 26./27. Mai, Punkt: 7, Dossier IND 444 „Maritime Industrien“. CES 179/92 fin Änd 1 (E) Whi

Er möchte am Ende der Ziffer 2.7., in der es um den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der EG-Flotte geht, einen Satz angefügt sehen:

„Darüber hinaus ist die Schifffahrt dem unlauteren Wettbewerb anderer Verkehrsträger, namentlich des Schienen- und des Kraftverkehrs, ausgesetzt, die beide noch subventioniert werden.“

Diesen Antrag hat der in Brüssel wohnhafte Däne Kaaris, der auch in Sitzungen meist englisch spricht, auf englisch eingereicht. Er wird aber bei nur 2 Pro-Stimmen verworfen.

Nach der Plenartagung am 26. Mai 1992 lautet die endgültige Fassung der Stellungnahme:

Europäische Gemeinschaften, Wirtschafts- und Sozialausschuß: Ergänzende Stellungnahme der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen zu der Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen" (Dok. KOM(91) 335 endg.). Berichterstatter: Herr Arena. Brüssel, den 26. Mai 1992. CES 639/92 (I/E) M/DC el

Sie wird nach einigen Monaten am selben Tag in allen neun EG-Amtssprachen im EG-Amtsblatt veröffentlicht, z.B. in der deutschen Fassung als

Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen" (92/C 223/13). Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 223, 31.8.1992, S. 36-41

Dabei werden in einem Vorspann die institutionellen Eckdaten der Textgenese dargestellt; dieser Vorspann wird als Textbaustein nicht eigens vom Berichterstatter formuliert, vielmehr werden in ein fertiges Muster vom WSA-Sekretariat die entsprechenden Daten eingefügt:

„Der Wirtschafts- und Sozialausschuß beschloß am 17. Dezember 1991, gemäß Artikel 20 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Stellungnahme zu vorgenannter Vorlage zu erarbeiten.“

Die mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen nahm ihre Stellungnahme am 6. Mai 1992 an. Berichterstatter war Herr Arena.

Der Ausschuß verabschiedete auf seiner 297. Plenartagung (Sitzung vom 26. Mai 1992) einstimmig folgende Stellungnahme:"

Dieser Vorspann blendet somit die Arbeit in der Studiengruppe aus; auch wenn in Studiengruppen der Hauptanteil der WSA-Textarbeit geleistet wird und in ihnen wesentlich expliziter als in Fachgruppe und Plenum Interessensdivergenzen expliziert werden und ein Interessenausgleich praktiziert wird, sind sie doch lediglich interne Arbeitsorgane des Wirtschafts- und Sozialausschusses. Im Amtsblatt werden nur die Gremien aufgeführt, die durch die primäre EG-Gesetzgebung, u.a. die Römischen Verträge, etabliert worden sind: Fachgruppe und Plenum.

5.3.3 Sekundärtexte für die WSA-Stellungnahme

Den Primärtexten ordnet sich im Verlauf der Textarbeit eine Reihe von **Zusatztexten** zu, die in unterschiedlichem Maße WSA-intern sind und verschiedene Adressatengruppen ansprechen sollen. Dazu gehört der

Informationsvermerk „„Maritime Industrien“ (Ergänzende Stellungnahme)“ des WSA-Generalsekretariates, Dir. B, Dossier IND 444 Dokument CES 61/92 (1. und 2. Fassung) (PO) M/Sel, Brüssel, 28. Januar 1992

Dieser neunseitige Sekundärtext dient zur Information der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses (vor allem der betroffenen Studien- und Fachgruppe). Er zählt die relevanten Angaben zum Verfahren auf (Rechtsgrundlage, Zuständigkeit einer WSA-Fachgruppe, Frist, Mitglieder der Studiengruppe, benannte Experten usw.), faßt den „wesentlichen Inhalt des Kommissionsvorschlages“ zusammen, referiert relativ ausführlich dessen abschließende Schlußfolgerungen und schlägt tabellarisch einen „Zeitplan für die Erarbeitung der Stellungnahme des Ausschusses“ vor.

Einladungsschreiben zu den Studien- und Fachgruppensitzungen sind im Briefkopf formularartig neunsprachig, die Schreiben selbst werden einzeln in den neun EG-Amtssprachen verfaßt. Thema der ersten Studiengruppensitzung soll außer den Formalien vor allem eine „Erörterung der Mitteilung der Kommission [...]“, bei der zweiten Sitzung eine „Erörterung des Vorentwurfs einer Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission [...]“ sein. Zum ersten Mal für diese Studiengruppe findet sich auf dieser Einladung ein Vermerk „Arbeits Sprachen: D-E-F-GR-I“; er wird zu Beginn der Sitzung durch eine Erklärung des zuständigen WSA-Beamten modifiziert (vgl. Kapitel 5.4). Das Einladungsschreiben wird also nicht nur in der eingeschränkten Zahl von Arbeitssprachen für diese Sitzung bzw. Studiengruppe erstellt, sondern in allen Amtssprachen.

Während sich die Studiengruppe nur dem einen Text widmet, für den sie konstituiert worden ist, umfaßt die Tagesordnung der Fachgruppensitzung zehn Punkte, von denen fünf einer „Erarbeitung der Stellungnahme der Fachgruppe“ dienen; die Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission „Die

maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“ ist nach den **Formalien** (Annahme des Entwurfs der Tagesordnung und Genehmigung des **Protokolls** der vorangegangenen Sitzung) der erste inhaltliche Tagesordnungspunkt. Auch dieser Einladungsbrief liegt in den anderen acht EG-Amtssprachen vor.

Es gibt **schriftliche Kommentare** von Mitgliedern der Studiengruppe zum Arbeitsdokument:

Maritime (sic!) industries study group: 5 February 1992. Submission by Liam Connellan (als Telefax geschickt am 30.1.1992 um 16.45 Uhr)

F. J. Whitworth, Telefax am 8.2.92: Section for industry, commerce, crafts and services, Study Group on Maritime Industries (Rapporteur: Mr Arena)

Das sind zumeist Diskussionsbeiträge von Mitgliedern der Studiengruppe, die nicht zu der betreffenden Sitzung kommen können, aber doch eigene Interessen vorbringen wollen. So beginnt Connellan mit einer in fünf Punkte gegliederten Problemdarstellung zur Fischerei („Fishing“), in der er eine Ausweitung einer Fischereizone von 6 auf 12 Meilen fordert, zu der erst nach zwischenstaatlichen Vereinbarungen ausländische Fischer Zugang haben sollen. Auf diese Weise thematisiert Connellan partikulare irische Wirtschaftsinteressen. Connellan ist auch in späteren Sitzungen nie präsent, und dieser Punkt wird bei den späteren Textfassungen nicht berücksichtigt. Ob ein kausaler Zusammenhang zwischen Abwesenheit und Nichtberücksichtigung besteht, mag dahinstehen – zumindest haben in der Studiengruppenphase nur schriftlich eingereichte Vorschläge kaum eine Chance, da sie dann in der Sitzung auch nicht behandelt werden und der Berichterstatter sich nicht ausdrücklich zu ihnen äußern muß.

Das **Protokoll** zur Fachgruppensitzung umfaßt eine Anwesenheitsliste und die Ergebnisse der Beratungen (Abstimmungsergebnisse zu den Änderungsvorschlägen und der gesamten Stellungnahme). Zu Tagesordnungspunkt 4 („Die maritimen Industrien...“) führt es aus:

„Die Fachgruppe nahm mit 36 gegen 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Stellungnahme zu folgender Kommissionsvorlage an: [...] Die Fachgruppe nahm einige Änderungsvorschläge von Frau BREDIMA SAVOPOULOU und Herrn WHITWORTH an. Ein Änderungsvorschlag von Herrn Lyons zur Situation der Arbeitnehmer wurde entgegen dem Standpunkt des Berichterstatters angenommen, der dann gegen die Stellungnahme der Fachgruppe stimmte.“ (S. 3)

Protokolle der Fachgruppensitzungen unserer anderen Fallstudien deuten auch inhaltliche Argumente an und listen die Diskutanten auf; offenbar ist die Ausführlichkeit des Fachgruppenprotokolls nicht strikt normiert.

Die **Pressemitteilung** vor der Plenartagung erscheint in allen Sprachen, die deutsche Fassung trägt den Reihentitel „WSA aktuell“. Die Ausgabe vom Mai 1992 weist wie üblich auf die vorläufige Tagesordnung der nächsten Plenartagung, hier am 26./27.5.1992, hin, indem sie alle Kurztitel mit Spie-

gelstrichen aufzählt; hervorgehoben werden durch die Überschrift zu dieser Meldung die Tagesordnungspunkte „Fischerei und „Économie sociale“ (Gemeinwirtschaft)“ – die „Maritimen Industrien“ nicht! Das deutet darauf hin, daß diese Stellungnahme nach Einschätzung der WSA-Pressestelle zu den weniger wichtigen für die Tagung in diesem Monat zählt.

Tagesordnung und Zeitplan für die Plenartagung: Der „Entwurf der ausführlichen Tagesordnung für die 297. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses am 26. und 27. Mai 1992 im Ausschußgebäude, 2, rue Ravenstein zu Brüssel“ erscheint in zwei Auflagen: am 19. Mai und aktualisiert am Vortag der Sitzung, also am 25. Mai. Zusätzliche Informationen zum Ablauf gibt der gleichfalls am 25. Mai erscheinende „Zeitplan für die Abwicklung der Arbeiten im Rahmen der 297. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses am 26./27. Mai 1992“, der mit ungefähren Uhrzeiten die Verteilung der Tagesordnungspunkte auf die beiden Sitzungstage angibt. Aus diesen beiden Texten geht hervor, daß die Stellungnahme „Maritime Industrien“ die erste ist, die nach dem „Verfahren mit Debatte“ verabschiedet werden soll. Die Gegenstimmen in der Fachgruppe, u.a. die des Berichterstatters, und der Änderungsantrag für die Plenartagung machen ein Verfahren mit Debatte obligatorisch.

Nach der Plenartagung gibt es zwei **Pressemitteilungen**: Zum einen gibt der WSA-Pressesprecher Francis Whyte eine nur auf französisch verbreitete Gesamtübersicht heraus (297ème session plénière. IB 5/92. Bruxelles, juin 1992). Darin wird die Stellungnahme „Maritime Industrien“ an 2 Stellen erwähnt:

- in der Einleitung (unter der Kapitelüberschrift „L'économie sociale en vedette“):

„Deux avis concernent les affaires maritimes. L'un porte sur la communication de la Commission 'Nouveaux défis aux industries maritimes'. Il s'agit d'un avis complémentaire à celui que le Comité avait formulé en novembre 1990 sur la politique industrielle dans un environnement ouvert et concurrentiel. Grâce à cet avis d'initiative, le Comité a obtenu sa participation au Forum mis en place par la Commission sur cette question.“

Hier wird also ein greifbares politisches Ergebnis der Stellungnahme, die Teilnahme des WSA am Kommissions-Forum, fokussiert;

- im einzelnen unter der Kapitelüberschrift „Pour une politique spécifique de soutien aux industries de transport maritimes et de la construction navale“ (S. 14-17).

Zum anderen gibt es eine eigenständige Pressemitteilung für die Stellungnahme „Maritime Industrien“, die in allen Sprachen erscheint:

Wirtschafts- und Sozialausschuß, Pressemitteilung PK 27/92: Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen. Die gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik muß durch eine besondere Hilfe für die gemeinschaftliche Schifffahrts- und Schiffbauindustrie ergänzt werden. Brüssel, den 2. Juni 1992.

Diese zweiseitige Zusammenfassung der WSA-Stellungnahme, vor **allem** der Forderungen, zitiert die mündliche Präsentation des Berichterstatters in der Plenartagung:

„Sieben Richtlinien zur Unterstützung des Schiffbaus wurden bereits angenommen“, erklärte der Berichterstatter, Herr Romolo Arena (Präsident der FINSIDER Internazionale, Italien), bei der Vorlage der Stellungnahme im Plenum. „Mit der siebten ist die Kommission bis an die Grenzen des Machbaren gegangen. Unsere maritimen Industrien sind der weltweiten Konkurrenz schutzlos ausgeliefert.“ (S. 1)

Diese Zitiertechnik paßt zur Maxime des WSA-Pressesprechers, mit der er seine Presseerklärungen journalistisch-lebendig gestalten möchte:

„If something is said during the debate in a more journalistic way, say if the rapporteur introducing the debate will use a formula which he didn't use in his draft, you know, written by hand, or writing, then we'll put it in the Release and give it a bit of life.“

Der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Texten und Textsorten wird graphisch deutlich.¹⁶

5.4 Zusammensetzung, Sprachenverteilung und Arbeitsweise der Studiengruppe

Die Arbeitssprachen in der Studiengruppe werden in der Regel auf dem Einladungsschreiben angekündigt; bei der 1. Sitzung am 12.2.1992 unterbleibt

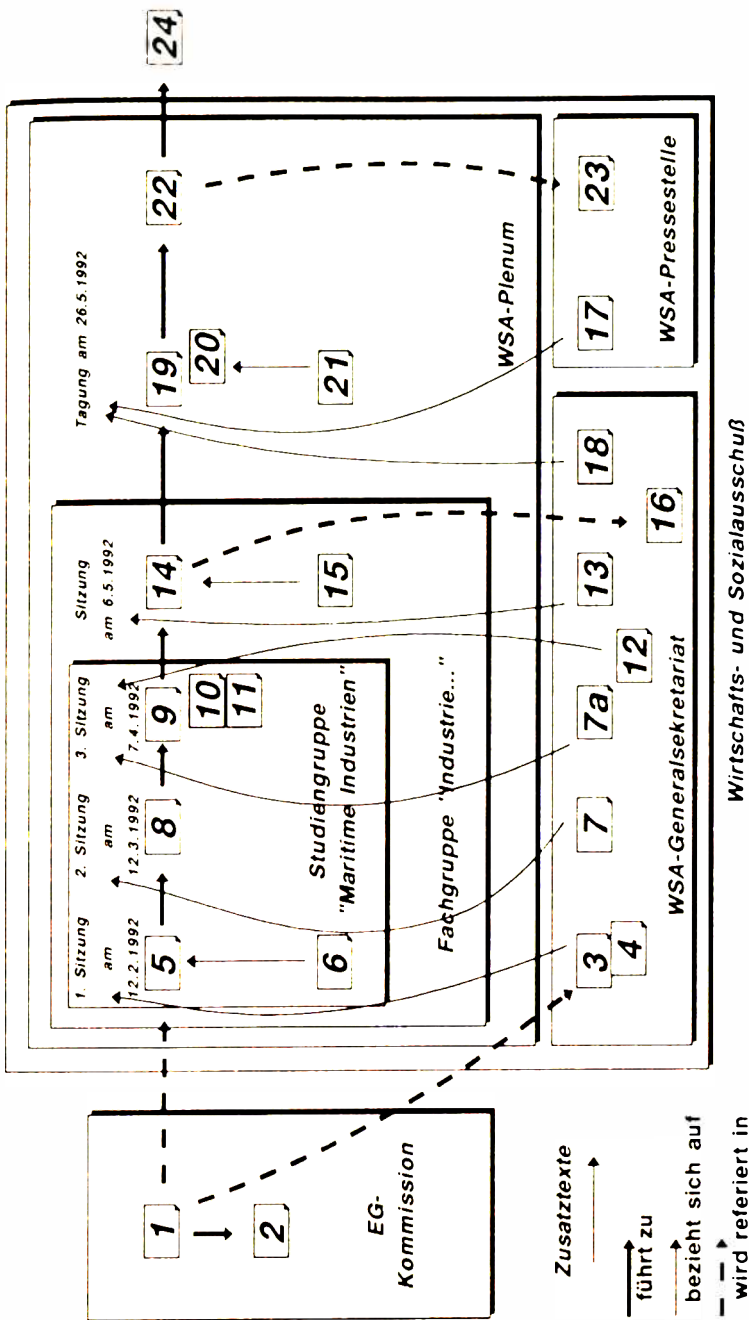
¹⁶ vgl. beiliegende Graphik. Legende zur Numerierung der Texte (chronologisch geordnet):

- 1 Mitteilung der Kommission „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen“ (20.9.1991)
- 2 Teilnehmerliste des Maritimen Forums, 28.1.1992
- 3 Informationsvermerk des WSA-Generalsekretariats, 28.1.1992
- 4 Einladung zur 1. Studiengruppensitzung, 29.1.1992
- 5 Arbeitsdokument, 5.2.1992
- 6 Schriftliche Diskussionsbeiträge von Studiengruppenmitgliedern, 30.1./8.2.1992
- 7 Einladung zur 2. Studiengruppensitzung, 17.2.1992
- 7a Einladung zur 3. Studiengruppensitzung
- 8 Vorentwurf einer Stellungnahme, 3.3.1992
- 9 Revidierter Vorentwurf einer Stellungnahme, 24.3.1992
- 10 1. Korrigendum zu 9, 6.4.1992
- 11 2. Korrigendum zu 9, 6.4.1992
- 12 Aufnahmevermerk zur 3. Studiengruppensitzung, 7.4.1992
- 13 Einladung zur Fachgruppensitzung, 10.4.1992
- 14 Entwurf der Stellungnahme, 24.4.1992
- 15 Änderungsvorschläge aus der Fachgruppe
- 16 Protokoll der Fachgruppensitzung, 6.5.1992
- 17 Pressemitteilung „WSA-Aktuell“ über das Plenum vom 26.5.1992
- 18 Tagesordnung und Zeitplan für die Plenartagung, 19. und aktualisiert am 25.5.1992
- 19 Entwurf der Stellungnahme, 12.5.1992
- 20 Korrigendum zu 19, 21.5.1992
- 21 Änderungsantrag für die Plenarsitzung, 26.5.1992
- 22 Endgültige Fassung der Stellungnahme, 26.5.1992
- 23 Pressemitteilungen zur „297ème session plénière“ Nr. PK 27/92
- 24 Veröffentlichung der Stellungnahme im EG-Amtsblatt Nr. C 223, 31.8.1992

Textgenese der Stellungnahme "Maritime Industrien"

Bezugstexte

Haupttexte



Wirtschafts- und Sozialausschuß

das jedoch. Bei der Einladung für die 2. Sitzung am 12.3.92 wird eine symmetrische Verdolmetschung (D-E-F-GR-I) angekündigt, von der dann in der Praxis abgewichen wird (Hören: D-E-I-GR; Sprechen: D-E-I-GR-DÄ-SP-IR).

Zum Berichterstatter ist zuvor vom Präsidium der Fachgruppe, d.h. außerhalb der Verfügungsgewalt dieser Studiengruppe, das italienische WSA-Mitglied Arena aus der Arbeitgebergruppe bestellt worden. Ihm steht ein Landsmann, der Präsident eines Werftenverbandes Silvestrini, als Sachverständiger zur Seite. Zur Studiengruppe gehören WSA-Mitglieder aus sieben Staaten: drei Briten, ein Däne, neben dem Vorsitzenden ein weiterer Deutscher, zwei Griechen, ein Ire, neben dem Berichterstatter ein weiterer Italiener, zwei Niederländer und zwei Spanier. Die Experten der drei Gruppen kommen aus Großbritannien, Italien und Frankreich. In Sitzungen von Studiengruppen sollen nicht mehr als vier, bei abweichender Sprache des Berichterstatters allenfalls fünf Sprachen verwendet werden. Man versucht zwar in der Regel, dieses Kriterium bei der Zusammenstellung der Gruppe zu berücksichtigen – im Fall der „Maritimen Industrien“ war das offenbar nicht möglich, weil gerade hier starke maritime Interessen aus EG-Ländern mit kleineren Sprachgemeinschaften, z.T. gerade aus peripheren Ländern, involviert waren (z.B. Griechenland). Dagegen wurde auf Niederländisch aktiv und passiv verzichtet – trotz der starken Bedeutung, die maritime Industrien für dieses Land haben, weil offenbar die niederländischen Studiengruppenmitglieder bereit waren, auf eine Fremdsprache auszuweichen.

WSA-Sitzungen haben drei Phasen:

- (1) Eröffnung (Präliminarien zur Geschäftsordnung);
- (2) Textbehandlung (meist in der Abfolge: Berichterstatter stellt seinen Entwurf vor – Kommissionsmitglied nimmt Stellung, Diskussion dazu – allgemeine Aussprache zum Textentwurf – seitenweise Prüfung des Dokuments);
- (3) Schluß (z. B. weitere Terminplanung).

Die Phase 2 umfaßt bei Studiengruppen nur einen Text, in Fachgruppensitzungen sind es mehrere Texte, bei Plenartagungen eine Vielzahl; so werden auf der 297. Plenartagung vom 26./27. Mai 1992 neben der Stellungnahme „Maritime Industrien“ 23 Stellungnahmen verhandelt, davon allein elf mit Debatte. So kann in Studiengruppen wesentlich ausführlicher diskutiert werden.

Institutionelle Sprachenprobleme (z.B. fehlende Verdolmetschung in eine eigentlich vorgesehene Arbeitssprache oder nicht vorliegende Sprachfassungen von Texten) werden charakteristischerweise bei der Sitzungseröffnung explizit thematisiert. So wird auch hier die aktuelle Arbeitssprachenregelung mehrmals durch entsprechende Ansagen des Studiengruppenvorsitzenden angesprochen.

Derartige Probleme werden in der Studiengruppensitzung vom 12.3.1992 ausführlich behandelt:

„[...] dann darf ich ganz offiziell jetzt zum Tagesordnungspunkt zwei kommen/ Erörterung des Vorentwurfs und darf Herrn Arena *** bitten *** eine Einführung zu geben/ & bevor er aber dazu das Wort nimmt/ möchte ich noch etwas nachholen/ *3* man kann=eh *** sprechen/ *** Deutsch Englisch Italienisch und Griechisch/ ** Französisch Dänisch und Spanisch/ aber hören ** nur die Sprachen Deutsch Englisch Italienisch und Griechisch\ Das ist also die- ** das ist die: ** Kleiderordnung die man uns * vorgegeben hat- ich bitte also um Nachsicht daß es nicht möglich war für alle Bereiche hier ** volle Übersetzung zu gewährleisten\ *** Haben Sie nichts verstanden- [Nebengespräch mit dem zuständigen Beamten des WSA-Generalsekretariats] >keine französische Übersetzung <also Französisch kann man doch hören\ >das ist ja <würden Sie das bitte mal jetzt sagen- wie das genau ist“

Der Studiengruppenvorsitzende spricht hier metaphorisch („Kleiderordnung“), aber nicht scherzhaft an, daß die Sprachenregelung außerhalb seiner Verfügungsgewalt oder der der Arbeitsgruppe liegt; mit der Darstellung der Details der asymmetrischen Verdolmetschung ist er nicht ausdrücklich vertraut; daher läßt er den zuständigen portugiesischen Beamten des WSA-Generalsekretariats auf französisch den Sachverhalt darstellen. Der Studiengruppenvorsitzende ist mit dem Verzicht auf Französisch als Arbeitssprache nicht zufrieden, denn er sieht den französischen Experten der Gruppe II benachteiligt:

„Aber wir haben ja- wir haben ja auch einen Experten- einen einen Experten der Franzose ist\ ist das nicht berücksichtigt worden\ ** der Experte der Gruppe zwei/ ist Franzose\ ja- dann ist er nur eingeschränkt- also Französisch können Sie sprechen\ ** ja\ aber nicht- ** nicht hören- *2* ja\ *4* <ja- also ich kann's im Moment nicht ändern/ aber da muß doch ein kleiner Lapsus passiert sein & also wir haben doch einen Franzosen der sich- der=eh ** nur reden kann/ aber dann im Grunde genommen nicht hören\ *** gut ich kann's nicht ändern aber ich möchte doch darum bitten daß wir das nächste Mal dann- versuchen diese Dinge *** in in Ordnung zu bringen\ *** ja- auf dem auf dem Dokument auf dem Dokument bei den Arbeitssprachen/ da darf ich noch sagen/ ist Französisch angegeben\ *35* und nachdem die Experten der Gruppen ja auch ** wichtige Mitglieder der Studiengruppen sind- wenn ja ihr Sach- äh verstand mit eingehen soll in die Beratungen ** sollten wir sie natürlich hier von einer exakten Mitwirkung ** an den Gruppen auch nicht ausschließen\ Vielleicht gibt es noch eine Möglichkeit jetzt hier- *** hier-äh *2,5* Ersatz herbeizuschaffen/ *7* >ja“

Der WSA-Beamte akzeptiert diese Aufgabenzuweisung und verspricht, man werde sich darum kümmern, aber sofortige Abhilfe sei nicht möglich – das kommentiert der Studiengruppenvorsitzende nochmals:

„Ja\ ich kann das also nur so mit Bedauern zur Kenntnis nehmen/ aber ich kann's im Moment nicht ändern/ & vielleicht gibt's noch eine Chance“

Nach dem einführenden Referat des Berichtstatters nimmt der Vorsitzende nochmals das Thema auf – seine negative Ergebnisfeststellung zuvor ist vom Generalsekretariat als indirekte Kritik rezipiert worden, und organisatorische Aktivitäten hinter den Kulissen haben zu einer Lösung des Problems geführt:

„Bevor wir nun in eine ** allgemeine Diskussion hierüber eintreten/ darf ich noch mitteilen daß wir in etwa dreißig Minuten ** auch eine französische Vollübersetzung haben/ so daß dann ** hier eh kein Defizit mehr vorhanden ist. Herzlichen Dank dem Sekretariat daß es das so schnell ermöglichen konnte“

5.5 Interaktiv-mehrsprachige Textarbeit

Im Zuge der Textarbeit, zunächst in den Studiengruppen, dann in der Fachgruppe, abschließend im Plenum, stehen unterschiedliche Aspekte des Textes im Fokus. Zunächst geht es um die Rahmenbedingungen: In welcher Weise bearbeitet der WSA-Text Vorlagen der EG-Kommission, hat die EG-Kommission in diesem Fall den WSA fair behandelt? Gerade im Fall der „Maritimen Industrien“ betonen die WSA-Mitglieder ausgiebig das Gegenteil: Die Kommission hat eine Mitteilung nur an den EG-Ministerrat und an das Europäische Parlament geschickt, sie hat den WSA zudem nicht in das „Maritime Forum“ eingeladen. Fragen in dieser Phase sind: Was soll die WSA-Stellungnahme bezwecken, wer sind ihre Adressaten, soll die Stellungnahme eher pragmatisch-sachorientiert oder politisch akzentuiert sein?

Die zweite Phase der Textarbeit betrifft globale Aspekte des Textes, z.B. wesentliche Gliederungspunkte.

Schließlich wird an einzelnen Formulierungen gearbeitet – informell in der Studiengruppe, formell (mit Änderungsvorschlägen bzw. -anträgen) in der Fachgruppe und im Plenum.

Verstöße gegen dieses Ablaufmodell werden nicht nur in diesem Fall, insbesondere vom Berichterstatter, als indirektes Mittel interpretiert, Kritik zu äußern.

Das Handlungs- und Textwissen, das aktive Teilnehmer ausdrücklich artikulieren, läßt erkennen, wie sie die konstitutiven Merkmale der Textsorte „WSA-Stellungnahme“ definieren und welche Prinzipien der Formulierungsarbeit sie als gültig annehmen. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang Episoden, wo unterschiedliche Auffassungen dazu als Meinungsverschiedenheiten thematisiert werden. Dazu gehören folgende Fragen:

- Wo und wie werden globale Textkonzepte und Aufgabenkataloge des Berichterstatters (Selbst- und Fremdzuschreibungen) metakommunikativ thematisiert?
- Wo finden explizit oder implizit Aushandlungen darüber statt, welche Strukturen der Text und welche Aufgaben die Beteiligten haben sollen? Wo werden entsprechend die Aufgaben und Kompetenzen der Studiengruppe zusammenfassend beschrieben? Ist das rituell oder Teil eines komplexen Aushandlungsprozesses, schon bei der Festlegung der Arbeitsweise bei der Texterstellung divergente Interessen anzumelden und „Claims“ abzustecken? Derartige divergente Interessen können beispielsweise

weise bestehen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Schiffbau- und Fischereiländern oder Nord und Süd.

- Gibt es auch Indikatoren einzelkulturell definierter Vertextungsstrategien, oder werden die systematisch zugunsten eines gemeinsam akzeptierten WSA-Stils ausgeblendet?

Hinweise zur Beantwortung dieser Fragen sind vor allem zu erwarten in den zusammenhängenden Referaten des italienischen Berichterstatters Arena.

5.5.1 Bezug zur vorgeordneten WSA-Stellungnahme „Industriepolitik“

Arena führt in der Fachgruppensitzung am 6.5.1992 in seinen Entwurf der Stellungnahme ein, indem er den Bezugstext der Kommission, die Nichtbefassung des WSA (weswegen zunächst von seiten der WSA-Fachgruppe an eine Initiativstellungnahme gedacht wurde) und die Einbettung dieser WSA-Stellungnahme in vorangegangene Aktivitäten benennt. Nach der deutschen Verdolmetschung sagt er:

„Ich möchte daran erinnern, daß es dabei um die Mitteilung der Kommission an den Rat, an das Parlament und den WSA geht, eine Mitteilung über ‚die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen‘; und ich möchte sagen, daß dies dem Ausschuß schon zugeschickt worden ist, aber an und für sich wurde der Ausschuß nicht um eine Stellungnahme gebeten; aber das Präsidium des Ausschusses beschloß, eine Initiativstellungnahme zu machen, in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Unterlage und vor allem auch deswegen, weil wir schon eine Stellungnahme zur Industriepolitik abgegeben hatten, wobei für den maritimen Sektor eigentlich nur ein kleiner Teil war. Ich muß dazu sagen, daß wir in dieser Fachgruppe seinerzeit schon eine sehr, sehr wichtige und gute Stellungnahme behandelt hatten, die unser Kollege Petersen ausgearbeitet hatte, die Stellungnahme über die Industriepolitik; und bereits in der Stellungnahme des Kollegen Petersen war eine Erwähnung der Probleme für die maritimen Industrien.“

Diese Darstellung spiegelt einen Lernprozeß beim Berichterstatter; in den Studiengruppensitzungen hat der Deutsche Petersen mehrfach insistiert, in der Stellungnahme müsse der Zusammenhang zu der von ihm verfaßten Initiativstellungnahme „Industriepolitik“ betont werden.

Als sich der Berichterstatter auf der Sitzung am 12.3. zu Beginn seines Referats zum Vorentwurf über die ihm zugewiesene Aufgabe einer „ergänzenden Stellungnahme“ überrascht zeigt und die Frage aufwirft, ob es in der 2. Zeile nicht statt dessen besser „Initiativstellungnahme“ heißen müsse, läßt der Studiengruppenvorsitzende eine Unterbrechung durch Petersen zu, der seine Korrektur in einer höflichen Perspektivenübernahme versteckt:

„<Ergänzende Stellungnahme- Ich bin auch etwas überrascht Herr Arena! Ich glaube das so zu erklären/ ** daß man die Grundstellungnahme zur Industriepolitik als ** die Ausgangsstellungnahme * sah und die anderen die sich mehr sektorspezifisch ausrichten wie die Elektronikindustrie- wie die maritimen Industrien- wie die Biotechnologie- wie die Textil- und Bekleidungsindustrie- daß man diese alle jeweils als ** ergänzende Stellungnahme zur Grundstellungnahme ** bewertet oder so sieht\ eh ich sehe darin

keinen negativen ** Touch: eh aber ich wollte das nur noch mal zur Erklärung mit beifügen ja"

Das veranlaßt den Vorsitzenden zu einer auf das aktuelle Textgeneseverfahren bezogenen Reformulierung:

„das würde also heißen- wir müssen dann hier eine kleine Änderung vornehmen/ Man müßte dann sagen daß der Wirtschafts- und Sozialausschuß zur eurol europäischen Industriepolitik eine Stellungnahme abgegeben hat und daß hierzu eine ergänzende Stellungnahme zum besonderen Bereich ** der maritimen Industrie jetzt hier erfolgt. So etwa in dieser Richtung“ das wird aber dann der Berichterstatter mit dem Sekretariat ** zusammen in die richtige Form bringen Herr Arena- Sie haben weiter das Wort"

Interessant ist hier seine Technik, den Fokus aufzulösen, bevor er dem Berichterstatter zur Fortsetzung seines Referats wieder das Wort erteilt: ein Verweis auf die WSA-Arbeitsteilung – der präzise Stellungnahmen-Status wird zur Formalie heruntergestuft, die Arbeit in der Studiengruppe soll aber von Formalien entlastet werden, denn dafür ist das Sekretariat als Hilfsorgan des Berichterstatters zuständig.

Im revidierten Vorentwurf wird ein neuer erster Absatz in die „Einleitung“ aufgenommen:

„Dieses Dokument ergänzt die frühere Stellungnahme des Ausschusses [Fußnote: ABI Nr. C 40 vom 17.2.92] zu der Mitteilung der Kommission ‚Die Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld‘ (Dok. KOM(90)556 endg. vom 16. November 1990).“

Neben dieser formalen Kohärenz ist aber schon in den „Schlußfolgerungen“ des Vorentwurfs für einen inhaltlichen Verweis gesorgt worden:

„Der Ausschuß plädiert erneut (vgl. Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission ‚Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld‘ [Fußnote mit Verweis auf das Amtsblatt] für eine klare Trennung zwischen der allgemeinen Ausrichtung und den wirtschaftspolitischen Instrumenten.“

Diese Formulierung bleibt bis zur Veröffentlichung im Amtsblatt gleich, wird lediglich durch einen Nachsatz ergänzt, der einen Schwerpunkt der zwischenzeitlichen Diskussion in den Sitzungen berücksichtigt:

„[...] wobei den Wettbewerbsaspekten besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist.“

5.5.2 Teilnahme des WSA am „Maritimen Forum“

In jeder Sitzung wird das Problem einer Teilnahme des WSA am „Maritimen Forum“ thematisiert, das von der Kommission in den „Schlußfolgerungen“ ihrer Mitteilung initiiert und vor der ersten Studiengruppensitzung auch schon konstituiert worden ist. In der ersten Studiengruppensitzung am 12.2.1992 wird eine Teilnehmerliste (auf französisch) der ersten Sitzung des „Maritimen Forums“ vom 28.1.1992 verteilt; danach haben u.a. Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter aus EFTA-Staaten und europäischer

Fachverbände (Werften, Reeder, Fischerei, Bohrgesellschaften, Gewerkschaften) teilgenommen – der WSA war nicht eingeladen.

Der Stil, dieses Problem zu thematisieren, verändert sich im Verlauf der WSA-Textarbeit erheblich: Zunächst handelt es sich um mündlich direkt vorgetragene Beschwerden, daß der WSA nicht eingeladen wurde, gerichtet an den anwesenden Kommissionsvertreter, und Aufforderungen, Abhilfe zu schaffen. Die Nichteinladung soll im Text der Stellungnahme erwähnt werden. Später aber, als der WSA zu den folgenden Sitzungen des „Maritimen Forums“ doch noch eingeladen wird, beglückwünscht man sich gegenseitig zu diesem politischen Erfolg.

In der ersten Studiengruppensitzung am 12.2.1992 hat vor einer Behandlung des Arbeitsdokumentes des Berichterstatters der Kommissionsvertreter Carvalho Gelegenheit, die Position der Kommission darzustellen; er beschließt seinen Vortrag mit der Zusage, Meinungen des WSA würden positiv aufgenommen werden. Der Studiengruppenvorsitzende Flum räumt sich darauf zunächst selbst ein ausgebautes Rederecht ein. Nach der routinemäßigen Dankesformel „Herzlichen Dank Herr Carvalho für die Einführung in dieses Dokument“ begründet er diese Selbstwahl mit den angeblichen Rollenbeschränkungen seiner Funktion als Studiengruppenvorsitzender:

„ich darf mir einige * Bemerkungen erlauben weil ich ja nachher an der Diskussion auch nicht so teilnehmen kann ** in dieser Funktion-“.

Eine solche vorgebliche Bescheidenheit instrumentalisiert er auch rahmend gegen Ende seines Statements, indem er in der Form einer Entschuldigung („ich bitte um Nachsicht, wenn ich vielleicht=eh eh ** als Vorsitzender ** im Moment meinen Bogen überspannt habe“) die Kontinuität in der WSA-Arbeit behauptet und sich besondere Rechte zuschreibt, die Position des WSA zu vertreten. Im folgenden beschwert er sich über die Art, wie die Kommission den WSA in diesem Fall behandle; kontrastiv bewertet er die Zusammenarbeit bei der vorangegangenen Stellungnahme zur „Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld“ positiv („aufgefordert von Kommissar Bangemann“), definiert als „Botschaft“, d.h. als Kernaussage dieser Stellungnahme:

„[...] daß man wegen der * wirtschaftlichen politischen ökonomischen Sicht/ *** diese europäische Industriepolitik nur erfolgreich verwirklichen können/ ** wenn auch die Arbeitnehmer und ihre Organisationen mit einbezogen werden“

Flum benutzt hier mithin den Verweis auf eine vorgängige WSA-Stellungnahme, um Interessen der gewerkschaftlichen Gruppe II, der er angehört, zu artikulieren. An einer späteren Stelle seines längeren Kommentars kritisiert Flum die Zusammensetzung des „Maritimen Forums“, die die „soziale Dimension“ nicht berücksichtige. Insgesamt steht Flums Statement in der Linie eines argumentativen Topos, die institutionelle Rolle des WSA zu thematisie-

ren und die von ihm erwartete Synthese von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpositionen hochzustufen.

Man hat nun den Eindruck, daß sich Flum und Petersen gegenseitig die „Bälle zuwerfen“: Petersen gibt vor, Flums Kritik an der Kommission zu moderat zu finden. In seinem mehrteiligen Statement stuft er zunächst die Frage der Beteiligung des WSA am „Maritimen Forum“ in der Relevanz zurück („ich will jetzt gar nicht mehr eh darüber diskutieren [...]“) und klagt in ironischer Brechung („so distiguiert sollte man uns eigentlich einschätzen“) zumindest einen Beobachterstatus für den WSA ein. Interessanterweise wird diese Kritik an der Kommission erst nach der Einführung des Berichterstatters in sein Arbeitsdokument expandiert und expliziert.

In der zweiten Studiengruppensitzung am 12.3.1992 eröffnet Petersen, nachdem der Berichtersteller seinen Vorentwurf präsentiert hat, die allgemeine Diskussion mit generellem Dank an ihn und Lob für den Text, insbesondere für die Schlußfolgerungen. Im Widerspruchsteil seiner längeren Äußerung verbindet er das Thema „Nichteinladung des WSA“ strategisch geschickt mit einem in dieser Phase der Textarbeit anstehenden Problem, nämlich der Zielsetzung der Stellungnahme:

„Eine Frage- die hätte ich allerdings an den Berichtersteller und das ist die Frage ->die wir im Grunde genommen in der ersten Sitzung auch schon angesprochen haben- <Welche Zielrichtung verfolgen wir mit diesem ** Papier? Es gibt=eh seit dem 28. Januar/ diese vier Arbeitsgruppen im im Rahmen des Diskussionsforums. Eh sie werden sich konkrete ** befassen ** a mit der ökonomischen Analyse b mit Forschung und Entwicklung Sicherheit und Umweltschutz und der Meeres**boden**technik wenn nicht das- oder mit dem maritimen Verkehr eh ** wenn wir ** einleitend beklagen daß wir im Grunde genommen nicht gehört werden- ** dann ** hätte ich mir vorgestellt sollten wir in diesem Papier ** noch konkreter als es bisher geschehen ist unsere Vorstellungen zu den einzelnen Abschnitten ** artikulieren die ** jetzt in den Arbeitsgruppen behandelt werden. Ganz konkret- was erwarten wir im Rahmen der Forschung und Entwicklung. Was erwarten wir im maritimen Verkehr? Was erwarten wir bei Sicherheit und Umweltschutz. Ich frage nur zunächst mal- ob wir so weit gehen wollen- Ich könnt es mir eben vorstellen um damit klar ** zu sagen ** „ihr habt einen Fehler begangen liebe Kommission indem ihr uns nicht eingeladen habt- >in diesem Diskussionsforum an diesem Diskussionsforum in den Arbeitsgruppen ** mitzuwirken“ eh: ** ja oder wollen wir eine generelle Stellungnahme in der wir also auch die Probleme ** der maritimen Industrien nochmals sehr deutlich schildern- sehr drastisch schildern und im Grunde genommen primär das Ziel haben den Problemaufriß den die Kommission ja schon ** in Umrissen gemacht hat in ihrem Papier nochmals ** konkreter eh und weiter vielleicht mit neuen Aspekten versehen- vorzutragen. Das sind zwei Zielrichtungen man kann sie natürlich auch beide verbinden ** nur ich hätte eh ** mir gewünscht daß man ** in den Einzelaspekten ** sehr konkret dann Vorschläge findet zu del in del also für die einzelnen Arbeitsgruppen- ** eh konkrete Vorschläge oder noch konkretere Vorschläge findet <-als sie bisher in diesem Papier enthalten sind“

Petersen stellt hier zwei Modelle einer textuellen Makrostruktur als Alternativen einander gegenüber:

- Orientierung an den Aufgaben, die den **einzelnen Arbeitsgruppen** des „Maritimen Forums“ zugewiesen sind vs.
- genereller Problemaufriß als Konkretisierung und **Aspektualisierung** der Kommissionsmitteilung.

Petersen sagt zwar nicht explizit, welches das von ihm **präferierte Textmodell** ist; die erste Alternative wird aber **unterschwellig** als **argumentativ vorteilhaft**ter angedeutet – zum einen, weil so die Kapitel des WSA-Textes als **Beitrag** zu den Themen des „Maritimen Forums“ handlungsorientiert festgelegt sind und nicht schlicht die Kommissionsmitteilung reduplizieren; zum anderen, weil so der WSA in besonderer Weise seine Kompetenz beweisen kann (und damit die Kommission beschämen kann, die ihn verkannt habe).

In dieser Studiengruppensitzung sind Petersens Überlegungen folglich stärker als in der ersten ausgewiesen als Reflexion zum Text der Stellungnahme.

Auch in der 3. Studiengruppensitzung wird das „Maritime Forum“ thematisiert – diesmal aber in einer metakommunikativen Perspektive. An dieser Sitzung nimmt die Fachgruppenvorsitzende Robinson teil. Als sie sich zu Beginn der seitenweisen Prüfung in dem Moment zu Wort meldet, als der Studiengruppenvorsitzende von der als unproblematisch erachteten „Einleitung“ (Kapitel 1.) zu den „Allgemeinen Bemerkungen“ (Kapitel 2.) übergehen will, verwirrt ihn das; auf seine Rückfrage, ob sie zur Einleitung eine Bemerkung machen wolle, liefert sie zwei Identifizierungshinweise – zunächst auf englisch:

„Yes • on one one one-“

Der Hinweis kommt nicht an, auch weil sie nicht ihr Mikrofon eingeschaltet hat; so beginnt sie ihren Redebeitrag mit einer deutschen Lokalisierung – auf dieser Ebene elementarer Verständigungssicherung werden kurzzeitig im WSA fremdsprachige Identifizierungshilfen präferiert:

„eins-eins-eins- ** er because em as somebody who isn't an expert in the sh- er maritime industries- I didn't understand what the Forum • was- and so I would just like to- it comes back to it- it'd be nice to have it explained.“

Diese Anregung wird aus einer demonstrativen Nicht-Experten-Perspektive **vorgetragen**: Die WSA-Stellungnahme soll sich nicht nur an Insider wenden; Robinson tritt hier auf als Anwältin zukünftiger Leser der Stellungnahme **außerhalb** des WSA und macht deren fehlende Wissensvoraussetzungen zum Problem. Das wird vom Studiengruppenvorsitzenden explizit begrüßt:

„Ja- *** Sie haben Recht ich hab' mir das auch angekreuzt das Forum/ ** äh wenn man nicht weiß wie die Dinge gehen/ sollt' sollte hier bei eins eins eins noch eine kurze **Erklärung dazu**- was dieses Forum eigentlich bedeutet damit auch derjenige- ** der nicht an der Sitzung ** der Studiengruppe teilnimmt weiß um was es hier geht/ also bei eins eins eins/ wo wir sagen es soll ein Beitrag zu den Arbeiten des Forums sein/ sollten wir noch etwas ** das Forum präzisieren/ damit man weiß/ ** was unter diesem Forum zu

verstehen ist, das ist ja das Gremium wo man uns eigentlich ** ausgeschlossen hatte wo wir jetzt aber dann doch die Chance bekommen auch noch unsere Vorstellungen einzubringen "

Wie drücken sich diese Interventionen nun in den einzelnen Entwürfen der Stellungnahme aus?

Der „Vorentwurf einer Stellungnahme“ vom 3.3.1992 enthält als „Einleitung“ zwei Absätze, davon als ersten:

„Leider muß festgestellt werden, daß die Kommission es nicht für nötig erachtet hat, den Ausschuß bereits zu Beginn der diesbezüglichen Überlegungen ausdrücklich um seine Vorschläge zu einer Thematik zu bitten, die so brisante wirtschaftliche und soziale Aspekte beinhaltet wie „Die maritimen Industrien vor neuen Herausforderungen.“

In der Studiengruppenarbeit wird nicht mit formellen Anträgen gearbeitet; statt dessen werden Änderungswünsche als Vorschläge an den Berichterstatter ausgegeben (vgl. Kapitel 3.3.1). Zu dieser Stelle gibt es aufeinanderfolgend zwei solcher Vorschläge, der erste vom deutschen Mitglied Petersen:

„Herr Arena- eh Herr * Berichterstatter wie wäre es denn wenn wir hier in- ** eh wir wollen ja den Text des Vorspannes auch ändern ** im Hinblick auf die Erläuterung der ergänzenden Stellungnahme- und wenn wir in diesen Satz gleich mit hineinfügen- <-und deshalb verzichtet der eh Ausschuß auch darauf/ die in diesen Grunddokumenten enthaltenen ** Anregungen ->für horizontale Maßnahmen hier nochmal * im einzelnen zu wiederholen* man kann's ja nachlesen/ der zweite Punkt ** und damit bin ich schon bei Seitel bei der Einleitung/ *** im Punkt eins eins- ** da steht „diese Stellungnahme soll ein Beitrag zu den Arbeiten des Forums- und so weiter die sich noch bis Ende Oktober oder bis Oktober hinziehen wird“ könnten wir hier * nicht auch einen ergänzenden Satz anbringen- daß der Ausschuß sich zu diesen verschiedenen * Gebieten- ** um die es sich hier handelt in dem Rahmen der maritimen Industrien eh verschiedentlich geäußert hat und ** eh- diese *** em Dokumente nochmals zitieren- damit man sofort weiß wo wol ** wo läuft das hin/ und auch hier sagen „und zu diesen konkreten ** Vorschlägen verweisen wir ->zu unseren konkreten Vorschlägen in diesem Zusammenhang verweisen wir auf diese Dokumente“ das wäre einfach zur Klarstellung vielleicht ne ** Anregung/ >vielen Dank“

Der Studiengruppenvorsitzende akzentuiert seinen Vorschlag zum selben Thema etwas anders und versucht, den Erfolg seiner Intervention dadurch abzusichern, daß er dem Berichterstatter eine Ratifizierung seines Vorschlags vorab unterstellt:

„darf ich mir auch noch eine Anregung an den Berichterstatter erlauben- ** also ich würde bei eins eins- *** mit einer positiven ** mit einem positiven Satz beginnen- ich darf's mal so: ** lose formulieren ich würde sagen/ *** „der Wirtschafts- und Sozialausschuß hat sich in den zurückliegenden Jahren/ ** schon mehrfach und sehr präzise ** mit Fragen der maritimen Industrie beschäftigt/ ** die jeweilige Zusammenarbeit/ mit der Kommission/ ** war * konstruktiv ** und hatte für beide Seite positive Ergebnisse“ und denn würde ich sagen *** „es ist deshalb mehr als verwunderlich/ daß bei diesem Papier ** der Wirtschafts- und Sozialausschuß * im Grunde genommen gar nicht gehört werden sollte“ also ich würde zuerst sagen ** was wir seither für Beiträge ** eingebracht haben/ ** als Wirtschafts- und Sozialausschuß **

und würde daraus dann folgern daß es eigentlich kein Verständnis dafür gibt ** daß die Kommission unsere Erfahrungen auf diesen Gebieten ** eigentlich nicht von sich aus abfragt ich sehe der Herr Berichterstatter ist bereit *** der Spur nach diesen Gedankengängen zu folgen“

Schließlich übernimmt der Berichterstatter beide Vorschläge aber nur partiell. Im „Revidierten Vorentwurf einer Stellungnahme“ vom 30.3.1992 wird in der Einleitung vor dem bereits zitierten Satz eingefügt:

„Dieses Dokument ergänzt die frühere Stellungnahme des Ausschusses [Fußnote mit Fundstelle im EG-Amtsblatt] zu der Mitteilung der Kommission „Die Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld“ (Dok KOM /90) 556 endg. vom 16. November 1990).

1.1. Der Ausschuß hat sich in den letzten Jahren schon mehrfach mit maritimen Problemen auseinandergesetzt [Fußnote mit den Titeln und Amtsblatt-Fundstellen von 5 WSA-Stellungnahmen aus den Jahren 1989 bis 1991].“

Der folgende Satz mit der Kritik an der Verfahrensweise der Kommission (Nichtbefassung des WSA) wird lediglich durch zwei Adverbien („nun“ und „diesmal“) an den Kontext adaptiert, aber nicht in der vom Studiengruppenvorsitzenden angeregten Weise in der Formulierung verschärft.

5.5.3 Rollenverteilung und Ansprüche an die Textgliederung

Wie sieht der Studiengruppenvorsitzende Flum seine Rolle zwischen formaler Gesprächsleitung und inhaltlichen Beiträgen?

In der ersten Studiengruppensitzung am 12.2.1992 sagt er:

„es steht mir ja nicht zu * dem Berichterstatter *** Vorschläge zu unterbreiten aber ich möchte einige Gedanken noch anfügen/ ** in der Erwartung daß er- eh: sie * sich einfach noch einmal * überlegt“

Flum sichert seinen Übergriff, tatsächlich eine detaillierte Gliederung der Stellungnahme vorzugeben, ab durch eine erneute Bescheidenheitsformel, in der eben diese Handlungsweise als illegitim bezeichnet wird. Indem er sagt, was er in seiner Rolle nicht tun darf, sichert er ab, eben dieses tun zu dürfen.¹⁷ Der deutsche Studiengruppenvorsitzende praktiziert hier mithin ein weitgefaßtes Verständnis seiner eigenen Rolle, auch wenn er diesen Anspruch als problematisch behandelt.

In dieser Sitzung bewerten Arena und Flum implizit unterschiedlich, ob eine pragmatisch-lösungsorientierte oder aber eine politische Stellungnahme pro-

¹⁷ Diese paradoxe Technik ist seit der antiken Rhetorik bekannt als „praeteritio“: eine ironische „Kundgabe der Absicht, gewisse Dinge auszulassen“, die eine Nennung dieser Dinge einschließt, allerdings nicht ihre Detaillierung. Bei Aufzählungen wird von „percursorio“ gesprochen, die Ausschmückung der Glieder verstärkt die ironische Wirkung. Die „praeteritio“ folgt aus einer adressatenorientierten Kalkulation, die direkte Nennung werde der eigenen Sache schaden (nach Lausberg 1990, 436f.).

duziert werden soll. Arena resümiert sein Arbeitsdokument, die **Stellungnahme** solle problemlösungsorientiert und kein politischer Beitrag sein. Dagegen eröffnet der Studiengruppenvorsitzende gleich darauf die **Debatte**, indem er u.a. sagt:

„Ich glaube in einem sind wir uns einig *3* die Stellungnahme des WSA darf **kein** *1,5* technologisches Papier werden* ** das die Botschaft verhüllt * ** sondern es **muß** ein politisches Papier sein* ** das die Sorgen und Nöte- aber auch die Erfahrungen dieses Ausschusses *** zum Ausdruck bringt.“

Nachdem er sich in der beschriebenen Weise absichert, daß er als **Vorsitzender** einen inhaltlichen Beitrag leisten darf, listet er einen ganzen Katalog von Vorschlägen zur Gliederung der Stellungnahme auf:

„Wir sollten dieses Papier beginnen mit einer kurzen: ** Bestandsbeschreibung der Situation- damit deutlich wird- ** welche wirtschaftliche soziale- und handelspolitische ** Bedeutung- ** dieser maritime Bereich ** für diese Gemeinschaft insgesamt hat und wir sollten auch deutlich machen- ** daß die Aderlässe der vergangenen Jahrzehnte im Grunde genommen so weit gegangen sind daß wir heute- ** eigentlich als stärkste Wirtschaftsgemeinschaft der Erde- *2* vor der Situation stehen nicht einmal mehr eine eigene Flotte und eigene Ressourcen [re'zä:sn] in diesem Bereich zu haben & ich glaube das ist ein Punkt ** den wir etwas herausstellen sollten und wir sollten in so einer Art Vorbemerkung: ** auch noch einmal mit aufnehmen- ** was dieser Wirtschafts- und Sozialausschuß- ** bevor dieses Papier kam- auf diesem Gebiet alles schon für Gedanken entwickelt hat- & und ich glaube es ist-eh- ** es wäre sehr ** überlegenswert- und es ist wäre sehr wichtig- diese Dinge noch einmal zusammenzufassen- ** **HOLT LUFT** *** der Berichterstatter hat * am Schluß darauf hingewiesen: ** u auf die soziale Bedeutung- & ich bin sicher daß er den entsprechenden Platz findet- in diesem Zusammenhang- ** hier unterzubringen- wir sollten- ** auch *2,5* darauf hinweisen- *** welche strukturellen Auswirkungen ** der Niedergang der Werftindustrie beispielsweise hat- ** in Gegenden- wo teilweise die Werftindustrie ** der einzige Arbeitgeber ist- und dort wo Werftindustrie im Grunde genommen- ** dann reduziert oder beseitigt wurde- ** ein großer Niedergang- in ganzen Regionen mit zur Folge * war- *1,5* wir sollten auch die Kommission ermuntern etwas * verstärkt darüber nachzudenken- wie wir die friedenspolitische Initiative die wir ja zur Zeit weltweit erleben- ** und die ja auch den Einsatz- ** von Kriegsfahrzeugen auf Wasser- ** so hoffe ich reduzieren wird- ** wie man also nun ** Werften- die auf diesem Gebiet seither tätig war- ** wie man die unterstützt- um * andere Produkte- ** eh aufzulegen- und da kann ich noch aus meinem Lande sagen aus dem ich komme- ** da haben auch die Arbeitnehmer in vi in Verbindung mit den Unternehmensleitungen- schon ganz wichtige * Vorschläge gemacht wir haben teilweise besondere Arbeitskreise- ** wo man sich überlegt wie kann man diesen strukturellen Wandel- ** auch-eh ** wirtschaftlich * und sozial sinnvoll nutzen- & ich glaube das ist auch ein Bereich- der- ** ganz wichtig ist- ** wir sollten dann Herr Berichterstatter- und sehr geehrter Herr Arena- ** das was die Kommission auch im Bereich- der Ausbildung *** eh vorgetragen hat noch einmal unterstützen- die qualifizierte Ausbildung ist ein ganz wichtiger Beitrag- *** zur Sicherheit *** unserer Schifffahrt- ** und wir sollten als * europäische Gemeinschaft- auch das Angebot an Drittländer machen- daß auch hier teilweise Ausbildung für andere- wo die Ausbildung- wo der Ausbildungsstand dort noch nicht so weit ist- daß wir hier wenn man so will- ** aus Fürsorge ** auch Ausbildungen für jene übernehmen- die vielleicht nachher in dieser- ** in dieser Gemeinschaft * gar nicht beheimatet sind- die Ausbildungsfrage ist eine globale Frage * für die Sicherheit auf den Meeren- ** dann * kommt natürlich- und-eh

diesen Punkt werden Sie ->da muß ich Sie gar nicht mehr animieren/ <-dann ist natürlich der Bereich des Umweltschutzes ein * ganz bedeutender Artikel der also weit über das hinausgeht was mit mehr Sicherheit für Schiffe und für Tanker und so weiter zusammenhängt und ich glaube hiermit sollten wir auch eine Verbindung herstellen daß dieser Umweltschutz zur Erhaltung der Meere * und ihrer Umgebung ** auch eine Möglichkeit ist- zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen das ist ein ganz wichtiger Punkt/ Umweltschutz ist auch ein ganz * enorm wichtiger * wirtschaftlicher Bereich der hier eigentlich * einiges machen kann und was mich besonders bewegt das darf ich auch noch sagen ist * diese: Nutzung der Meeresressourcen da liegen ja ungeheure Schätze noch auf dem Meeresboden aber da darf ich Ihnen sagen nicht alles was da ist- *1,5* kann auch umweltverträglich und sinnvoll genutzt werden und wenn ich auf der einen Seite daran denke wie wir ** unsern Schutzmantel um die Erde- * schon zerstören- dann sollten wir das Meer/ ** als einer der wichtigsten Lebensgrundlagen ** nicht auch noch durch die Ausbeutung aller möglichen Ressourcen * beschädigen Das ist ein Punkt/ von dem ich meine daß er ** große Bedeutung ** hat [...]"

Der angestrebte politische Charakter der WSA-Stellungnahme ist mithin für Flum nicht nur Leerformel, sondern wird durch eine Liste von Vorschlägen konkretisiert. Zu diesen Vorschlägen gehören:

- Eine Bestandsaufnahme der Situation mit einer politisch akzentuierten Relevanzhochstufung des maritimen Bereichs als Handlungsraum der EG.
- Eine als „Vorbemerkung“ zu realisierende Verknüpfung der aktuellen WSA-Stellungnahme mit seinen bisherigen Aktivitäten auf dem Gebiet. Hier greift Flum ein Argumentationsmuster auf, das sich in vielen WSA-Debatten findet: Die Kontinuität seiner Arbeit wird betont durch Verweis auf vorangegangene Stellungnahmen zum gleichen oder verwandten Thema.
- Eine stärkere Berücksichtigung der „sozialen Bedeutung“, als sie der Berichtersteller schon in Aussicht gestellt hat. Interessant ist die indirekte Technik Flums, Arena dazu aufzufordern: „ich bin sicher daß er den entsprechenden Platz findet- in diesem Zusammenhang- ** hier unterzubringen“ stellt demonstrativ nicht Arenas Zuständigkeit und Sachkompetenz in Frage, den Text nach Flums Wünschen umzuformulieren, und suggeriert zugleich Unstrittigkeit.
- Eine Darlegung der strukturellen Auswirkungen des Niedergangs der Werftindustrie auf die Beschäftigungslage in monostrukturellen Gebieten – eine dezidiert gewerkschaftliche Interessenperspektive.
- Aufgreifen eines aktuellen politischen Themas: unter Verweis auf modellhafte Arbeitnehmer-Aktivitäten in seinem eigenen Lande (Arbeitskreis zur Rüstungskonversion) sollen Werften bei friedenspolitischen Initiativen unterstützt werden.

Die Divergenz zwischen Arena und Flum wird im folgenden nicht weiter mündlich aufgearbeitet. Unsere Vermutung ist, daß sie auch aufgrund der Kommunikationsbedingungen bestehen bleiben kann: Die Arbeit in WSA-Sitzungen ist im wesentlichen ein Austausch von verdolmetschten Monolo-

gen, jeweils mit ausdrücklich erteiltem Rederecht. Interventionen in Form von Zwischenfragen oder Zurückweisungen gelten als Störungen. So gibt es keinen Zwang, inhaltliche Divergenzen zu thematisieren und vor dem nächsten Verfahrensschritt auszuräumen, wenn es den Beteiligten angesichts ihrer globalen Handlungsorientierung nicht opportun erscheint.

Was geschieht nun mit den Wünschen Flums?

Die Bestandsaufnahme der Situation macht einen großen Teil der „allgemeinen Bemerkungen“ aus. Ein Verweis mit Quellenangaben zu den bisherigen Aktivitäten des WSA im Bereich maritimer Probleme findet sich erst in der „Einleitung“ der übernächsten Fassung, des revidierten Vorentwurfs für die Studiengruppensitzung am 7.4.1992. Dagegen werden soziale Aspekte schon im Vorentwurf in zwei Absätzen erwähnt, allerdings beide Male sehr global:

- zum einen in den „Allgemeinen Bemerkungen“ nach einem Lob für die Kommissions-Initiative und die Einrichtung eines Forums:

„Indessen dürfte den zahlreichen sozialen Aspekten, die im Zusammenhang mit dieser Thematik ebenfalls zur Sprache kommen werden, in dem zu erörternden Dokument nicht die ihnen gebührende Beachtung geschenkt worden sein; und diese Vernachlässigung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen [= des Forums, W.S.] wider.“

- zum anderen als letzte „Schlußfolgerung“:

„Soziale Dimension“ bedeutet aber auch sichere Arbeitsplätze und Schutz der Meeresumwelt, zwei Anliegen, die vielleicht mehr mit Kultur und fachlicher Kompetenz zu tun haben als mit Technologie. [...]“

Die Probleme der Schiffbauindustrie werden allerdings in beiden Fassungen des Vorentwurfs ausschließlich unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit dargestellt: Dazu gehören eine strukturelle Anpassung durch Senkung der Produktionskapazität, (notwendige) Subventionen, die Aushandlung einer freiwilligen Produktionskontrolle mit asiatischen Ländern und die Fraglichkeit der europäischen Spitzentechnologie als Wettbewerbsvorteil. Die Beschäftigungsprobleme im Schiffbau bleiben vorerst ausgeblendet, und der mündliche Vorschlag des Vorsitzenden, Initiativen zur Rüstungskonversion zu unterstützen, bleibt „Eintagsfliege“.

5.5.4 Die Kontroverse um den Änderungsvorschlag zum „human factor“

In der Fachgruppensitzung am 6.5.1992 werden drei formelle Änderungsvorschläge eingereicht, die jeweils mehrere Textstellen betreffen, daneben werden mündlich informelle Änderungswünsche geäußert. Diese Anträge werden im Rahmen der seitenweise Prüfung sehr unterschiedlich behandelt.

Zu Beginn der Aussprache im Rahmen der „seitenweisen Prüfung“ steckt der Berichtersteller dazu den Rahmen ab. Nach der deutschen Verdolmetschung führt er aus:

„[...] die Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben, haben einen sehr wertvollen Beitrag in der Arbeitsgruppe¹⁸ geleistet. Wir haben praktisch während der ganzen Arbeit auf der gleichen Wellenlänge gelegen.“

Er beschwört so die für die Studiengruppenarbeit unterstellte Kooperation, die er auch als Modell für die Behandlung der Änderungsvorschläge in der Fachgruppensitzung fortsetzen möchte.

Der Engländer Lyons führt in seinem Änderungsvorschlag zu vier verschiedenen Textstellen u.a. eine neu einzufügende Ziffer 2.10.5. ein:

„Die Berücksichtigung des menschlichen Faktors (und zwar ausdrücklich und nicht nur im Rahmen anderer Maßnahmen) ist mit Blick auf den sicheren und rationellen Betrieb eines Schiffes von ganz besonderer Bedeutung. Der technische Fortschritt hat zu Einsparungen bei den Mannschaftskosten geführt, die aber allzuleicht auf Kosten der Sicherheit an Bord gehen. Die potentiellen Kostenvorteile aufgrund geringeren Treibstoffverbrauchs bzw. aufgrund einer durch eine andere Methode erreichten Treibstoffeinsparung sowie die Erlangung niedrigerer Zinssätze können die Einsparungen, die durch den Einsatz billiger Arbeitskräfte aus Ländern der Dritten Welt erzielt werden können, bei weitem übertreffen. Der menschliche Faktor ist bei 80% aller Unfälle auf See beteiligt. Der Nachdruck, der jetzt bei den Hafenstaatkontrollen zu Recht auf den Sozialvorschriften liegt, sollte auf die Ausbildung, die Sprachkenntnisse, die Vertrautheit mit dem Schiff und seine Sicherheitsvorschriften und auf sonstige Maßnahmen dieser Art ausgedehnt werden. Der sichere und rationelle Betrieb eines Schiffes setzt unbedingt eine angemessene Ausbildung der Mannschaften voraus, wobei nicht zuletzt an das Erlernen zwischensprachlicher Kommunikationstechniken zu denken wäre. Die Gemeinschaft muß dafür Sorge tragen, daß die Kapitäne nicht nur die Verantwortung für die Sicherheit ihrer auf See befindlichen Schiffe tragen, sondern auch den rechtlichen Schutz genießen, der erforderlich ist, um diese lebenswichtige Aufgabe mit der nötigen Selbstsicherheit ausüben zu können. Ferner sollte die Gemeinschaft Maßnahmen ergreifen, um den Seefahrerberuf attraktiver zu machen, weil andernfalls der prognostizierte Mangel an ausgebildeten Mannschaften eintreten könnte. Es sollte von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß der sichere Betrieb eines Schiffes durch eine voll ständig ausgebildete Mannschaft auch die rationellste Art und Weise des Schiffsbetriebs ist.“

Die schriftliche Begründung fällt wesentlich kürzer als dieser Text aus:

„Offensichtlich. Ich war in den beiden letzten Sitzungen der Studiengruppe leider nicht anwesend, habe die vorgenannten Punkte aber in der ersten Sitzung zur Sprache gebracht und dabei den Eindruck gewonnen, daß mir allgemein zugestimmt wurde.“

Lyons verzichtet hier schriftlich auf eine explizite Begründung, argumentiert lediglich mit einem Verweis auf eine weit zurückliegende Phase der Textarbeit (erste Studiengruppensitzung) und konstruiert eine Kontinuität zwischen dieser Sitzung und der Fachgruppensitzung. Rückblende: Tatsächlich hat er sich in der ersten Studiengruppensitzung zweimal zu Wort gemeldet. Sein erster Redebeitrag gehörte zur Diskussion nach dem Referat des Kommissionsvertreters Carvalho. Darin hat Lyons neben Lob für das Kommissi-

¹⁸ Hier berücksichtigt die Verdolmetschung den für den WSA wesentlichen terminologischen Unterschied zwischen Arbeits- und Studiengruppe nicht.

onsdokument das Fehlen zweier Aspekte sowohl in der Kommissionsmitteilung als auch im damals vorliegenden Arbeitsdokument bemängelt: die gefährlichen Seerouten in Europa als Umweltproblem (wenn Schiffe Öl ablassen, mit den bekannten wirtschaftlichen und ökologischen Schäden, mit Touristen und Fischern als Opfern) und das Problem eines Zusammenhangs zwischen qualifizierten Schiffsbesatzungen und Sicherheitsnormen. Der zweite Redebeitrag von Lyons war der letzte vor Schluß der Sitzung; darin forderte er unter Bezug auf die „Preliminary Remarks“ im „Working Document“ eine „equal emphasis on environment and human aspects.“

Den Änderungsvorschlag lehnt der Berichterstatter ab, denn er störe die Ausgewogenheit seiner Stellungnahme. Zudem habe Lyons nur an der ersten Studiengruppensitzung teilgenommen. Als der Änderungsvorschlag gleichwohl angenommen wird, distanziert sich Arena vom veränderten Text, indem er bei der abschließenden Abstimmung gegen ihn votiert.¹⁹ In der Plenartagung wird aber diese Kontroverse nur noch in sehr abgeschwächter Form thematisiert:

Im Rahmen des üblichen Verfahrens beschränkt sich die Fachgruppenvorsitzende Ann Robinson bei ihrer „introduction“ auf eine formale Darstellung des Arbeitsergebnisses der Fachgruppe:

„Thank you chairman. I (...) introducing this er: opinion from the industry section- on the Commission communication on 'new challenges for maritime industries'. I would like to draw your attention to the fact that this was adopted by a large majority of thirty-six votes- ** in favour of the opinion- there were however six votes against the opinion and seven abstentions- a sixth the section however- em a corrigendum has been produced which you should have before you and er in the corrigendum there are a number of items which er the rapporteur Mister Are Arena has accepted in agreement with Mister Lyons and Mister Whitworth who had proposed amendments- I believe there is just one other amendment which • remains to be discussed- but you have before you an opinion which

¹⁹ Diese Kontroverse wird auch vom „Protokoll über die 177. Sitzung der Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen am 6. Mai 1992 im Ausschußgebäude zu Brüssel“ (Schreiben Nr. 2333/92 vom 26. Mai 1992) verzeichnet: „Ein Änderungsvorschlag von Herrn I.YONS wurde entgegen dem Standpunkt des Berichterstatters angenommen, der dann gegen die Stellungnahme der Fachgruppe stimmte.“

Dagegen läßt die Pressemitteilung (Nr. PK 27/92 vom 2. Juni 1992) über die in der Plenartagung verabschiedete WSA-Stellungnahme keine Spuren der vorausgegangenen Kontroverse erkennen. In ihren abschließenden drei Absätzen faßt sie kritische WSA-Positionen gegenüber der Kommissionsvorlage zusammen: „Der Ausschuß vermißt in der Mitteilung der Kommission klare Aussagen [...] Der Ausschuß plädiert für eine klare Trennung [...]“ Und schließlich: „Unzureichende Berücksichtigung findet in der Kommissionsvorlage schließlich die soziale Dimension, obwohl gerade sie - einschließlich des Aspekts sicherer Arbeitsplätze und des Schutzes der Meeresumwelt - eine der Prioritäten einer Politik zugunsten der maritimen Industrien der Gemeinschaft sein sollte.“

Mithin suggeriert diese Pressemitteilung eine konsistente WSA-Haltung. Daran ist bemerkenswert, daß der Verfasser der Pressemitteilung an dieser Stelle darauf verzichtet, die Kontroverse als Manifestation eines zugrundeliegenden Konfliktes aufzuarbeiten, wie es sonst – nach seiner Interview-Aussage – eines seiner Arbeitsprinzipien ist, aus der Stellungnahme ein journalistisch brauchbares Destillat herzustellen.

was accepted by a large majority and a corrigendum which is ** again the result of work between various people- putting input into this very important opinion\ thank you"

Sie betont mithin die große Mehrheit, mit der die Stellungnahme in der Fachgruppe angenommen wurde, verschweigt, daß unter den Gegenstimmen der Berichterstatter war, spricht eine informelle Arbeit am Text unter Beteiligung von Arena, Lyons und Whitworth an und stellt den Konsens, der dabei erzielt wurde, auf eine Stufe mit dem formellen Abstimmungsergebnis in der Fachgruppe.

Der Berichterstatter verweist in seinem Referat abschließend darauf, die Änderungsvorschläge von Whitworth und Lyons seien verschoben worden auf den Punkt 2.14. (statt, wie vorgeschlagen und von der Fachgruppe angenommen, Punkt 2.10.5.).

In der seitenweisen Prüfung wiederholt WSA-Vizepräsident Kazazis, der die Sitzung leitet, nur den Hinweis, bei 2.14. sei das Korrigendum zu beachten; niemand meldet sich dazu noch zu Wort.

Offenbar sind bei dieser zeitweiligen Kontroverse zwei Umstände nicht direkter Beobachtung zugänglich:

- a) Aus Sicht des Berichterstatters hat der Antragsteller einige implizite Regeln der WSA-Textarbeit verletzt; als die Mehrheit der Fachgruppe ihm in dieser Bewertung nicht folgen mag, reagiert er demonstrativ beleidigt und distanziert sich von seinem Text. Zu diesen Regeln gehört offenbar: Wer als Mitglied einer Studiengruppe nicht regelmäßig an deren Sitzungen teilgenommen hat, hat kein Recht, unangekündigt formelle Änderungsvorschläge in der Fachgruppe zu machen und so den Berichterstatter „vorzuführen“.
- b) Zwischen Fachgruppensitzung und Plenartagung findet eine Bereinigung durch Kompromißfindung „hinter den Kulissen“ statt, die einer teilnehmenden Beobachtung, etwa durch uns, nicht zugänglich ist und deren Thematisierung in der abschließenden Sitzung auch von niemandem für wünschenswert gehalten wird. Bei derartigen Divergenzen gibt es also offenbar eine Doppelstruktur von „offizieller“ Behandlung während der Sitzung und „inoffizieller“ Bereinigung außerhalb der Sitzungen.

Hintergrundinformationen und eine Interpretation der Situation hat uns Whitworth, englisches Mitglied der Studiengruppe, geliefert; er beschreibt in ausgebauter Form, „how we resolved the problem of Mr Lyons' amendment“, und ordnet diese Darstellung eines Einzelfalles zugleich positiv bewerteten Prinzipien der WSA-Textarbeit zu:

„[...] the history of that is that Mr Lyons tabled the amendment at the Section meeting, without having previously discussed it with Mr Arena [...] and normally... well it depends, if I'm proposing to table an amendment and I've been involved in the Study Group and have a good relationship with the Rapporteur I will usually say to the Rapporteur: 'Look, I'm putting in this amendment' [...] If I'm putting in an amendment for an Opinion which

has been drafted by one of my Group I colleagues I will probably do the same [...]. I don't know, I think I conclude that Mr Lyons had not given Mr Arena previous notice of this. Mr Arena didn't like the thing at all [...] I find it hard to think why, because I thought that Mr Lyons' amendment was what I call a 'motherhood round', you know it had, you know, the Americans say motherhood and apple pie are good and lovely things... [...] It's an idiomatic expression. It's an American expression really, motherhood in America is [...] synonymous with all the virtues [...], therefore if you say motherhood is a good thing [...] everyone will agree with you [...] and so I think that his amendment was pretty well a motherhood one [...]. He talked about training and manpower... and all the things we all say yes, yes to [...] so but Mr Arena didn't like it, and the Section voted in favour of it [...] which brought Mr Arena to the strange position of having to vote against his own amendment. I mean in the middle of all this Mr Lyons had spoken to me and I had asked him to make a small change in his amendment on a sort of technical point regarding the employment of non-European seafarers which is particularly sensitive area from the background I come from, which he agreed to do [...] then we agreed alright [...]. Well then Mr Arena having voted against his own Opinion, between then and the Plenary Session he drafted a form of words and said to Mr Lyons 'Would this form of words take care of your amendment?' [...] In other words: 'Could I at the plenary session amend your amendment to this?' [...] And Mr Lyons I think said yes, and he came to me and said the same and I said 'yes, if you change this to that' [...]. And certainly when he approached me he had Mr de Santos from the Secretariat with him who did the necessary translating [...]. So that's how we worked that out."

Dieser Bericht, wie zwischen Fachgruppensitzung und Plenartagung „hinter den Kulissen“ mit dem konfliktträchtigen Änderungsvorschlag von Lyons verfahren wurde, läßt sich als Beleg für unsere zunächst hypothetische Behauptung von Verständigungsproblemen interpretieren, die WSA-Mitglieder mit unterschiedlichen Sprachen bei informeller Kommunikation haben können: Der Änderungsvorschlag führte in der Fachgruppensitzung zum Konflikt, weil er dem Berichterstatter nicht informell und vorab avisiert worden war. Vermutlich hat der englische Antragsteller eben wegen dieses Verständigungsproblems darauf verzichtet: Eine Aussprache und gegebenenfalls Vorabverständigung zwischen ihm und dem Italiener hätte die Vermittlung und aushilfsweise Verdolmetschung des zuständigen portugiesischen Beamten aus dem WSA-Generalsekretariat erfordert; problemlos möglich war dagegen die Vorabverständigung über die genaue Formulierung des Änderungsvorschlags zwischen den beiden Engländern zu einem Punkt, zu dem Whitworth sich als Experten definierte bzw. seine Interessen betroffen sah und wo dem Antragsteller Lyons also daran gelegen sein mußte, sich der Unterstützung von Whitworth vorab zu versichern. Der Berichterstatter interpretierte nun in der Fachgruppensitzung das Verhalten des Engländers als Kommunikationsbruch, verstärkt dadurch, daß Lyons an den zwei entscheidenden Studiengruppensitzungen nicht teilgenommen habe. Die Mithilfe des WSA-Beamten war nun bei dem Interessenausgleich zwischen Fachgruppe und Plenum unverzichtbar.

Interessant ist, daß Whitworth die Verständigung „hinter den Kulissen“, bei der er mitgeholfen hat, eher als geschickte Behebung einer Kommunikationspanne ausgibt, sie nicht als Verstoß gegen die WSA-Geschäftsordnung

und damit gegen die Kontrollierbarkeit des Verfahrens, als „Mauschelei“, wertet. Die Rückfrage, erstaunlicherweise sei ja der Fachgruppen-Dissens auf der Plenartagung gar nicht mehr angesprochen worden, beantwortet er mit „it had been smoothed out in, in between [...]“. It's a good thing that we can do that.“ Bei der Abwägung zwischen zwei konkurrierenden Arbeitsprinzipien gibt er implizit einem den Vorrang. Eine strikte Beachtung der WSA-Geschäftsordnung hätte erfordert, daß der in der Fachgruppe angenommene Änderungsvorschlag unverändert im dem Plenum vorgelegten Text erschienen wäre. Höherrangig ist aber für den WSA, durch geeignete Verfahren der Kompromißfindung spätestens im Plenum geschlossen einen Stellungnahmen-text zu unterstützen, um so mit der Stellungnahme stärker auf die Adressaten einwirken zu können.

Was passiert nun zwischen Fachgruppensitzung und Plenum? Der Berichterstatter legt nicht, wie nach seinem Abstimmungsverhalten erwartet werden könnte, sein Amt nieder, er präsentiert vielmehr zunächst am 12.5.1992 einen überarbeiteten Textentwurf („Ergänzende Stellungnahme der Fachgruppe [...]“), in dem beinahe wörtlich der durch die Fachgruppe angenommene Änderungsvorschlag enthalten ist. Die einzige Diskrepanz – Lyons hat formuliert:

„[...] Die potentiellen Kostenvorteile aufgrund geringeren Treibstoffverbrauchs bzw. aufgrund einer durch eine andere Methode erreichten Treibstoffeinsparung sowie die Erlangung niedrigerer Zinssätze können die Einsparungen, die durch den Einsatz billiger Arbeitskräfte aus Ländern der dritten Welt erzielt werden können, bei weitem übertreffen [...].“

Im Text vom 12.5.1992 wird die Prognose mit starkem Geltungsanspruch „können die Einsparungen bei weitem übertreffen“ durch eine etwas gewundener und vorsichtiger Wertung ersetzt:

„[...] sind als Einsparungen zu betrachten, die mindestens so hoch sind wie die Einsparungen, die durch den Einsatz billiger Arbeitskräfte aus Ländern der Dritten Welt erzielt werden können [...].“

Dann aber wird dem Plenum am 21.5., also fünf Tage vor der Plenartagung, ein „Korrigendum“ vorgelegt:

„Ziffer 2.10.5 ist zu streichen und durch eine neue Ziffer 2.14 zu ersetzen:

„2.14. Der menschliche Faktor

Besonders notwendig ist es, die Bedeutung des menschlichen Faktors für einen sicheren und rationellen Schiffsbetrieb in den Mittelpunkt zu rücken. Da bei 80% aller Unfälle auf See der menschliche Faktor mit im Spiel ist, sollte unbedingt von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß eine sichere Steuerung der Schiffe durch hervorragend ausgebildete Mannschaften auch die rationellste Art und Weise des Schiffsbetriebs ist. In diesem Sinne sollten die sozialrechtlichen Aspekte bei der staatlichen Hafenaufsicht mehr Gewicht erhalten und die Ausbildung miteinbeziehen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Sicherheitssystemen und dem Problem der gemischtsprachigen Mannschaften liegen

sollte. Einsparungen bei den Betriebskosten sollten vor allem durch Kostenvorteile aufgrund des technischen Fortschritts und niedrigerer Zinssätze und nicht einfach durch den Einsatz billiger Arbeitskräfte aus Ländern der Dritten Welt erzielt werden. Die Gemeinschaft sollte ihrerseits die Anwerbung von Seeleuten fördern und den Kapitänen den rechtlichen Schutz gewähren, der notwendig ist, um die Sicherheit der ihnen unterstehenden Schiffe zu garantieren.“

Diese Fassung unterscheidet sich von Lyons' Änderungsvorschlag zum einen bei der Einordnung in die Textgliederung. Der menschliche Faktor war zunächst dem Unterkapitel „2.10. Der Schutz der Meeresumwelt“ zugeordnet, das implizierte, daß Einsparungen bei sozialen Maßnahmen vor allem wegen des höheren Risikos von Schiffsunfällen und dadurch ausgelösten Umweltkatastrophen verwerflich seien – nun wird daraus ein eigenständiger Punkt, der nicht unmittelbar anderen thematischen Aspekten untergeordnet wird.

Zum anderen wird die strikte und kritische Behauptung eines kausalen Zusammenhangs

„Der technische Fortschritt hat zu Einsparungen bei den Mannschaftskosten geführt, die aber allzuleicht auf Kosten der Sicherheit an Bord gehen“

durch eine positivere, weichere Schlußfolgerung ersetzt:

„[...] sollte unbedingt von dem Grundsatz ausgegangen werden, daß eine sichere Steuerung der Schiffe durch hervorragend ausgebildete Mannschaften auch die rationellste Art und Weise des Schiffsbetriebs ist“.

Der eindeutig gewerkschaftlich akzentuierten Position Lyons' steht also eine Kompromißformel gegenüber, die Investitionen in Mannschaftskosten (Ausbildung) als betriebswirtschaftlich sinnvoll und nicht als Interessengegensatz zu rationaler Schiffsführung hinstellt.

Im Verlauf der Textarbeit ist der Interessenkonflikt zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern um die Berücksichtigung sozialer Aspekte auch an anderer Stelle deutlich geworden, freilich nicht so manifest kontrovers. In der Studiengruppensitzung vom 7.4.1992 äußert ein griechisches Mitglied aus der Gruppe III, technischer Berater des Reederverbandes für Passagierschiffe, sinngemäß, in dem Stellungnahmenteil zur „Gemeinschaftsflotte“ werde die Frage der Menschen, der „menschliche Faktor“, nicht berücksichtigt. Bei der ersten Sitzung der Studiengruppe sei von allen Mitgliedern der Gruppe, aber vom Berichterstatter besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Papier der Kommission leider kaum Platz für die soziale Dimension dieser Frage habe. Entweder führe es überhaupt nichts oder sehr wenig über Besatzungen oder generell über den menschlichen Faktor aus. Das sei von allen in der Studiengruppe sehr nachdrücklich angesprochen worden. Leider stehe in diesem revidierten Papier nichts dazu. Der Grieche pointiert seine Kritik: Der WSA übertreffe sogar die Kommission – um nicht zu sagen, daß er

„päpstlicher als der Papst“ sei.²⁰ Man sage absolut nichts, darauf wolle er nur aufmerksam machen.

Diese Intervention verpufft spurlos, freilich auch, weil sie als erster Redebeitrag nach einer Kaffeepause an ungünstiger Stelle vorgebracht wird: Der Textabschnitt zur Gemeinschaftsflotte, auf den der Grieche referiert, ist vor der Pause abgehandelt worden. Nach der Pause drängelt der Studiengruppenvorsitzende unter Verweis auf Zeitnot als gemeinsames Kontextwissen:

„wir haben noch acht Seiten/ und für diese acht Seiten stehen uns noch neunzig * Minuten zur Verfügung/ Kommentare- ** bei dieser ** Feststellung erübrigen sich/“

Er ruft sodann den nächsten Abschnitt auf. Als der Grieche seinen verspäteten Redebeitrag beendet hat, wird dieser vom Vorsitzenden nur pro forma gewürdigt, aber als untauglich für eine weitere Behandlung in der Sitzung verworfen:

„ja- *** danke schon ich glaube wir können äh nicht mehr zurückgehen/ wir haben diesen Punkt vorher ** äh schon abgehandelt der Berichterstatter hat ja den Text vorgelesen/ er wird Ihren Beitrag noch einmal in der Erinnerung behalten/“

Wird der Grieche hier diskriminiert, oder hat er sich nicht verfahrenskonform verhalten, sich nicht rechtzeitig nachdrücklich zu Wort gemeldet? Es ist sein einziger Redebeitrag in der Sitzung, er spricht im Gegensatz zu seiner griechischen Kollegin in seiner Muttersprache und ist auf die Verdolmetschung angewiesen. So ist durchaus als normal erklärlich, was den anderen an seinem Verhalten als „Junge Leitung“ erscheinen muß. Ihm freilich muß als Chancengleichheit erscheinen, wie sein Einwurf behandelt wird, zumal er sich doch einigen argumentativen WSA-Konventionen angepaßt hat, wie der verklau-sulierten Kritik am Berichterstatter durch Verantwortungszuschreibung an die ganze Studiengruppe („wir“) und einer Berufung auf Kontinuität in der Textarbeit durch den Verweis auf Kritik am Kommissionsdokument in der ersten Studiengruppensitzung, die sich nicht im Stellungnahmen-Vorentwurf niedergeschlagen habe.

5.5.5 Einzelne Textformulierungen

5.5.5.1 „weighed down“

Der Vorentwurf der Stellungnahme, der der Studiengruppe am 12.3.1992 vorgelegt wird, befaßt sich im Abschnitt 2.5. mit Problemen der europäischen Reeder. Er führt in 2.5.1. aus:

„Da sie in einem naturgemäß internationalen Kontext tätig sind, beklagen die europäischen Reeder die Lasten und Regelungen, die sie vor dem Hintergrund eines Wettbe-

²⁰ Die griechische Redensart lautet, wörtlich übersetzt, „königlicher als der König“; wir danken Pantelis Nikitopoulos für diesen Hinweis.

werbs, der sich unfairer Preispraktiken und protektionistischer Maßnahmen bedient, als eine Benachteiligung empfinden [...].“

In der englischen Fassung lautet dieser Satz:

„Community shipowners operating as they do on a market which is by definition international, feel weighed down by constraints and regulations which they find punitive when facing competition distorted by unfair practices and protectionist tactics.“

In der seitenweisen Behandlung kommentiert die englische Expertin der Arbeitgebergruppe diesen Satz so:

„[...] in this paragraph perhaps ** [...] they are all quite good ideas when they are separated out- I'd like to question particularly some wording em I think that *** the phrase 'weigh down' is rather an unfortunate phrase it suggests perhaps that shipowners want total freedom- without any respect for safety and I think this is this is- em: - is not quite the case [...].“

Nicht der gesamte Handel werde durch unfaire Praktiken verzerrt. Aus der Subventionspolitik für den Schiffbau ergebe sich das Problem der Over-Tonnage, das hier in dem Dokument noch nicht ausreichend angesprochen werde. Zu dieser Kritik verzichtet der Berichterstatter ausdrücklich auf einen Kommentar.

Der revidierte Vorentwurf, der am 7.4.1992 in der Studiengruppe behandelt wird, behandelt die „Gemeinschaftsflotte“ unter 2.8.; hier wird der Niedergang der eigenen Flotte vor dem Hintergrund der „Vollendung des Binnenmarktes“ und einer „fortschreitende[n] Internationalisierung der Märkte“ beklagt. Unter 2.8.2. wird wiederum die Reederperspektive angesprochen:

„Da sie in dem oben beschriebenen internationalen Kontext operieren müssen, beklagen die europäischen Reeder die ihnen auferlegten Belastungen und Regelungen, die ihre Wettbewerbsposition entscheidend beeinträchtigen.“

Dieser Satz lautet in der englischen Fassung:

„Community shipowners operating as they do on an international market as described above, feel weighed down by constraints and regulations which seriously undermine their competitiveness.“

Die relativ dezidierte Beschreibung zum Beleg von Wettbewerbsbenachteiligungen (durch „unfaire Preispraktiken und protektionistische Maßnahmen“) ist zwar zu einer Summenformel mit der schlichten Behauptung von Beeinträchtigungen abstrahiert, die Formulierung „weighed down“ ist aber erhalten geblieben. Das greift nun in der Sitzung vom 7.4.1992 das englische Studiengruppenmitglied Whitworth auf:

„this may be a linguistic nuance- ** em the phrase- 'weighed down' in -> in English ** em looks as is- em the: Community shipowners/ em are carrying- if you like- em an unnecessary burden- em part of this burden em is indeed necessary because a great many of the regulations/ concern safety ** em and other standards/ based on international

instruments/ and which the Member States and the Community generally have ratified/ and—er translated into their national legislation/ while so many of our competitors worldwide have failed to do so- so: e, I I I think it is- it is right to say- em that we are subject to constraints and regulations which seriously undermine competitiveness/ em but I would prefer in English to see- em the wording ‚are subject to‘ rather than ‚feel weighed down by‘ for the reason I indicated: thank you\ • 4•“

Seine Argumentationstechnik: Einleitend sorgt er für eine Konfliktschärfung, indem er seine Kritik als „nur“ sprachliche an einer Formulierung in seiner Muttersprache ausgibt. Er suggeriert damit eine systematische Trennung zwischen minder relevanten sprachlichen Konkordanzproblemen und den eigentlichen, inhaltlichen Divergenzen. Kern seiner Argumentation ist, die Kennzeichnung „weighed down“ für die Reederperspektive zurückzuweisen, weil er einen Bumerang-Effekt befürchtet: Reeder könnten sich schlecht gegen EG-weit akzeptierte und ratifizierte Sicherheitsauflagen stemmen; eine solche Argumentation wäre langfristig imageschädlich. Im Zwiespalt zwischen der partikularen Interessenperspektive der Reeder, die ja Whitworth als Mitglied der Gruppe I im WSA vertritt, und einer übergreifenden EG-Perspektive entscheidet er sich demonstrativ für die zweite: Er verwirft eine Darstellung, daß Reeder sich gegenüber den EG-Behörden über Auflagen beschwerten, zugunsten einer Feststellung, daß Drittländer sich nicht an solche Restriktionen hielten und so den Wettbewerb verzerrten – dem sei man in der EG gemeinsam ausgesetzt.

Diese Intervention ist zweifach interessant – zum einen als spezifische Form der Zusammenarbeit zwischen Expertin (Gruppe I) und einem Studiengruppenmitglied der gleichen Gruppe und Nationalität; da sie als „Minenhund“ mit ihrer Intervention noch nicht hinreichend erfolgreich war, setzt er sich nun selbst für eine Textänderung ein. Diese Arbeitsteilung funktioniert vor dem Hintergrund einer hohen gegenseitigen Wertschätzung; so bezeichnet Whitworth im Interview die Kooperation zwischen ihm und der englischen Expertin als produktiv für einen großen Teil der Redaktionsarbeit am Text, die wesentlich zu einer guten Stellungnahme beigetragen habe.

Zum anderen ist für die WSA-Textarbeit bezeichnend, daß hier ein Arbeitgebervertreter einer dezidiert arbeitgeberfreundlichen Argumentation eines Berichterstatters seiner eigenen Gruppe widerspricht, weil sie strategisch ungeschickt gewerkschaftlichen Widerstand herausfordern und die übergeordnete Perspektive gemeinsamer EG-Interessen unzureichend berücksichtigen würde.

Das soziale Konfliktpotential dieses Absatzes deutet anschließend der deutsche Studiengruppenvorsitzende, ein Gewerkschaftler, an:

„bei zwei acht zwei müssen wir natürlich •• sehr sorgfältig •• prüfen/ ob dieser Absatz nicht=eh Weiterungen hat die damit die so gar nicht gemeint sind/ also auferlegte Belastungen und Regelungen/ des können ja auch Schutzregelungen soziale Regelungen sein- die die • Reeder •• tragen müssen und- wenn man uns darüber- wenn man sich darüber dann auch beklagt/ äh in dieser Eindeutigkeit- •• dann wäre das mindestens ein

Nachdenken oder ein Fragezeichen wert/ ich wollte das nur sagen/ nicht daß wir nachher sagen wir mal Diskussionen bekommen vielleicht in der Fachgruppe oder im Plenum/ die wir heute schon entschärft hätten könnten *2,5* wenn es hier heißen würde „die beschriebenen internationale ab die in dem-eh beschriebenen internationalen Kontext-eh ** eh notwendigen wettbewerbspolitischen Maßnahmen-“ wenn man's vielleicht auf diesen Bereich beziehen würde- generell * auf wettbewerbspolitische * Maßnahmen- dann könnten vielleicht andere Ausdeutungen so nicht kommen aber- ** >vielleicht sind Sie anderer Auffassung ich weiß es nicht *5* <also ich wollte mit meinem Beitrag- nur ** darauf hinweisen- *** daß zwei acht zwei im Grunde genommen auch so verstanden und ausgelegt werden könnte/ daß das was wir bis jetzt in der Gemeinschaft erreicht haben/ auch ** mit Sozialstandards auch in diesem Bereich/ also diese- ** diese Regelungen beklagenswert wären die sind vielleicht beklagenswert aus der Sicht der Reeder/ ** aber ob sie beklagenswert sind auch aus der Gesamtsicht des Wirtschafts- und Sozialausschusses- ** das möchte ich etwas in Frage stellen“

Zu dieser Replik mag Flum durchaus durch inhaltlichen Dissens mit Whitworth veranlaßt sein, er argumentiert hier aber nicht als Gewerkschaftler gegen Arbeitgeberinteressen, sondern als Studiengruppenvorsitzender, der für eine effektive Arbeit in der Studiengruppe und eine sinnvolle Vorarbeit in der späteren Fachgruppe verantwortlich ist und daher dafür sorgen muß, daß

- der Text eine „Gesamtsicht des Wirtschafts- und Sozialausschusses“, d.h. einen Interessenausgleich und eine zwischen den Sozialpartnern konsensfähige Position statt der partikularen Einzelinteressen enthalten soll und
- Konflikte in der Studiengruppe angesprochen, geklärt und entschärft werden, damit sie die Arbeit in der Fachgruppe und erst recht im Plenum entlasten.

Flum vermeidet auch einen direkten Widerspruch, benutzt Fragen und Konjunktive und hält so demonstrativ die Möglichkeit abweichender Meinungen offen.

Seine Replik und die nachfolgende Entgegnung des Berichterstatters veranlassen Whitworth zu einer Expansion des Fokus, der die ursprüngliche Zuschreibung als einer „linguistic nuance“ ad absurdum führt. Er betont den Konsens mit dem Berichterstatter und macht als nicht strittig klar, Reeder in der EG müßten sich völlig zu Recht bestimmten Bestimmungen unterwerfen:

„it is a fact er that er Community shipowners em operating em currently under their national flags/ em have ** quite properly and entirely properly- ** em to abide by certain regulations/ and * to meet certain em social imperatives/ em which they have negotiated em with the representatives of their seafarers/ which are entirely appropriate em for the em employment ** of er Europeans in in these vessels: this is a fact- we are not really weighed down by them- and we don't resent them/ and * we just have to live with them.“

Sein Einwand beziehe sich darauf, daß Mitbewerber aus Drittländern derartigen Bestimmungen und kostenträchtigen sozialen Verpflichtungen nicht unterworfen seien, was die Wettbewerbsfähigkeit der EG-Reeder behindere. Dann problematisiert er nochmals die Angemessenheit der Formulierung

„weighed down“ durch Paraphrase mit „complaining“ – einer negativ besetzten und darum abzulehnenden Zuschreibung:

„the reason I ** er queried em the feeling weighed down- is that I think we want to make it clear- em that ** the er European shipowners are not ** em complaining about having to operate their ships properly * and to man them properly- and to pay the people who man them properly- they aren't complaining about that at all- they are only complaining that their competitors are able to get away with something very different- em and therefore- and it was only a nuance- em I felt 'weighed down' ** er was * a little negative- and that's why I suggested an alternative“

Whitworth hat seine Formulierungskritik ausdrücklich auf die englische Fassung bezogen, und so bleiben z.B. die deutsche („[...] beklagen die europäischen Reeder“) und die französische Fassung („[...] les armateurs européens sont entravés“) bis zur Veröffentlichung im Amtsblatt unverändert. Wohl aber wird die englische Fassung geändert; zunächst heißt es gemäß dem Wunsch von Whitworth im Entwurf, der der Fachgruppe am 6.5.1992 vorgelegt wird:

„Community shipowners, operating as they do on an international market as described above, are subject to constraints and regulations which seriously undermine their competitiveness.“

Wie stark drücken die drei Verben die Kritik europäischer Reeder an „Belastungen und Regelungen“ aus? Auf einer Skala müßte wohl „beklagen“ einen Mittelplatz zwischen dem wertungsneutralen „are subject to“ und dem emphatischen „feel weighed down by“ einnehmen.

Doch die englische Fassung bleibt nicht so: Auf der Fachgruppensitzung kritisiert zunächst der französische Gewerkschafter Mourgues die Formulierung des Absatzes 2.8.2. Er wehrt sich gegen eine Ermahnung der Fachgruppenvorsitzenden, nicht gegen die Arbeitsteilung zwischen Studien- und Fachgruppen zu verstoßen: Was solle die seitenweise Behandlung sonst? Nach einem Vermittlungsvorschlag des Berichterstatters, die Stellungnahme nicht als „Poesie“, sondern als „Prosa“ zu betrachten, schlägt der portugiesische Gewerkschaftler Cal eine Streichung von 2.8.2. vor, wenn der Absatz nicht geändert werde. Die Fachgruppenvorsitzende schlägt eine informelle Redaktionsarbeit zwischen Mourgues, Arena und Cal vor, Whitworth wendet sich gegen eine Streichung. Als die Fachgruppenvorsitzende über die Streichung abstimmen lassen will, entsteht eine Konfusion zur Geschäftsordnung; die Abstimmung unterbleibt.

Diese Debatte hinterläßt Spuren in der englischen Endfassung der Stellungnahme im EG-Amtsblatt – bei der Beschreibung des Wettbewerbsproblems wird die (Leidens-)Perspektive der europäischen Reeder nun ganz getilgt:

„The competitiveness of Community shipowners, operating as they do on an international market as described above, is seriously undermined by constraints and regulations since these are not applied, as they should be, by all countries.“

Bei „weighed down“ geht es sozusagen ans „Eingemachte“, um die Akzeptanz sozialer Verpflichtungen und kostenträchtiger Sicherheitsstandards für I-G-Arbeitgeber. Wesentlich unkomplizierter sind andere Änderungsvorschläge zu behandeln, die Whitworth als „nuances of drafting“ deklariert und mit seiner muttersprachlichen Kompetenz begründet:

„the points I will have to make are really nuances of drafting- and possibly related better to the English language-“

So kritisiert er den Satz aus der „Revised Preliminary Draft Opinion“

„Historically, every country which has developed maritime industries has relied on its national navy as the main customer and the same holds for off-shore activities“

und führt aus:

„the use of the word ‚navy‘ in English is is is confusing because that is er: taken really as referring more to warships in in in our language- than than merchant ships and- I do have a slight- ** em ** er redrafting there which would make the thing clearer/ em which would read ‚historically/ em no country has supported these industries/ without a domestic shipping industry as a major customer-“

Sein Reformulierungsvorschlag wird im Prinzip akzeptiert, allerdings steht in der nachfolgenden englischen Fassung statt „industry“ „sector“.

5.5.5.2 Japanische Exportstrategie

Im revidierten Vorbericht werden in den allgemeinen Bemerkungen unter Punkt 2.7. Gründe für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit für EG-Reeder und Werften benannt und unter 2.7.1. für den EG-Angstgegner Japan konkretisiert:

„Auffallend ist die Politik Japans im maritimen Bereich: eine moderne, ganz und gar auf einheimischen Werften gebaute nationale Flotte im Dienste einer stark integrierten und exportorientierten Wirtschaft. Auf der anderen Seite setzt sich immer mehr der Eindruck durch, daß das ‚japanische System‘ mehr und mehr das Vertrauen untergräbt, auf dem der freie Handel basiert.“

Diesen Textentwurf kommentiert ein Deutscher aus der Arbeitgebergruppe in der Studiengruppensitzung am 7.4.1992:

„[...] der zweite Punkt ist: ich müßte eigentlich den=eh: Berichterstatter ermutigen hier etwas ** mutiger zu werden: eh: es ist in der Tat so- daß diese zwei Sätze die hier unter zwei sieben eins stehen/ nur dem verständlich werden/ <-der sich=eh intensiv mit der japanischen Exportstrategie ** befaßt hat/ es ist ganz klar/ wer in die Geschichte Japans eindringt/ daß die Eisen- und Stahlindustrie und die Schiffbauindustrie- das waren die beiden Basisindustrien/ um weltweit ** die Märkte zu erobern/ sie wollten mit eigenen Schiffen ihre Produkte ** >dann entsprechend äh ah exportieren/ und in eh dabei sind Strategien angewa=eh wandt worden ** die * nun wirklich nicht als fair ** eh mehr anzul eh eh also Unternehmensstrategien eingesetzt worden die kaum als fair ** im Sinne der weltweiten Arbeitsteilung ** zu interpretieren sind und infolgedessen ** hier

zumindestens den * letzten Satz Herr Berichterstatter im deutschen Text heißt es/ ,auf der andern Seite setzt sich immer mehr der Eindruck durch daß das Japanische ** mehr und mehr das Vertrauen untergräbt- ' ** hier würd' ich wesentlich härter sein- dieses japanische System hat das Vertrauen längst im weltweiten ** Wettbewerb untergraben und das-eh es ist nicht mehr der Eindruck es ist Tatsache\ und wer eh eh mit Unternehmen laufend zu tun hat und ** vor Ort in München die Elektroindustrie sieht * wie sie hart zu kämpfen hat gegenüber * einem unfairen Wettbewerb der- ** ah würde es sicherlich begrüßen wenn hier die Formulierungen etwas deutlicher ** zum Tragen kämen--"

Der Skopus der Argumentation ist eingeschränkt, der Redner widerspricht nicht explizit den Intentionen des Berichterstatters, unterstellt vielmehr ein gemeinsames Wollen. Statt dessen bezweifelt er die richtige Übersetzung einiger deutscher Formulierungen²¹:

„Ich wäre dankbar wenn das Sekretariat mal die Formulierungen noch mal überprüfen würde & wir hatten eben schon die Diskussion darüber/ eh wir hatten es im Rahmen von zwo sieben/ ich halte den deutschen Text so wie er übersetzt ist nicht für gut- ich weiß genau ich sehe s sehe manche Sätze/ was der Herr Berichterstatter gemeint hat aber das kommt in der Formulierung im Deutschen nicht zum Ausdruck/ deswegen wäre ich dankbar/ ** Herr Vorsitzender wenn auch das Sekretariat sich nochmals diesen ** Text-eh genau auf stilistische fral Punkte anschah eh schauen würde“

In einem Exkurs zur Geschichte der japanischen Exportstrategie operiert er mit einer indirekten („man“) Kompetenzzuschreibung an sich selbst:

„es ist in der Tat so- daß diese zwei Sätze die hier unter zwei sieben eins stehen nur dem verständlich werden/ <-der sich-eh intensiv mit der japanischen Exportstrategie ** befaßt hat es ist ganz klar/ wer in die Geschichte Japans eindringt“

Er schließt ein Plädoyer für schärfere Formulierungen an, das mit regionalen Beobachtungen aus einem anderen Industriesektor begründet wird:

²¹ Tatsächlich ergibt ein Vergleich mit der italienischen Fassung aber keine signifikanten Übersetzungsschwächen: „Eclatante è la politica seguita dal Giappone in campo marittimo: una flotta di bandiera moderna, realizzata interamente nei cantieri nazionali, al servizio di un'economia fortemente integrata e orientata all'esportazione. E ormai diffusa d'altra parte la sensazione che il 'sistema Giappone' stia minando la fiducia su cui si basa il libero commercio.“

Die Argumentationsfigur des WSA-Mitglieds hier: Solidarisierung mit dem Berichterstatterkollegen auf Kosten der Übersetzer. Dieses wird auch in einem Zeitungsbericht über den EG-Sprachendienst aus der Sicht einer französischen Dolmetscherin referiert:

„Mitunter [...] würden Dolmetscher aber auch für diplomatische Zwecke instrumentalisiert. Helmut Schmidt etwa hat die Französin in besonders unangenehmer Erinnerung: „Vor allem bei den politischen Tischgesprächen hatte er die Angewohnheit, zunächst einmal eine sehr gewagte These oder Forderung zu formulieren und übersetzen zu lassen. Wenn der Gesprächspartner einverstanden war, nickte er zufrieden. Reagierte sein Gegenüber aber entsetzt, dann schob Schmidt alles auf den Dolmetscher, der offenbar falsch übersetzt habe, und trug noch einmal eine stark abgeschwächte Version vor.“ (Döpfner 1992). Der Autor kommentiert das so: „Verhandlungsgeschick auf dem Rücken der Sprachvermittler“.

„hier würd' ich wesentlich härter sein- dieses japanische System hat das Vertrauen lang im weltweiten ** Wettbewerb untergraben und das-eh es ist nicht mehr der Eindruck es ist Tatsache und wer eh mit Unternehmen laufend zu tun hat und ** vor On in München die Elektroindustrie sieht * wie sie hart zu kämpfen hat gegenüber * einem unfairen Wettbewerb der- ** ah würde es sicherlich begrüßen wenn hier die Formulierungen etwas deutlicher ** zum Tragen kämen“

Solche Verschärfungen von Bewertungen in WSA-Stellungnahmen sind offenbar nur möglich in der solidarischen Abwehr gegenüber einem als Konkurrenten wahrgenommenen Drittland (hier: Japan), sind tendenziell hingegen nicht zu erwarten bei der Thematisierung von innergemeinschaftlichen Interessendivergenzen, insbesondere nicht bei sozialen Konflikten.

Auch Whitworth kommentiert diesen Abschnitt:

„[...] the Japanese doesn't only ha have a national flagged fleet- em it also em has an own fleet under other flags- so it's really getting the best of both worlds- em it is it is busy ** em advancing its national fleet through its national shipbuilding em er industry and everything that goes with it- but it's also em getting the best shipbuilding deals and tax benefits which it can from anybody else- ** em and er er ** of building and operating em ships under other flags as well- so: em again I've suggested possibly the insertion of a few words if if the rapporteur agrees- em after the word economy- we might say something like- ‚coupled with full use * of the best available shipbuilding deals and tax benefits worldwide‘ for Japanese own tonnage under other flags‘ and then continued ‚has generated‘ et cetera et cetera em- I think it is- ** em er an outstanding example- ** em of an an industrial strategy which seeks to sweep all before it- ** em and it is LEICHT LACHEND #remarkably successful# unfortunately [...]“

In seiner Argumentation liefert er hier zunächst eine idiomatisch-metaphorische Begründung seines Detaillierungsvorschlags („it's really getting the best of both worlds“ = „die Vorteile beider Seiten genießen“) und legt danach eine ausgearbeitete Formulierung vor.

Der Berichterstatter Arena fängt seine Replik auf italienisch an, zitiert dann als Kommentar zum Korrekturvorschlag eines Spaniers aus der französischen Textfassung und bleibt anschließend beim Französischen:

„on va ajouter ce que euh Monsieur Petersen a dit/ parce que vraiment euh: je suis d'accord on aurait été un peu plus prudent parce que- euh:: voulu pas faire le chemin de champ/ euh: avant avoir entendu le groupe/ et on va ajouter aussi lessu les observations de Monsieur Whitworth/ donc on va renforcer toute la politique- parce que je suis d'accord les Japonais [...]“

Er argumentiert hier mit der Umschreibung einer Maxime der WSA-Textarbeit: Man sollte sich als Berichterstatter nicht durch radikale Formulierungen exponieren vor einer Ratifizierung durch die Studiengruppe.

Wie wird Arenas doppelte Zusage umgesetzt? Im Entwurf für die Fachgruppe heißt es:

„Auffallend ist die Politik Japans im maritimen Bereich: eine moderne, ganz und gar auf einheimischen Werften gebaute nationale Flotte im Dienste einer stark integrierten und

exportorientierten Wirtschaft, die alle Synergien nutzt. Auf der anderen Seite setzt sich immer mehr der Eindruck durch, daß das „japanische System“ mehr und mehr das Vertrauen untergraben hat, auf dem der freie Handel basiert.“ (Hervorhebungen W.S.)

Petersens ausgebauter Begründung mit Vorwürfen an die japanische Exportstrategie schnurrt also zusammen zu einem Tempuswechsel; Whitworths Explizierungsvorschlag

„coupled with full use • of the best available shipbuilding deals and tax benefits worldwide/ for Japanese own tonnage under other flags“

wird in der englischen Fassung zunächst nur verkürzt zu einer bloßen Andeutung des gemeinten Zusammenhangs („in which all synergies are exploited“) und, indem das Prädikat „astounding“ für „Japan's maritime policy“ zu „distinctive“ entpersonalisiert wird.

Die Endfassung der Stellungnahme im Amtsblatt berücksichtigt Whitworths Wunsch stärker:

„Japan has developed a distinctive maritime policy – a modern national fleet, entirely built in Japanese shipyards (*supplemented by Japanese controlled vessels under other flags also built in other, even cheaper countries*) and serving a closely integrated, export-oriented economy in which all synergies are exploited. [...]“ (Hervorhebungen W.S.)

5.5.5.3 Tankersicherheit

Unter dem Stichwort „Schutz der Meeresumwelt“ führt der Vorentwurf der Stellungnahme unter Punkt 2.8.2. aus,

„daß die Verpflichtungen, die im Rahmen zahlreicher internationaler Übereinkommen eingegangen wurden, das Problem der Verschmutzung offenbar nicht nennenswert verringert haben. Es herrscht vielmehr ein gewisser Pessimismus hinsichtlich der Effizienz einer sehr breiten Zusammenarbeit, die allzu häufig Schwachstellen aufweist. Die Annahme des ‚Oil Pollution Act‘ durch die Vereinigten Staaten und Kanada im Jahre 1990 (der für die in amerikanischen Gewässern verkehrenden Tanker, die nach Juni 1990 gebaut wurden, doppelwandige Schiffskörper vorschreibt) macht deutlich, daß die gefährdeten Länder in der Zwischenzeit selbst dafür sorgen müssen, ihre Schutz- und Interventionssysteme zu verstärken. Die Gemeinschaftsaktion für den Umweltschutz müßte folglich – auf gesetzlicher wie auch auf operationeller Ebene (Entwicklung und Finanzierung spezifischer Projekte) – verstärkt in diese Richtung gelenkt werden, um zu einem integrierten System der Vorbeugung/Bestrafung/Sanierung zu gelangen.“

Das kommentiert die Griechin Anna Bredima-Savopoulou, die in der Arbeitgeber-Gruppe den griechischen Reederverband im WSA vertritt, in der Studiengruppensitzung am 12.3.1992. Frau Bredima spricht in dieser Studiengruppe englisch und bezieht sich dabei auch auf die englischen Textfassungen. Sie betont, daß der „Oil Pollution Act“ (OPA) 1990 nur von den USA und Kanada angenommen wurde. Sie spricht sich dagegen aus, auf Gemeinschaftsebene mehr zu tun, als etablierte internationale Regeln für Sicherheit und Vorbeugung zu unterstützen und internationale Konventionen zu ratifizieren. Dieses begründet sie zum einen arbeitsökonomisch:

„we should avoid a duplication of work- er that is being carried by er ably most ably- by international er organizations“

Zum anderen klagt sie (wieder das beliebte Verfahren im WSA!) die Kontinuität mit einer früheren, einstimmig angenommenen WSA-Stellungnahme ein, bei der sie Berichterstatterin war:

„concerning ** the minimum requirements for vessels entering or leaving Community ports/ carrying packages of dangerous or polluting goods“

Daran schließt sie eine knappe Kritik am OPA an als einem

„unworkable piece of legislation/ which deviates from international er: rules and er renders the US er coasts/ ** er ** untouchable by by vessels of other flags“

Sie unterstellt damit, daß dieses Gesetz den Umweltschutz nur vorschiebe, um tatsächlich Wettbewerbshindernisse für europäische Schiffe in amerikanischen Häfen aufzubauen.

Im revidierten Vorentwurf wird der Absatz in ein eigenes Kapitel „Der Schutz der Meeresumwelt“ verschoben; unter Punkt 2.10.3.1. heißt es nun:

„Der globale und internationale Charakter der Probleme im Zusammenhang mit dem Schutz der Meeresumwelt wirft automatisch die Frage nach der Effizienz einer sehr breiten Zusammenarbeit auf, die bislang allzu häufig Schwachstellen aufwies. Das erklärt auch, weshalb die Vereinigten Staaten im Jahr 1990 den ‚Oil Pollution Act‘ angenommen haben (der für die in amerikanischen Gewässern verkehrenden Tanker, die nach Juni 1990 gebaut wurden, doppelwandige Schiffskörper vorschreibt); diese Maßnahme birgt eine hohe potentielle Schutzwirkung und mußte sich zwangsläufig auf die kürzlich im Rahmen der IMO [Fußnote: IMO - International Maritime Organization] vereinbarten neuen Normen für den Bau neuer und die Wartung bereits in Dienst befindlicher Schiffe auswirken.“

Für diese Umformulierung hält Frau Bredima in der Sitzung vom 7.4.1992 rituelles Lob und expliziten Tadel bereit:

„here * the text er has been considerably improved since the last meeting but nevertheless I'm not quite happy with the current version- because it is not sufficiently clear as to what we mean- er are we implying that the cooperation er was not efficient and therefore the United States have adopted the OPA/ * because if this is * if this is what we mean * this is not er * factually er * correct er ** the er * the Oil Pollution Act was adopted by the US as an over-reaction/ to the Exxon Valdez er accident in Alaska er and it contains a number/ * of controversial points * it has been criticised severely by governments all over the world as a unilateral piece of legislation which will be very difficult/ to er * apply * it is an unworkable instrument so ** er I don't think that on the one hand we can say/ that er * imply/ that er because of lack of efficient cooperation er this * er Act was adopted and then consider it in a way as an example/ to be followed as a measure of considerable significance because/ this is not really what it/ er actually happened * so I would suggest we rephrase again this paragraph er Chairman *3* if I can give you one more er example * er the Act contains provisions whereby it creates unlimited liability * for oil pollution and this unlimited liability is uninsurable and the ultimate result will be that the vessel * foreign vessels will not call at US ports * so I

don't think that this is really a significant piece of legislation to constitute a considerable a measure of considerable significance"

Das Lob wird nicht spezifiziert; es kann rituelle Einleitung zu einem Widerspruch sein, meint aber wohl auch den Verzicht auf nebulöse Forderungen nach besonderen Gemeinschaftsaktionen für den Umweltschutz. Im Widerspruchsteil kritisiert Bredima die Vagheit des Textes, die zu einer aus ihrer Sicht falschen Interpretation führen könne, die Amerikaner hätten aufgrund der Erfahrung schlechter internationaler Zusammenarbeit den OPA angenommen. Sie stellt dieses Gesetz dagegen dar als einseitige „Überreaktion“ auf das Tankerunglück der „Exxon Valdez“ in Alaska, das auch die Kommissionsmitteilung als Beleg für die Notwendigkeit internationaler Regelungen herangezogen hat. Sie führt nun ihre Kritik (mit einer Wiederholung ihrer Typisierung „unworkable instrument“) einerseits etwas detaillierter als in der vorangegangenen Sitzung aus: Die unbegrenzte Haftung bei Ölverschmutzungen sei nicht versicherbar und hindere fremde Schiffe so daran, US-Häfen anzulaufen. Andererseits besteht die Kritik aus nicht weiter explizierten und auch gar nicht weiter explikationsfähigen Zuschreibungen:

„it contains a number/ * of controversial points * it has been criticised/ severely by governments all over the world as a unilateral piece of legislation which will be very difficult/ to er * apply“; der OPA sei kein „significant piece of legislation to constitute a considerable a measure of considerable significance“

Diese Argumentation verweist auf ihre partikuläre Perspektive als Vertreterin mediterraner, konkret: griechischer Reederinteressen. Der Studiengruppenvorsitzende widerspricht ihr, indem er die Formulierung des Berichterstatters unterstützt:

„Ja- Herr Berichtstatter- *** also ich kann nur sagen/ wenn ich mal von mir aus eine ** Reflexion von mir geben darf/ <-mir hat zwei zehn drei eins in der vorliegenden Fassung sehr gut gefallen\ weil er * sehr deutlich macht/ *** um was es geht/ daß es-eh internationale Probleme gibt/ die also nur * im Grunde genommen * zusammen gelöst werden können/ und dann ist hingewiesen auf eine Maßnahme der Amerikaner/ und dann ist ganz konkret gesagt/ *** was man tun sollte um die Schutzwirkung zu verstärken\ also das ist eigentlich eine- für einen Laien/ lesbare- ** und einleuchtende ** Darstellung einer ganz schwierigen Situation/ und wenn wir hier nicht ein Stück nach vorne gehen- *** werden wir eines Tages unsere Umwelt und unsere Meere selbst kaputtmachen\ also das ist wirklich ** eh ** für mich-eh außerhalb jeglicher Frage\ ich habe Verständnis daß *** bei den Reedereien da oder dort eh bestimmte Schwierigkeiten aufkommen können- ** aber- da muß man dann überlegen/ was vorrangig ist * also ich würde von mir aus meinen/ *** daß zwei zehn drei eins/ in dieser Fassung eigentlich ** ein guter vertretbarer Schritt nach vorne ist/ und unter dieses Niveau könnten wir eigentlich guten Gewissens gar nicht gehen“

Obwohl Flum hier auf die Kritik von Bredima reagiert, spricht er nicht sie direkt an, sondern den Berichtstatter. Flum thematisiert das Problem der Reduktion von Komplexität; die Stellungnahme soll eine „schwierige Situation“ für Laien verständlich machen. Er präferiert damit ausdrücklich eine andere Zielsetzung für diese Stellungnahme – sie soll nicht Vehikel von

(wenn auch gefilterten und synthetisierten) Gruppeninteressen sein, **sondern** an das öffentliche ökologische Gewissen appellieren. Flum nimmt in **seiner** Begründung auch gemeinplatzverdächtige Abstraktionen in Kauf, deren Wahrheitsgehalt kaum zu bestreiten ist:

„daß es-eh internationale Probleme gibt die also nur * im Grunde genommen * zusammen gelöst werden können“ oder „und wenn wir hier nicht ein Stück nach vorne gehen- *** werden wir eines Tages unsere Umwelt und unsere Meere selbst kaputt machen“

Frau Bredima fühlt sich mißverstanden und ergreift nochmals das Wort:

„Sorry for er speaking again on this point chairman but er- I believe the problem is not the lack ** of safety standards * safety standards er are are doubled by international organisations but the relevant conventions are not ratified“ and they are not strictly enforced * that's where the problem lies *2* it's not the idea of adopting * unilaterally * safety standards or regionally ** that's the basic point I believe that we should stress * that these international conventions have to be ratified and they have to be enforced“

Trotz ihrer Einwände bleibt der Absatz zunächst in der Fassung des Entwurfs für die Fachgruppe unverändert; allerdings werden in der späteren Endfassung die neuen IMO-Normen durch Angabe von Daten für das Inkrafttreten etwas präziser dargestellt:

„[...] die ab Juli 1996 für den Bau neuer Schiffe und ab Juli 1995 für die strengere Überprüfung bereits in Dienst befindlicher Schiffe gelten.“

So wird dem Wunsch der Griechen, die in internationalen Organisationen ausgehandelten Sicherheitsregelungen als ausreichend zu definieren, in abgeschwächter Form entsprochen. Bei der Behandlung dieses Themas zeigt sich der Wirtschafts- und Sozialausschuß als „Barometer“ für die Kommission, welche Maßnahmen in welcher Schärfe bei den betroffenen Gruppen durchsetzbar sind, bevor die Diskussion dazu in ein öffentliches oder Entscheidungsstadium tritt.²²

²² Es ist sicherlich nicht zufällig, daß hier gerade eine griechische Vertreterin von Reederinteressen sich so exponiert und für die EG-Institutionen einen zusätzlichen Handlungsbedarf zur Verhütung von Tankerunfällen bestreitet. Fast ein Jahr nach der Arbeit an der WSA-Stellungnahme „Maritime Industrien“ berichtet der „Spiegel“ darüber, daß in Brüssel über strengere Sicherheitsauflagen für Tanker verhandelt werde. Doch die Billigflaggen sollten nicht angetastet werden. Der „Spiegel“ kommt dabei zu der Wertung:

„Tatsächlich tut sich die Gemeinschaft [...] besonders schwer, wenn es um die Sicherung des Seeverkehrs geht. Mit dem Argument, billige Frachtraten senkten die Energiekosten, wurden alle Versuche abgeblockt, das Risiko von Ölkatastrophen zu verringern.“

Er schiebt den Schwarzen Peter den Griechen zu:

„Dem Vorschlag, alle vor 1982 gebauten Tanker nicht mehr ohne Nachrüstung in europäische Häfen zu lassen, widersprachen die Griechen. Ins Protokoll wurde ein flauer Kompromiß hineingeschrieben: Die ‚Sicherheitslücke‘ zwischen neuen und alten Schiffen sei zu ‚verringern‘.“ („Schwarze Listen.“ In: Der Spiegel 5, 1.2.1993, S. 142-143)